



Plenarprotokoll

59. Sitzung

Freitag, 16. Mai 2014

a) Europawahl am 25. Mai 2014: Das Europäische Parlament stärken - Chancen auf Mitbe- stimmung nutzen!	4782	Regina Poersch [SPD].....	4787
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/1853 (neu - 2. Fas- sung)		Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4789
		Dr. Ekkehard Klug [FDP].....	4792
		Angelika Beer [PIRATEN].....	4797
		Jette Waldinger-Thiering [SSW]...	4801
		Astrid Damerow [CDU].....	4803
		Sven Krumbeck [PIRATEN].....	4804
b) Schleswig-Holstein in Europa - Europapolitische Schwerpunkte 2013 bis 2014 Europabericht 2013 bis 2014	4782	Beschluss: 1. Annahme des Antrags Drucksache 18/1853 (neu - 2. Fas- sung) mit Änderungen	
Bericht der Landesregierung Drucksache 18/1841		2. Überweisung des Be- richts Drucksache 18/1841 an den Europaausschuss und alle weite- ren Ausschüsse des Landtags.....	4805
Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa.....	4782		
Johannes Callsen [CDU].....	4785		

Gesundheitsfonds abschaffen - Beitragsautonomie den Krankenkassen zurückgeben	4805	Petra Nicolaisen [CDU].....	4827
Antrag der Fraktion der FDP		Beate Raudies [SPD].....	4828, 4833
Drucksache 18/1852 (neu)		Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4829
Finanzierung der solidarischen gesetzlichen Krankenversicherung nachhaltig stabilisieren	4805	Dr. Heiner Garg [FDP].....	4830
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW		Lars Harms [SSW].....	4831
Drucksache 18/1901 (neu)		Torsten Albig, Ministerpräsident...	4833
Dr. Heiner Garg [FDP].....	4805, 4812	Beschluss: Überweisung an den Finanzausschuss, den Sozialausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss.....	4835
Karsten Jasper [CDU].....	4806	Für eine transparente verbraucherfreundliche Kennzeichnung von Herkunft und Haltungsform bei tierischen Lebensmitteln	4836
Bernd Heinemann [SPD].....	4808, 4813	Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW	
Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4809	Drucksache 18/1871	
Wolfgang Dudda [PIRATEN].....	4811	Kirsten Eickhoff-Weber [SPD].....	4836
Flemming Meyer [SSW].....	4811	Heiner Rickers [CDU].....	4837
Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung.....	4814	Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4838
Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags		Oliver Kumbartzky [FDP].....	4839
Drucksache 18/1852 (neu)		Sven Krumbek [PIRATEN].....	4840
2. Annahme des Antrags		Flemming Meyer [SSW].....	4841
Drucksache 18/1901 (neu).....	4815	Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume..	4842
Sicherheit gewährleisten - Personalabbau bei der Polizei stoppen! ..	4815	Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], zur Geschäftsordnung.....	4843
Antrag der Fraktion der CDU		Beschluss: Annahme.....	4843
Drucksache 18/1855		Umsetzung der Landtagsbeschlüsse vom 26. April 2013 zum Landtagswahlrecht für Bürger der Europäischen Union (Drucksache 18/937 (neu)) und zum Kommunalwahlrecht für Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger (Drucksache 18/729 (neu))	4843
Astrid Damerow [CDU].....	4815	Antrag der Fraktion der FDP	
Simone Lange [SPD].....	4817	Drucksache 18/1873	
Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4818	Andreas Breitner, Innenminister...	4843
Wolfgang Kubicki [FDP].....	4819	Dr. Ekkehard Klug [FDP].....	4845
Wolfgang Dudda [PIRATEN].....	4821	Astrid Damerow [CDU].....	4845
Lars Harms [SSW].....	4822	Serpil Midyatli [SPD].....	4846
Andreas Breitner, Innenminister...	4823		
Beschluss: Ablehnung.....	4825		
Personalstruktur und -managementbericht des Landes Schleswig-Holstein einführen	4825		
Antrag der Fraktion der PIRATEN			
Drucksache 18/1867			
Wolfgang Dudda [PIRATEN].....	4826		

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4848	
Angelika Beer [PIRATEN].....	4849	* * * *
Lars Harms [SSW].....	4849	
Dr. Kai Dolgner [SPD].....	4850	Regierungsbank:
Beschluss: Antrag Drucksache 18/ 1873 und der Tagesordnungspunkt insgesamt mit der Berichterstat- tung der Landesregierung erledigt.	4851	Torsten Albig, Ministerpräsident
Mehr Klarheit für Verbraucher bei Strompreis und EEG-Umlage	4851	Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewen- de, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume und Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten
Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/1041		Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kul- tur und Europa und Zweite Stellvertreterin des Ministerpräsidenten
Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses Drucksache 18/1843		Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft
Änderungsantrag der Fraktion der PI- RATEN Drucksache 18/1889		Andreas Breitner, Innenminister
Christopher Vogt [FDP], Bericht- erstatte.....	4852	Monika Heinold, Finanzministerin
Angelika Beer [PIRATEN].....	4852	Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Ar- beit, Verkehr und Technologie
Beschluss: Ablehnung des Ände- rungsantrags Drucksache 18/1889 und des Antrags Drucksache 18/1041.....	4853	Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesund- heit, Familie und Gleichstellung
Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Ausführung des Tier- gesundheitsgesetzes (AG Tier- GesG) und zur Änderung anderer Vorschriften	4853	* * * *
Gesetzesentwurf der Landesregierung Drucksache 18/1864		
Beschluss: Überweisung an den Um- welt- und Agrarausschuss.....	4853	
Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Abs. 1 a der Geschäfts- ordnung des Schleswig-Holsteini- schen Landtags	4853	
Drucksache 18/1888		
Beschluss: Annahme.....	4853	

Beginn: 10:04 Uhr

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, ich eröffne die Sitzung. Erkrankt ist Herr Abgeordneter Klaus Jensen. Wir wünschen ihm von dieser Stelle aus gute Besserung.

(Beifall)

Bitte begrüßen Sie mit mir Schülerinnen und Schüler der Immanuel-Kant-Gemeinschaftsschule in Reinfeld und des Auguste-Viktoria-Gymnasiums in Flensburg. - Seien Sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 23 und 55 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Europawahl am 25. Mai 2014: Das Europäische Parlament stärken - Chancen auf Mitbestimmung nutzen!

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/1853 (neu - 2. Fassung)

Inzwischen liegt ein interfraktioneller Antrag aller Fraktionen vor. Das heißt, Sie bekommen nachher eine Neuvorlage der Drucksache. Die Fraktion der PIRATEN ist diesem Antrag soeben beigetreten, wenn ich dies richtig verstanden habe.

**b) Schleswig-Holstein in Europa - Europapolitische Schwerpunkte 2013 bis 2014
Europabericht 2013 bis 2014**

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/1841

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Zunächst erteile ich das Wort der Ministerin für Justiz, Kultur und Europa, Frau Anke Spoorendonk.

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Brennende Häuser, bürgerkriegsähnliche Kämpfe mit Toten und Verletzten, eine Scheinabstimmung, die allen demokratischen wie rechtstaatlichen Grundsätzen Hohn spricht und die im Schatten von Panzern einer anderen Macht stattfindet, die Annexion eines Landesteils; dies sind keine Bilder aus

der Dritten Welt, das sind Bilder aus Europa, aus der **Ukraine**, aus unserer Nachbarschaft.

Es fällt nicht leicht, mit diesen Bildern im Kopf die Debatte über den **Europabericht** zu eröffnen und über die Umsetzung von EU-Verordnungen und -Programmen, über die Frage von Entwicklungsperspektiven für die deutsch-dänische Zusammenarbeit oder über die erfolgreiche Vertretung der Interessen des Landes auf EU-Ebene zu diskutieren. Diese Bilder zeigen etwas, was wir uns schon lange nicht mehr vorstellen konnten. Frieden in Europa und der Verzicht auf altes Machtstreben sind nicht mehr selbstverständlich. Der Kern der europäischen Idee ist noch lange nicht überall verwirklicht.

Die EU ist in dieser Krise bisher einheitlich aufgetreten, trotz unterschiedlicher Perzeptionen. Der Ansatz, über Diplomatie und Verhandlungen weiterzukommen, entspricht der europäischen Idee. Wir alle hoffen, dass eine Lösung gefunden wird, die für das ukrainische Volk akzeptabel ist und nicht zu einer langfristig andauernden geopolitischen Konfliktsituation führt.

(Beifall SSW, SPD und vereinzelt PIRATEN)

Da ist es fast ein Symbol, wenn am 25. Mai 2014 zwei Wahlen geplant sind: Die **Wahlen** zum **Europäischen Parlament** in den Mitgliedstaaten der EU und die Präsidentschaftswahlen in der Ukraine. Die ersteren Wahlen werden stattfinden; friedlich, rechtstaatlich, frei. Ob die anderen Wahlen wirklich stattfinden können, weiß derzeit niemand.

Meine Damen und Herren, Europa, insbesondere die **EU**, hat gewaltige **Herausforderungen** zu bewältigen, und zwar außen wie innen. Innen kommt es immer stärker darauf an, dass diese EU die Lösung vieler Probleme ist und nicht, wie viele Populisten behaupten, das Problem selbst. Die europäische Politik muss sich das Primat politischer Gestaltungskraft erhalten, um den Menschen zu zeigen, was für ein Wert die EU für uns ist. EU-Politik zu gestalten, ist nicht einfach. Mitunter sind es viele mühsame, kleine Schritte, aber so ist das eben.

Abseits der aktuellen Ereignisse befinden sich auch die Europäische Union - und mehr noch die europäische Idee - in einer gefühlten Dauerkrise, in der fast alles auf die Bewältigung der Wirtschafts-, der Banken- und der Finanzkrise reduziert wird. Ich halte es für äußerst problematisch, dass bei aller Konzentration auf die Krisenbewältigung der Blick für die zentrale Frage verlorengeht, die jetzt gestellt werden muss: Welches **Europa** wollen wir **nach der Krise**? Überlebt überhaupt der Konsens, dass

(Ministerin Anke Spoorendonk)

wir nur gemeinsam in der globalen Welt bestehen können? Kurz - wir müssen aktuell erkennen, dass Europa mehr bedeutet als Bankenaufsicht und Finanzmarktkontrolle.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und vereinzelt CDU)

Es gehört schon fast zu den europapolitischen Gemeinplätzen, dass die Zustimmung zur EU auch deshalb geringer geworden ist, weil der Alltag die europäische Idee eingeholt hat. Ich glaube, das ist ein zentrales Problem.

Es stimmt auch, dass die europäischen Themen kompliziert sind. Das weiß jeder, der sich zum Beispiel mit den Feinheiten der Programmierung von Strukturfonds beschäftigen durfte. Doch ist das wirklich der Grund dafür, dass die Diskussion über Europa und über die europäische Idee ein immer größer werdendes Maß an politischer Rechtfertigung und Entschuldigung enthält? - Ich glaube, nein.

(Beifall SSW, SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich denke, ein wichtiger Grund liegt darin, dass der politische Diskurs über Europa - treffender: der demokratische Streit - oft genug auch von der strategischen Einschätzung getragen wird, man könne hier besser holzen als bei anderen Themen, weil sich hier eh niemand richtig auskenne. Ich ärgere mich, dass in der Diskussion über Europa gerade in Wahlkämpfen gern Logik und Fakten vergessen werden.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Da wird in aktuellen Wahlprogrammen gefordert - ich zitiere -, „dass Staaten, die die Stabilitätskriterien nicht erfüllen, die Eurozone verlassen können“ - gemeint ist natürlich: verlassen sollen. Oder: Auch Deutschland solle am besten aus dem Euro ausscheiden und zur D-Mark zurückkehren. Dass dies für das Exportland Deutschland eine massive Aufwertung seiner Währung mit der Folge einer massiven Verschlechterung seiner Wettbewerbsfähigkeit bedeuten würde, wird da genauso gern übersehen wie der dann unvermeidliche ökonomische Kollaps für Griechenland.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn trotz Rückkehr zur Drachme blieben die Staatsschulden in Dollar und Euro bestehen und müssten bedient werden. Ich weiß, das ist kompli-

ziert, aber es gehört nun einmal zum ökonomischen Einmaleins dazu.

Ich will europäische Fehlentwicklungen weder klein- noch wegreden. Es gibt sie, und sie müssen gelöst werden. Aber hier geht es um anderes. Populismus kümmert sich nicht um Fakten oder komplizierte Erklärungen. Er spielt mit Behauptungen und Vorurteilen und manchmal bewusst mit der Unwahrheit. Genau da verläuft die Grenze zu einer **verantwortungsvollen politischen Diskussion**. Umso wichtiger ist es, dass wir alle der Versuchung widerstehen, den Stammtisch zu bedienen. Gerade hier müssen sich die demokratischen und verantwortungsvollen Parteien von populistischen Kräften wie der AfD abheben.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Zu einer ehrlichen Diskussion gehört auch, nicht nur vor der Wahl die große Bedeutung des europäischen Parlaments zu betonen, sondern sie auch nach der Wahl ernst zu nehmen.

Ich finde es richtig, dass die großen europäischen Parteienfamilien eigene Spitzenkandidaten aufgestellt haben. Ich finde es zwingend, dass derjenige Spitzenkandidat der Parteienfamilie, der nach der Wahl eine Mehrheit im europäischen Parlament hinter sich weiß, Präsident der nächsten Kommission wird.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Schlagzahl bei der Befassung mit europapolitischen Themen nimmt zu. Dies gilt für den Landtag und seine Ausschüsse sowie für die Landesregierung. Es gilt auch für die kommunale Ebene, für Akteure und Verbände im Land. Über so gut wie alle landespolitisch relevanten Themen, die im **Europabericht** genannt werden, wurde und wird der Landtag informiert, beziehungsweise er befasst sich bereits damit. Ich nenne nur die laufende politische Auswertung des Arbeitsprogramms der Kommission, das Frühwarnsystem von Landtag und Landesregierung und die laufende Befassung mit komplexen Einzelthemen, wie es die Programmierung der Strukturfonds in den letzten zwei Jahren war.

Ich denke, es ist wichtig, bei jeder Gelegenheit zu sagen, dass europäische Politik uns alle und unseren Alltag betrifft. Man schaue sich seine Wohnung und die standardisierten Bestimmungen für Geräte an. Dann wird man wissen: Auch das hat mit europäischer Politik zu tun. Wobei ich die Standardisie-

(Ministerin Anke Spoorendonk)

rung, die mit den Staubsaugern zu tun hat, nicht schlechtreden möchte; denn das hat letztlich etwas mit Klimaschutz zu tun. Auch das muss man, denke ich, sagen.

Dem, der jetzt immer noch mit der Krümmung von Bananen kommt, einer Bestimmung, die schon vor Jahren aufgehoben wurde und die letztlich aus Sicht der deutschen Industrie wichtig war, weil man diese Kartons hatte, in denen man zehn Gurken verpacken konnte - es war nicht die Krümmung von Bananen, sondern die Krümmung von Gurken, wie ich gerade höre -, muss ich sagen: Auch das gehört zu einer europapolitischen Debatte dazu, dass man nicht immer mit den alten Sachen kommt und nicht immer Vorurteile schürt.

(Beifall im ganzen Haus)

Meine Damen und Herren, ich möchte ein Thema herausgreifen, das für diese Landesregierung eine herausragende Bedeutung hat, nämlich die Weiterentwicklung der **deutsch-dänischen Zusammenarbeit**. Die enge Zusammenarbeit mit Dänemark ist unverzichtbarer Bestandteil der Europapolitik des Landes. Sie gehört ebenso notwendig zur Landesinnenpolitik Schleswig-Holsteins. Chancen auf Wachstum, Beschäftigung und Gestaltungskraft gewinnt unser Land nicht nur aus der Nachbarschaft zu Hamburg, sondern auch aus der Zusammenarbeit mit unserem Nachbarn Dänemark.

Diese Zusammenarbeit stützt sich vor allem auf drei Pfeiler: die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit der Region Syddanmark die **INTERREG-A-Programme** der EU, deren Förderungen, viele grenzüberschreitende Projektkooperationen erst möglich machen, sowie die politische Kooperation **STRING**, in der neben den Partnern Hamburg und Skåne eine gute Zusammenarbeit mit den dänischen Regionen Sjælland und Hovedstadsregion sowie der Kommune Kopenhagen besteht. Eingerahmt wird dies von der erfolgreichen **kommunalen Zusammenarbeit** in der Region Schleswig-Sønderjylland, der sich im Aufbau befindenden Kooperation in der Fehmarnbelt-Region und durch die vielfältigen Netzwerkkoperationen, die im Rahmen der INTERREG-Programme entstanden.

Als wichtige Marksteine im Berichtszeitraum will ich kurz nennen: die Unterzeichnung der deutsch-dänischen Kulturvereinbarung für die Region Sønderjylland-Schleswig am 10. April 2013, die turnusmäßige Übernahme des Vorsitzes der **STRING-Kooperation** im August 2013 und die Unterzeichnung des **Jahresarbeitsplanes 2013/2014** für die

Partnerschaft mit der Region Syddanmark im Oktober 2013.

Das von Syddanmark und dem Kulturministerium getragene INTERREG-Projekt **Dybbøl 2014** ist gleichsam das neue Fundament der Zusammenarbeit, bei der beide Partner den Blick auf die gemeinsame Gegenwart und die gemeinsame Zukunft richten. Dybbøl 2014 steht für eine neue Erzählung in der deutsch-dänischen Zusammenarbeit. Damit steht Dybbøl 2014 auch für neue Begegnungen, die über 2014 hinaus den Rahmen in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bilden.

Kulturbegegnungen, Wirtschaftsbegegnungen, Jugendbegegnungen - lassen Sie mich zwei Beispiele nennen.

Erstens. Am 3. April 2014 fand eine **deutsch-dänische Wirtschaftstagung** in Flensburg statt, ausgerichtet von der Region Syddanmark, der IHK zu Flensburg, dem Udviklingsråd Sønderjylland und unserem Wirtschaftsministerium. Gemeinsam wurden die wirtschaftlichen Entwicklungspotenziale der Region herausgestellt und erstmals ein deutsch-dänischer Innovationspreis für Existenzgründungen verliehen.

Zweitens. Rund hundert Jugendliche aus Syddanmark und Schleswig-Holstein sollen im Sommer unter dem Motto **„JUNG zuSAMMEN 2014“** ihre Zukunftsvisionen für die deutsch-dänische Region entwickeln. Diese sollen in einem deutsch-dänischen Jugendparlament hier im Landeshaus diskutiert und die Ergebnisse dem Landtag und dem Regionsrat Syddanmark vorgelegt werden.

Ministerpräsident Torsten Albig hat in seiner Rede bei den offiziellen Feierlichkeiten zum 150. Jahrestag der Schlacht bei Dybbøl völlig zutreffend unterstrichen, dass Dänemark und Schleswig-Holstein beständig aufeinanderzuwachsen, auf eine ganz neue Weise und ohne zu verschmelzen. In diesem Prozess bringen sich die Minderheiten beiderseits der Grenze engagiert und zielgerichtet ein. Mir persönlich, meine Damen und Herren, ist es wichtig, dass dies hier noch einmal gesagt wird.

Weitere Marksteine der Zusammenarbeit folgen. Im Herbst wird das Projekt **„Kooperationspotenzialanalyse auf der Jütlandroute“**, getragen von der Landesplanung gemeinsam mit Hamburg und den drei jütländischen Regionen Syddanmark, Midtjylland und Nordjylland, Empfehlungen für konkrete Handlungsansätze und Kooperationsprojekte auf der Strecke zwischen Hamburg und Skagen vorlegen. Damit unterstreicht die Landesregierung: Wir meinen es ernst mit der Ausrichtung auf beide Ent-

(Ministerin Anke Spoorendonk)

wicklunqsachsen: die Jütlandroute wie die Fehmarn-Belt-Achse.

Die zweiten **Fehmarn-Belt-Days** im Frühherbst in Kopenhagen sollen ein Meilenstein für das Zusammenwachsen der süd-westlichen Ostseeregion werden. Zu den Organisatoren zählen neben STRING der Fehmarnbelt Business Council, das Fehmarnbelt Komitee, das dänische Ministerium für Wohnen, Städte und ländliche Angelegenheiten, das Baltic Development Forum und Fehmern A/S.

Geplant ist eine Veranstaltungsreihe einschließlich einer STRING-Konferenz zum Thema „**Green Growth Regions in Motion**“ mit Beteiligung von Kabinettsmitgliedern aus Kopenhagen, Kiel und Hamburg sowie Vertretern der Europäischen Kommission.

Und weiter: Die Vertragsverhandlungen über die **deutsch-dänische Gesundheitskarte** zwischen Syddanmark und den Partnern der Selbstverwaltung - das heißt bei uns Kassenärztliche Vereinigung und Krankenkassen - sollen in diesem Jahr noch zu konkreten Ergebnissen kommen. Begleitet wird das Ganze von unserem Sozialministerium.

Letztes Beispiel: Die **deutsch-dänische Verkehrskommission** will Ende 2014 ihren Bericht mit Empfehlungen für gemeinsame Projekte und Initiativen zur Sicherung und Optimierung der Verkehrsinfrastrukturen auf der Jütlandroute vorlegen. Ohne diesen Ergebnissen vorzugreifen: Welchen glaubwürdigeren Bündnispartner könnten wir uns zur Unterstützung unserer Forderung nach zügiger Planung und Bau einer neuen Kanalquerung bei Rendsburg vorstellen als den dänischen Transportminister?

Ermutigend ist auch der Stand bei der Aufstellung des neuen, größeren deutsch-dänischen INTERREG-5-A-Programms, in das die bislang getrennten Programmräume „Syddanmark, Schleswig-KERN“ und „Fehmarnbeltregion“ aufgehen. Die Arbeiten am operationellen Programm für 2014 bis 2020 stehen vor dem Abschluss. Das Programmvolumen - das ist bereits im Landtag besprochen worden, Sie wissen es also - liegt in der neuen Förderprogrammperiode bei knapp 90 Millionen €, gegenüber der alten ein Plus von mehr als 34 %.

Meine Damen und Herren, ich bin den Beteiligten im Land für Ihre aufwendige und zielführende Arbeit am neuen Programm sehr dankbar. Den skizzierten Weg wollen wir weitergehen. Doch diese Entwicklung muss das ganze Land umfassen, für das die Landesregierung Verantwortung trägt. Denn Schleswig-Holstein als Gesamtes besitzt ein ganz

eigenes Potenzial wie unsere dänischen Nachbarregionen auch. Die daraus resultierenden Chancen zwischen den Metropolen Hamburg und Kopenhagen gilt es zu erkennen und gezielt zu entwickeln. Das wollen wir. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat die vereinbarte Redezeit um 6 Minuten überzogen. Diese stehen jetzt allen Fraktionen zu, zunächst der CDU-Fraktion. - Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende, der Abgeordnete Johannes Callsen.

Johannes Callsen [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Staatsverschuldung, Bankenkrise, Wirtschaftsprobleme, Jugendarbeitslosigkeit - all das sind in der Tat immense Herausforderungen, vor denen die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten stehen. Wir alle denken gerade in diesen Minuten sicher und ganz natürlich an die schwierige Situation in der Ukraine.

Aber Europa hat - gerade in der Krise - mehr denn je bewiesen, wie viel Wert die europäische Zusammenarbeit und die Europäische Union haben. In dieser **Krise** ist deutlich geworden, wie viel Europa gemeinsam erreichen kann. Wir können zusammenhalten, und ich bin mir sicher: Dieses Bewusstsein wird die Krise überdauern und die Europäische Union gestärkt aus dieser Krise herausführen.

(Beifall CDU)

Die Krise hat aber auch - die Ministerin hat es angesprochen - **europakritische Stimmen** hervorgebracht. Genau diesen Stimmen können und müssen wir mit einem enormen Selbstbewusstsein begegnen. Europa ist und bleibt eine einzigartige Erfolgsgeschichte. Europa ist unsere gemeinsame Chance für Frieden und Freiheit, für Demokratie und Wohlstand.

(Beifall CDU, vereinzelt SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Darum, Frau Ministerin, kommt dieser **Europabericht** genau zur richtigen Zeit, denn er zeigt, wie sehr Schleswig-Holstein von der Europäischen Union profitiert. Ich danke Ihnen und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr herzlich für diesen Bericht, der doch auch eine ganze Reihe von

(Johannes Callsen)

Gemeinsamkeiten innerhalb dieses Parlaments in der Europapolitik aufzeigt.

Jeder, der heute von Schleswig-Holstein zu unserem direkten Nachbarn Dänemark fährt - oder umgekehrt -, profitiert unmittelbar von dieser Freiheit, die uns das geeinte Europa gebracht hat. Das gilt für den Warenverkehr, den Arbeitsmarkt, den Tourismus, die Kultur, die deutsch-dänische Zusammenarbeit auf vielen Bereichen bis hin in der Tat zu den schon angesprochenen EU-Förderprogrammen, von denen auch unser Land maßgeblich profitiert und die wir für unsere zukünftige wirtschaftliche und strukturelle Entwicklung brauchen. Auch da sind wir uns einig.

Allerdings: Auch das Land muss nach unserer Überzeugung mehr tun. Es kann mehr tun, und es muss mehr tun. Ich will zwei, drei Beispiele nennen.

Erstens. Wer Europa will, der muss in Brüssel tatsächlich auch präsent sein.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Frau Ministerin, Sie schreiben in Ihrem Bericht ja zutreffend: Das **Hanse-Office** - ich zitiere - „trägt entscheidend dazu bei, die Bedeutung und Rolle Schleswig-Holsteins zu stärken“. Ja, in der Tat, das Hanse-Office ist unser wichtigster Anlaufpunkt in Brüssel.

Diesem Anspruch aber wird die Landesregierung nicht gerecht. Denn wie soll das Hanse-Office dieser Aufgabe gerecht werden, wenn Sie es noch nicht einmal mit der notwendigen Stellenbesetzung ausstatten?

(Vereinzelter Beifall CDU)

In Ihrer Antwort auf unsere Kleine Anfrage sprechen Sie von zwei offenen Stellen; auf der Internetseite des Hanse-Office ist sogar von vier vakanten Stellen die Rede, weil Hamburg die beiden anderen Stellen auch nicht besetzt. Meine Damen und Herren, wenn das Ihre Vorstellung von norddeutscher Kooperation ist, dann gute Nacht!

(Vereinzelter Beifall CDU)

Das bedeutet: Mehr als ein Viertel der Stellen ist unbesetzt und eben nicht nur vorübergehend vakant, sondern im Fall von Landwirtschaft und Umwelt schon seit knapp einem Jahr. Genau hier erwarte ich mehr Einsatz von der Landesregierung. Denn es ist doch völlig unvertretbar, dass Sie neue Gender-Prüfstellen einrichten, um die Anträge auf die jeweils weiblichen Schreibweisen hin zu überprüfen, aber es nicht schaffen, die zentrale Anlauf-

stelle unseres Landes in Brüssel ausreichend personell auszustatten.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Zweitens. Wer europäische Zusammenarbeit will, der muss **Partnerschaften konkret mit Leben erfüllen**. Sie beschreiben in Ihrem Europabericht ja zutreffend die Bedeutung der Partnerschaften Schleswig-Holsteins mit anderen Regionen in Europa. Kürzlich war eine Delegation aus Pays de la Loire in Frankreich zum Gegenbesuch in Schleswig-Holstein. Der Präsident dieser Region ging in seiner Tischrede auch auf den Besuch des Ministerpräsidenten im vorvergangenen Jahr in Frankreich ein. Und ich muss sagen: Meine Damen und Herren, ich war schon einigermaßen betroffen bei seinem - also des Präsidenten aus der französischen Region - Bekenntnis, er habe überlegt, ob er überhaupt nach Schleswig-Holstein kommen sollte, denn von den Ankündigungen des Ministerpräsidenten sei fast nichts umgesetzt worden.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Hört, hört!)

Die Kollegin Frau von Kalben war wohl ebenso betroffen wie ich. Nette Gespräche, Herr Albig, sind das eine; konkretes Handeln, meine Damen und Herren, ist das andere.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Nein, die Rede wurde auf Deutsch übersetzt.

Drittens. Auch in der **europäischen Verkehrspolitik** braucht Schleswig-Holstein mehr konkretes Handeln und mehr Zuverlässigkeit. Unser Land nimmt eine wichtige - die Ministerin hat es gesagt - europäische Brückenfunktion wahr, indem es Skandinavien mit Mitteleuropa verbindet und umgekehrt. Darum fordern wir - auch da sind wir uns zu einem großen Teil einig in diesem Haus - schnelle Planungssicherheit für die **Rader Hochbrücke**. Die Landesregierung muss sich mit aller Kraft für eine Zukunftsperspektive für diese Lebensader einsetzen und die Voraussetzungen dafür schaffen, sobald das Gutachten zur Rader Hochbrücke vorliegt.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Und wir fordern einen engen Schulterschluss mit den anderen norddeutschen Ländern und mit Dänemark. Das gilt für die Rader Hochbrücke ebenso wie für die A 20 und für die feste Fehmarn-Belt-Querung. Wer ständig dieses wichtige deutsch-dänische Verkehrsprojekt infrage stellt - und das sind wesentliche Teile der Regierungskoalition -, der un-

(Johannes Callsen)

tergräbt die Verlässlichkeit in der europäischen Verkehrspolitik.

(Beifall CDU)

Wir brauchen ein Bündnis, das diese wichtigen Verkehrsprojekte auch in einem europäischen Kontext tatsächlich vorantreibt, anstatt nur zu reden oder sie sogar zu blockieren. Meine Damen und Herren, Verlässlichkeit ist eine zentrale Voraussetzung erfolgreicher Europapolitik.

Ich sage zum Abschluss: Europa ist wichtig für Schleswig-Holstein. Unser Land kann von Europa profitieren. Dazu braucht es aber auch konkretes Handeln. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Regina Poersch das Wort.

Regina Poersch [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Angesichts der dramatischen Ereignisse in der Ukraine ist es mir heute leider nicht möglich, die übliche Europarede zu halten, in der wir loben, dass **Frieden in Europa** heute eine Selbstverständlichkeit ist. Wir alle erleben in diesen Monaten schmerzhaft, dass Frieden eben keine Selbstverständlichkeit ist und dass wir jeden Tag neu und mit Nachdruck dafür eintreten müssen.

(Beifall)

Wir erleben, wie wichtig Diplomatie und Dialog sind und wie wichtig es ist, die Entwicklung demokratischer Strukturen, die Entwicklung von Pluralismus und Beteiligung zu unterstützen. Deshalb haben wir uns als Parlament - alle Fraktionen gemeinsam - entschieden, dass wir uns nicht wegduckten, sondern zum **Parlamentsforum Südliche Ostsee** fahren, das unsere russische Partnerregion Kaliningrad in der nächsten Woche ausrichtet.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bilder und Botschaften, die uns täglich aus der Ukraine erreichen, machen uns deutlich, welche Errungenschaft es tatsächlich ist, dass wir seit fast 70 Jahren Frieden in Europa haben. Dafür hat die EU den Friedensnobelpreis erhalten. Darauf dürfen wir uns nicht ausruhen, sondern wir müssen uns einmischen, wenn dieser Frieden nicht nur nach innen, sondern auch an unseren Außengrenzen bedroht ist.

Worum geht es heute in Europa? Wenn wir uns die Entwicklung in den vergangenen Jahren innerhalb der Union, aber auch in den Staaten an unseren Außengrenzen anschauen, dann kann ich feststellen, dass es in erster Linie um **Solidarität** nach innen und nach außen geht.

Was heißt das für uns im Einzelnen? An den Folgen der **Finanz- und Wirtschaftskrise** ist einmal mehr deutlich geworden, dass es nicht ausreicht, sich auf eine Wirtschaftsunion zu konzentrieren, sondern dass Europa auch eine Sozialunion werden muss. Wirtschaftliche Freiheiten dürfen nicht den sozialen Rechten übergeordnet werden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir brauchen ein soziales Europa, ein Europa, das seinen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit gibt, ihr Potenzial zu entfalten, das Sozialdumping beendet, das Arbeitnehmerrechte und Gewerkschaften schützt und stärkt und das die Schwachen schützt und unterstützt. Wir brauchen gute Arbeit und endlich auch europaweit einen Pakt für Mindestlöhne.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir müssen europaweit Strategien entwickeln, um Arbeitsplätze zu schaffen. Es kann nicht sein, dass fast 27 Millionen Europäer keinen Arbeitsplatz finden. Jeder vierte Mensch zwischen 15 und 25 Jahren hat keinen Job. Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, die Jugendgarantie, ist und bleibt unser wichtigstes Ziel, wenn wir nicht eine ganze Generation verlieren wollen, die zwar gut ausgebildet, aber arm, perspektivlos und frustriert ist.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir brauchen mehr und gute Arbeitsplätze in Europa. Das können wir erreichen, indem wir Bildung, Forschung und Innovation fördern, indem wir kleine und mittlere Unternehmen weiter unterstützen und indem wir in eine **nachhaltige und solidarische Wirtschaft** investieren. Ein wirtschaftlich starkes und nachhaltiges Europa, in dem hohe Verbraucherschutz- und Umweltschutzstandards gelten, schafft Arbeitsplätze und sichert den sozialen Zusammenhalt.

Deshalb ist es wichtig, in den Verhandlungen über das **Freihandelsabkommen mit den USA** genau darauf zu achten, dass diese hohen europäischen Standards - nicht nur im ökologischen, sondern auch im sozialen Bereich und im Bereich des Da-

(Regina Poersch)

tenschutzes - nicht aufgeweicht werden. Dies wiederum können wir nur, wenn die Verhandlungen transparent verlaufen. Deshalb drängen wir so darauf. Werden diese Mindestanforderungen nicht erfüllt, soll es nach unserer Meinung kein Freihandelsabkommen geben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, all das haben wir hier im Landtag diskutiert. Auch sonst sind **europäische Themen** immer auch **schleswig-holsteinische Themen**. Ob eCall oder soziales Unternehmertum, unsere Initiative für eine Jugendbegegnung zur Kieler Woche, die Ausgestaltung der EU-Strukturfonds, die EU-Ostseestrategie, auf die im Europabericht umfassend eingegangen wird - für diesen möchte ich mich an dieser Stelle namens meiner Fraktion sehr herzlich bedanken, Frau Ministerin -, all das zeigt, dass es auf uns ankommt. Es kommt darauf an, dass wir uns alle mit europäischer Politik beschäftigen, von der wir ja auch profitieren.

Die **Verbraucherinnen und Verbraucher** profitieren von Kinderspielzeug ohne Gifte. Ich sage nur: Europa wirkt. Die **Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** profitieren von der Entsenderichtlinie. Die Arbeitnehmerfreizügigkeit ist eine der wichtigen Errungenschaften der europäischen Integration. Sie ist ein gutes Mittel gegen den Fachkräftemangel. Es muss aber der Grundsatz gelten - und darauf bestehen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten -: gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit am gleichen Ort.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das ist übrigens auch gut für die **heimischen Betriebe**, die keine Wettbewerbsverzerrung durch Lohndumping fürchten müssen. Wir stärken so die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe und damit auch Arbeitsplätze und Steuereinnahmen in unserem Land.

Neben diesen Regeln brauchen wir auch Regeln für die **Finanzmärkte**. Die Menschen wollen nicht, dass wir mit ihrem Steuergeld marode Banken retten.

Meine Damen und Herren, all das brauchen wir, um den Zusammenhalt in Europa zu stärken, um die Bedeutung der europäischen Idee auch wieder in den Herzen der Menschen zu verankern. Wir brauchen ein **solidarisches Europa**, das auf einem sozialen Wertegerüst aufbaut. Wir brauchen ein soli-

darisches Europa, das die Rechte seiner Minderheiten achtet und schützt. Hierbei sind wir in Schleswig-Holstein beispielgebend, und ein bisschen stolz dürfen wir darauf auch sein.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir brauchen ein solidarisches Europa, das Menschen, die zu uns kommen, willkommen heißt, das legale **Einwanderung** ermöglicht und regelt und das in der **Flüchtlingspolitik** die Grundrechte eines jeden Menschen sichert und achtet, das nicht zwischen „gutem“ politischen Asyl und „schlechtem“ Wirtschaftsflüchtlingen unterscheidet.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es kann nicht sein, dass wir solche Katastrophen wie die vor Lampedusa, die sich fast täglich an den Grenzen wiederholen, weiter zulassen; denn es geht um Menschen, die nicht weniger Wert sind als die Bürgerinnen und Bürger Europas. Deren Rechte müssen wir genauso achten und schützen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wie wollen wir künftig mit Menschen umgehen, die vor den Zuständen in ihrer Heimat fliehen? Sie im Mittelmeer ertrinken oder von Schlepperbanden ausbeuten zu lassen, ist menschenverachtend. Wie wollen wir den Diskurs innerhalb Deutschlands und Europas gestalten? Wie ermöglichen wir es Menschen aus anderen Ländern, sich hier zu integrieren? Das ist es, was uns weiterbringen kann, und zwar wirtschaftlich und gesellschaftlich.

Deutschland und Europa wären heute nicht, wie wir sind, wenn im 19. Jahrhundert die Staaten der Welt ihre Grenzen vor den Auswanderern verschlossen hätten. Wir brauchen eine solidarische Flüchtlings- und Asylpolitik. Wir brauchen eine europäische Willkommenskultur, aber nicht nur, weil wir diese Menschen, die zu uns kommen, auch für die Entwicklung unserer Wirtschaft dringend brauchen - Stichwort Fachkräftemangel -, sondern auch, weil jeder Mensch ein Recht auf ein menschenwürdiges Leben hat.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir dürfen nicht zulassen, dass **rechtspopulistische Kräfte** unbegründete Ängste vor Überfremdung und Vorbehalte gegenüber dem europäischen Projekt aufgreifen und eine Renationalisierung propagieren.

(Regina Poersch)

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sollten immer wieder auch darauf hinweisen, dass gerade Deutschland enorm von den offenen Grenzen im Binnenmarkt profitiert. Unseren Wohlstand haben wir auch Europa zu verdanken. 60 % unserer Exporte gehen an unsere europäischen Nachbarn.

Wir in Schleswig-Holstein wissen ganz genau, dass das grenzüberschreitende Arbeiten auch dazu gehört. Wir wissen das seit Langem zu schätzen. Die Ministerin ist darauf ausführlich eingegangen. Ich finde, anhand der deutsch-dänischen Grenzregion Flensburg/Padborg lassen sich die Herausforderungen, die es zu bewältigen gibt, sehr gut ablesen: Sprache, Sozial- und Steuersysteme, Mindestlohn. Nicht immer passen die Dinge zueinander. Das sollten sie aber, wenn ein gemeinsamer Arbeitsmarkt funktionieren soll.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, soziale Gerechtigkeit und Solidarität sind die Grundpfeiler für Frieden, für Stabilität und auch für wirtschaftlichen Erfolg. Wir können und müssen das Europäische Parlament am Tag der Europawahl stärken. Indirekt ist damit ja auch die Wahl des Kommissionspräsidenten verbunden. Es ist auch deshalb so wichtig, wählen zu gehen, weil es in Deutschland und in weiteren 12 EU-Ländern keine Sperrklausel mehr gibt, was die Chancen für rechtspopulistische Parteien, in das Europäische Parlament einzuziehen, erhöht. Wir sehen das mit großer Sorge. Eine Zersplitterung des Parlaments ist das Gegenteil von Stärkung.

Darum geht es am 25. Mai 2014, nämlich um die Stärkung von Demokratie und Solidarität. Ich freue mich sehr, dass alle im Landtag vertretenen Fraktionen gemeinsam zur Teilnahme an der Wahl zum Europäischen Parlament aufrufen. Ich finde, das ist ein wunderbares Zeichen des Schleswig-Holsteinischen Landtags. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Bernd Voß das Wort.

(Unruhe)

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich danke der Landesregierung für diesen umfassenden Bericht, der zeigt, wie vielfältig die europapolitischen Aktivitäten hier im Land sind. Die Palette reicht von der Kooperation mit Dänemark über die Kooperationen im Ostseeraum, im Nordseeraum bis zu Partnerschaften mit den Regionen Ostnorwegen, Pommern, Kaliningrad und Nordwestrussland, den Baltische Staaten und Pays de la Loire.

Inhaltlich geht es um eine ganz große Breite von Themen: Meerespolitik, maritime Raumplanung, Schulpartnerschaften, Jugendaustausch, grenzüberschreitender Arbeitsmarkt, Gesundheit, Energie, Tourismus und viele weitere Themen. Kaum ein Bereich der Landespolitik wird ausgeklammert.

Es ist ja nicht nur die Landesregierung, die da aktiv ist. Im Rahmen der zahlreichen **Partnerschaften** und **Kooperationsprojekte** sind auch jede Menge zivilgesellschaftliche Organisationen aktiv, Akteure, Verbände, Vereine, Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen, Unternehmen und natürlich auch viele Kommunen machen sich europafähig.

Neben der regionalen Kooperation ist auch die Interessenvertretung des Landes durch das **Hanse-Office** in Brüssel von großer Bedeutung. Viele für unser Land wichtige Entscheidungen werden auf europäischer Ebene getroffen. Im Vorfeld von Entscheidungen rechtzeitig zu wissen, was ansteht, ist notwendige Voraussetzung dafür, sich einzubringen, Einfluss zu nehmen und Entscheidungen zu steuern. Der Vertrag von Lissabon gibt uns seit 2009 das Recht, dies zu tun, aber wir nutzen es bisher zu wenig, wir haben die europäische Ebene viel zu wenig im Blick.

Wir setzen uns im Koalitionsvertrag das Ziel, die Europafähigkeit des Landes zu stärken. Da sind wir noch ein Stück weit gefordert. Dazu gehört, dass die Stellen im Hanse-Office vollständig besetzt

(Beifall PIRATEN)

und die Rahmenbedingungen dafür so geschaffen werden, dass es für den beruflichen Weg ein entscheidender Baustein ist, auch europaerfahren zu sein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, PIRATEN und SSW)

Dazu gehört aber auch - diese Frage wird in den Haushaltsberatungen wieder anstehen -, dass wir es

(Bernd Voß)

schaffen, dort eine Vertretung des Landtags zu etablieren.

Aus aktuellem Anlass möchte ich gern etwas zur **Kooperation mit Kaliningrad** und den Duma-Vertretungen aus den **nordwestrussischen Regionen** sagen. Die Kooperationen mit diesen russischen Gebieten ist schon etwas Besonderes, weil es Kooperationen mit Partnern außerhalb der EU sind. Wir sollten uns bewusst sein, dass diese Regionen trotzdem zu Europa gehören. Europa ist mehr als die Europäische Union.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, PIRATEN und SSW)

Wir fahren Sonntag mit dem Präsidenten an der Spitze zur jährlichen Plenumstagung des **Parlamentsforums Südliche Ostsee** nach Kaliningrad. Sie wissen alle, welche Regionen da vertreten sind.

Wir haben in Vorbereitung dieser Parlamentarierkonferenz natürlich auch über die Lage in der **Ukraine** und den **russischen Regionen** gesprochen. Wir sind uns als fachpolitische Sprecher aller Fraktionen einig, dass es gerade angesichts der jüngsten Entwicklungen umso wichtiger ist, die Kooperation mit den Regionen der Russischen Föderation fortzuführen, um den regionalen Austausch zu stärken und die parlamentarische Arbeit und die zivilgesellschaftlichen Akteure in diesen Regionen zu stärken.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Das geplante **Handels- und Investitionsschutzabkommen** mit den **Vereinigten Staaten** ist im Bericht erwähnt. Ich möchte daran erinnern: Wir haben hier einen guten Landtagsbeschluss. Ich gehe davon aus, dass der Grundlage für das Verhalten der Landesregierung im Bundesrat ist. Vorher wird noch das CETA-Abkommen mit Kanada - wahrscheinlich in der Juni-Sitzung des Bundesrats anstehen.

Neben den bereits erwähnten Aktivitäten hat die Landesregierung im vergangenen Jahr auch die Programmierung der **EU-Strukturfonds** für die neue Förderperiode bewerkstelligt. Wir haben uns im Europaausschuss und in den betroffenen Fachausschüssen intensiv damit auseinandergesetzt. Diese Programme sind von großer Wichtigkeit für das, was hier im Land finanziert wird und gefördert werden kann. Viele Ziele der europäischen Ebene, viele Ziele der mittelfristigen Finanzplanung stimmen damit überein, was diese Koalition in ihrem Koalitionsvertrag festgeschrieben hat.

Wir werden 80 Millionen € aus dem Sozialfonds im Land verteilen können, 250 Millionen € aus dem Regionalfonds, 420 Millionen € aus dem Fonds für ländliche Entwicklung. Es gibt den Meeres- und Fischereifonds, die INTERREG-Programme, Connecting Europe für unterschiedliche Projekte in den Bereichen Bahn, Verkehr, Netze, und - das ist entscheidend - das ERASMUS-Programm ist erheblich aufgestockt worden und gibt uns die Möglichkeit, die Mobilität von Jugendlichen zu fördern.

Aber die Bedeutung der EU ist auch im Bereich der Gesetzgebung immens. Wir haben inzwischen viele Rechtsgebiete, Wettbewerb, Binnenmarkt, Verbraucherschutz, Datenschutz, Gewässerschutz und so weiter, die ihren **Rechtsrahmen von der EU** bekommen. Inzwischen setzt die EU einen Rechtsrahmen in fast 70 % der Gesetze und Verordnungen. Das schränkt uns regional und national an der einen oder anderen Stelle zwar ein, aber die nationale Ebene kann viele Dinge allein nicht mehr ausreichend regeln. Wenn ich an Datenschutz denke, wenn ich an Finanzaufsicht denke; wenn ich Bereiche wie den Verbraucherschutz sehe, den Umweltschutz, den Wasserschutz, dann haben wir seit Jahrzehnten einen starken europäischen Rechtsrahmen mit guten Richtlinien. Wir würden es in der Bundes- und Landespolitik nicht annähernd hinbekommen, uns lobbyistischen Interessen zu widersetzen und so einen starken Rechtsrahmen zu setzen, der auch bei uns im Land umgesetzt werden muss.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Die Existenz der Europäischen Union ist in vielerlei Hinsicht gut für unser Land. Sie ist aber so, wie sie jetzt ist, nicht perfekt. Das klang durch alle Reden, und dem wollen auch wir uns nicht verschließen. Es geht um das Zusammenspiel der verschiedenen europäischen Institutionen. Wir wollen hier zwar keine Institutionen-Runde machen, aber es ist durchaus angebracht, bei der **Zusammenwirkung der Organe** in den nächsten Verträgen die eine oder andere Nachbesserung einzufordern - auch wenn wir mit dem Lissaboner Vertrag seit 2009 ein erheblich demokratischeres Europa mit einem ausgesprochen starken Parlament haben.

Wir brauchen ein Initiativrecht des Parlaments für Gesetze. Die Rechte des Parlaments müssen gestärkt werden. Das Parlament soll zum Beispiel ein Rückholrecht bei Richtlinien und Verordnungen haben. Wenn die Kommission, wenn die Ratsgremien nicht das umsetzen, was politischer Wille war, dann muss es ein stärkeres Rückholrecht geben.

(Bernd Voß)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir Grüne sagen deshalb auch: Europa muss sich weiterentwickeln, muss solidarischer, transparenter und demokratischer werden. Ein Europa der Hinterzimmer, der allmächtigen Entscheidungen, der Gipfel der Regierungschefs und Regierungschefinnen, ist das, was wir nicht wollen und was auch viele Menschen europamüde macht.

Ich freue mich, dass wir heute, gut eine Woche vor den Wahlen zum Europäischen Parlament, einen **Wahlaufbruch** beschließen werden. Der Ausgang der Europawahlen ist von entscheidender Bedeutung für die politische Entwicklung der Europäischen Union, aber auch für unser Land. Jeder Nichtwähler, jede Nichtwählerin stärkt die Euroskeptiker und Rechtspopulisten im Europäischen Parlament. Europa braucht ein Parlament, das in der Lage ist, sinnvolle politische Mehrheiten und konstruktive Beschlüsse zustande zu bringen. Alles andere schwächt die Demokratie in Europa.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Gerade die Stärke des Europäischen Parlaments ist es, dass über nationale Grenzen, über Ländergrenzen und Parteigrenzen hinweg immer wieder kluge Lösungen gefunden werden. Wenn uns weisgemacht werden soll, mit 700 Änderungsanträgen bekomme man nichts zustande - die Realität der letzten fünf Jahre hat gezeigt, dass wir starke, gute Beschlüsse des Europäischen Parlaments bekommen haben. Weil uns diese Einschätzung zwischen allen Fraktionen eint, darum unser gemeinsamer Antrag.

Darüber hinaus ist es aber auch wichtig, das Kreuz an der richtigen Stelle zu machen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich empfehle, den einen oder anderen Blick in die **Wahlprogramme der Parteien zur Europawahl** zu werfen. Da werden Sie Unterschiede feststellen. Das fängt damit an - Stichwort Ukraine, Stichwort baltische Länder -, wie stark Europa in seinen Mitgliedsländern durchsetzt, dass wir eine vernünftige Minderheitenpolitik bekommen, um Krisenprävention zu machen, auch in den Ländern, mit denen wir eng zusammenarbeiten, und nicht nur auf den Binnenmarkt zu spielen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ich weise auf die unterschiedlichen Zielsetzungen der Parteien hin, bei der Klima- und Energiepolitik. Ich stelle fest, dass Deutschland, Frau Merkel vorne an, in der Klimapolitik sehr viele Entscheidungen hintenherum wieder einsammelt. Es gibt Unterschiede in der Asyl- und Flüchtlingspolitik. Wir sehen, dass es große Defizite bei den Menschenrechten gibt. Die Zustände und Arbeit der Grenzagentur Frontex wird von Menschenrechtsorganisationen an den Pranger gestellt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Unterschiedliche Auffassungen haben die Parteien zur Frage des **sozialen Europas**. Wir Grüne wollen soziale Grundrechte in Europa stärken, grenzüberschreitend eine gute Gesundheitsversorgung, eine gute soziale Basisversorgung, Arbeitnehmerrechte stärken, die Rechte von kleinen Unternehmen stärken, den grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt ausbauen, gerade im deutsch-dänischen Raum, im polnisch-mecklenburgischen Raum ist das für die Menschen von unmittelbarer Bedeutung.

Unterschiedliche Auffassungen haben wir zum Umfang der Maßnahmen zur Bekämpfung besonders der **Jugendarbeitslosigkeit**, und ich sage auch zur Verhinderung des Brain Drain in großen Teilen der Europäischen Union. Ich denke, dazu haben wir im Landtag noch Anträge vorliegen, das werden wir noch intensiv beraten, wie vielschichtig dieses Thema ist.

Wir haben unterschiedliche Auffassungen zur Umsetzung eines starken gemeinsamen Rechtsrahmens in der Finanz-, Wirtschafts- und Steuerpolitik sowie unterschiedliche Auffassungen beim TTIP. Wir wollen diesen schleichenden Staatsstreich nicht, nicht in unseren Parlamenten, nicht in den Parlamenten anderer europäischer Länder und auch nicht in den Parlamenten der Vereinigten Staaten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, PIRATEN und SSW)

Wir wollen, dass die demokratischen Rechte erhalten bleiben. Wir kämpfen an dieser Stelle wirklich für die kulturellen Werte Europas.

Wir wollen ein Europa, eine Europäische Union der Jugend, der Bildung, des beruflichen Austauschs, des kulturellen Austauschs und eine europaweite Zusammenarbeit in der **Mobilität**. Ich denke, gerade das ERASMUS-Programm und die vielen Initiativen, die in dem Bereich laufen, stärken das, was sich entwickelt und was sich für die nächste Generation entwickelt, dass es eine Selbstverständlich-

(Bernd Voß)

keit ist, überall in Europa arbeiten zu können, überall in Europa seine Verwandten und Freunde zu haben und überall in Europa auch stolz zu sein auf die Kultur, aus der man kommt.

Wir stehen, und wir kämpfen für die europäische Wertegemeinschaft, die letztlich stark ist durch die vielfältigen Kulturen der unterschiedlichen europäischen Regionen. Europa wächst letztlich von unten. Stärken wir mit der Wahl zum Europäischen Parlament am 25. Mai 2014 ein Europa des grünen Wachstums, ein soziales Europa der Freiheit und der Sicherheit!

Schleswig-Holstein in einem demokratischen Europa - ich kann nur sagen: Das passt doch so richtig.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die FDP-Fraktion hat jetzt Herr Abgeordneter Dr. Ekkehard Klug das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die demnächst stattfindenden Europawahlen sind eine enorme Chance für die Bürger, politische Mitbestimmung wahrzunehmen, die Chance, die eigene Meinung in der Europapolitik durch die Stimmabgabe zum Ausdruck zu bringen, die politischen Entwicklungen in der EU in den kommenden Jahren mit zu beeinflussen.

Das **Europaparlament** ist, das hat es in den letzten Jahren, wie ich finde, eindrucksvoll unter Beweis gestellt, der **Anwalt der Bürger**, auch gegen manchmal zu bürokratische Aktionen aus den Reihen der EU-Kommission. Wenn seine Rechte weiter gestärkt werden, wofür wir Liberale uns einsetzen, dann wird es auch aus dem Europäischen Parlament heraus noch mehr Initiativen geben, einiges der Kritik, die manche EU-Bürger an der politischen Aktivität der Kommission haben, abzuwenden. Das europäische Parlament zu stärken, ist deshalb für die Zukunft ein ganz wichtiger Ansatzpunkt.

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Es ist ganz sicherlich nicht zielführend, wenn jetzt im politischen Raum über eine **Wahlpflicht** zum Europäischen Parlament diskutiert wird.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und vereinzelt SPD)

Ich finde es gut, dass alle demokratischen Parteien - die Vertreter Schleswig-Holsteins und Norddeutschlands - im Europäischen Parlament diese Idee abgelehnt haben, denn die Einführung einer solchen Wahlpflicht käme in der Tat einer Bankrotterklärung der Demokratie in Europa gleich

(Beifall FDP, PIRATEN, vereinzelt CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und hätte, davon bin ich fest überzeugt, eher den gegenteiligen Effekt. Sie würde sich als politischer Bumerang auswirken.

Ich hätte mir allerdings gewünscht, dass etwa die Kollegin Ulrike Rodust, die ich ansonsten sehr schätze, ihre Ablehnung noch etwas deutlicher zum Ausdruck gebracht hätte. Die Formulierung, die wir heute in den „Kieler Nachrichten“ lesen können, es wäre ihr lieber, wenn wir die Menschen auch ohne Wahlpflicht überzeugen könnten, ist mir einfach zu defensiv.

(Beifall FDP, PIRATEN und Wolfgang Baasch [SPD])

Das hätte man sehr viel klarer zum Ausdruck bringen können; denn das impliziert ja die Möglichkeit, dass dann, wenn wir die Menschen nicht überzeugen können, die Wahlpflicht als letztes Mittel möglicherweise doch infrage kommt.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Wir teilen Ihre Auffassung!)

- Herr Kollege Stegner, die Formulierung ist zumindest unglücklich. Vielleicht können Sie mir insofern auch zustimmen.

Die **europäische Integration** ist die einzige wirkungsvolle Antwort der europäischen Staaten auf den Prozess der **Globalisierung**. Nur gemeinsam wird man heute noch in der Welt gehört, kann mitreden und auf der Weltbühne mitbestimmen. Einzelnen für sich genommen werden selbst die größeren europäischen Staaten zum Spielball einer Politik, die dann andere bestimmen. Das ist aus meiner Sicht das zentrale Argument, auch mit der Vertiefung der Europäischen Union, der Stärkung der Integration weiterzugehen und etwa eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der europäischen Staaten wirkungsvoller zu gestalten, als wir das zuletzt in der Ukraine-Krise - bis zum heutigen Tag - erlebt haben. Da gibt es Defizite in der Europapolitik, an denen alle Mitgliedsländer und auch das Europäi-

(Dr. Ekkehard Klug)

sche Parlament noch in den kommenden Jahren arbeiten müssen.

Wir werden den Menschen draußen im Land nicht sagen können, dass dieses Europa schon perfekt ist. Wir haben es nach wie vor in vielen Punkten zu verbessern.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Das setzt voraus, dass man dann auch in den wichtigen Handlungsfeldern die gemeinsamen Interessen kraftvoller und entschlossener gemeinsam verfolgt, als das bislang der Fall gewesen ist.

Die Landtagsdebatte gestern hat eigentlich ein Paradebeispiel dafür geliefert. Wir haben über **Datenschutz** gesprochen. Nur gemeinsam werden die europäischen Staaten im Bereich des Datenschutzes, der Sicherung der informationellen Selbstbestimmung ihrer Bürger, so weiterkommen, dass wir uns gegenüber denen, die von außen dieses Europa und seine Bürger - einschließlich der Regierungen und der Regierungsspitzen der Europäischen Union - ausspähen und belauschen, besser schützen können. Dazu gehört eben auch die Entwicklung einer Datenschutztechnik, einer Datenschutzinfrastruktur und eines Datenschutzrechts in der Europäischen Union, das beispielgebend ist und mit dem wir die Bürger des gemeinsamen Europa eben auch schützen und ihre Bürgerrechte und ihre Freiheit besser sichern.

(Beifall FDP, PIRATEN und vereinzelt SPD)

Auf dieses Ziel gilt es, die Ressourcen der Europäischen Union in den nächsten Jahren - bis hin zur Entwicklung und Erforschung neuer Technologien - zu konzentrieren.

Deutschland profitiert von allen Mitgliedsländern der Europäischen Union am meisten von der Integration Europas.

(Beifall Regina Poersch [SPD] und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir sind ein **Exportland**. Unser Wohlstand basiert auf der Ausfuhr von Gütern und Dienstleistungen. 70 % dieser Ausfuhren gehen in den europäischen Wirtschaftsraum. Die Überwindung der Zollschranken und die Entwicklung des gemeinsamen Binnenmarktes sind also gerade für Deutschland von ganz zentraler Bedeutung. Das ist die Jobmaschine, die Arbeit, Beschäftigung und Wohlstand in diesem Land sichert - auch in Schleswig-Holstein.

(Beifall FDP, vereinzelt SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Deshalb muss man feststellen: Wer dieses Europa infrage stellt, der setzt auch Hunderttausende deutscher Arbeitsplätze aufs Spiel.

(Beifall FDP, SPD, Volker Dornquast [CDU] und Lars Harms [SSW])

Eine Anmerkung zum Thema **europäische Solidarität**: Ja, wir brauchen sie, und sie wird auch praktiziert. Unser Land, Deutschland, ist der größte Nettozahler, der als der wirtschaftlich stärkste Mitgliedsstaat die größten Mitgliedsbeiträge zum Haushalt der Europäischen Union leistet. Wenn man dazunimmt, welche Garantien und potenziellen Risiken wir im Zusammenhang mit der Bewältigung der Euro-Krise als wirtschaftlich starkes Mitgliedsland auf uns genommen haben, beweist das, dass wir in hohem Maße europäische Solidarität praktizieren. Aber diese Solidarität kann nicht bedeuten, dass deutsche Steuerzahler dauerhaft die Defizite europäischer Nachbarstaaten mitfinanzieren.

(Beifall FDP)

Das würde auch unser Land überfordern.

Es kommt also darauf an, auch die Maßnahmen, die zur Bewältigung der Euro-Krise getroffen worden sind, zwar in der Höhe, aber auch zeitlich begrenzt durchzuführen. Wir sehen ja die Erfolge, dass inzwischen Mitgliedstaaten wie Irland oder Portugal auch in der Lage sind, auf bestimmte europäische Sicherungen zu verzichten.

Wir wollen in der Zukunft keine Eurobonds.

(Beifall Wolfgang Kubicki [FDP] und PIRATEN)

Da unterscheiden wir uns beispielsweise von Sozialdemokraten und Grünen im Europäischen Parlament. Wir wollen keine **Vergemeinschaftung der Verschuldungspolitik**. Erstens würde das dazu führen, dass in Deutschland die Schuldzinsen für den Staat kräftig in die Höhe schießen würden. Wir wären dann nicht mehr in der Lage wie bisher, Leistungen nicht nur in unserem Land, sondern auch im Rahmen der Europapolitik mitzufinanzieren. Zweitens würde es in Europa den Weg zu immer höheren Schuldenbergen erleichtern. Wir halten das für einen Irrweg.

(Beifall FDP, CDU, PIRATEN und SSW)

Irgendwann steht man vor einem gewaltigen Schuldenberg und kommt nicht mehr weiter. Auch in diesem Punkt gibt es in der Europapolitik in einer zentralen Frage zwischen uns und anderen politischen Kräften, etwa den Sozialdemokraten, einen ganz

(Dr. Ekkehard Klug)

wesentlichen Unterschied. Man darf nicht davon ausgehen, weil wir alle für die europäische Integration sind, dass wir auch in jedem einzelnen Punkt einer Meinung sind. Es muss gerade auch in der Europapolitik darum gehen, dass wir uns hier und auch auf einer anderen Bühne - wo auch immer - über den richtigen Weg streiten.

Eine Anmerkung zum **Freihandelsabkommen**, weil der Kollege Voß davon gesprochen hat. Herr Kollege Voß, wir sind ganz einer Meinung, wir haben vor einiger Zeit ja auch schon einmal über dieses Thema im Landtag diskutiert, dass bei den Verhandlungen die Transparenz fehlt und wir darauf bestehen, dass **europäische Standards**, etwa beim Verbraucherschutz, beim Gesundheitsschutz und bei Umweltfragen, gesichert bleiben.

(Wortmeldung Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Lassen Sie mich diesen einen Gedankengang bitte noch zu Ende führen. Dann können Sie eine Zwischenfrage stellen.

Wir sind dafür, dass erstens die Transparenz gewährleistet wird, die bisher bei den Verhandlungen zwischen der Kommission und der USA nicht besteht, und dass wir zweitens klar sagen, ein solches Abkommen kann es nur dann geben, wenn auch die europäischen Standards in den genannten Bereichen erhalten bleiben.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege - -

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Einen Satz bitte noch. - Das heißt dann natürlich aber auch, dass es beispielsweise etwas seltsam erscheint, wenn etwa der Bundeswirtschaftsminister, Herr Gabriel, gerade kürzlich mit Kanada ein Freihandelsabkommen unterzeichnet hat,

(Beifall PIRATEN)

in dem dieselben Regelungen zur **Schiedsgerichtsbarkeit** vereinbart worden sind, die die Sozialdemokraten und auch Herr Gabriel in punkto Freihandelsabkommen mit den USA ablehnen. Das ist eine nicht ganz konsequente Haltung.

(Beifall FDP)

Frau Präsidentin, jetzt bin ich gern bereit, eine Zwischenfrage zuzulassen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Sehr gern. - Dann hat Herr Abgeordneter Rasmus Andresen für eine Zwischenbemerkung das Wort.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank, Herr Kollege. - Ich teile auch Ihre Kritik. Wir Grüne tun das in Bezug auf das Agieren des Bundeswirtschaftsministers. Davon aber einmal abgesehen, nehme ich auch sehr wohlwollend zur Kenntnis, dass sich Ihre Landtagsfraktion in diesem Punkt scheinbar auch wieder anders aufstellt und positioniert als es Ihre Mitglieder im Europäischen Parlament tun. Denn ich bitte Sie zur Kenntnis zu nehmen, dass Ihre schleswig-holsteinische Europaabgeordnete, Britta Reimers, mit der ich schon das Vergnügen hatte, auf zwei, drei Podien des Europawahlkampfes zu sitzen, immer diejenige war und ist, die das geplante Freihandelsabkommen am härtesten verteidigt. Zum Thema Transparenz hat sie am Montag Abend bei einer Veranstaltung im Audimax der FH Lübeck sogar behauptet, alle Dokumente stünden transparent zur Verfügung und es gebe überhaupt keinen Nachbesserungsbedarf. Ich freue mich, dass Sie es als Landtagsfraktion anders sehen als Ihre Europakandidaten. Ich bitte Sie aber zur Kenntnis zu nehmen, dass Ihre Kandidaten, für die Sie Wahlkampf machen, dort eine andere Position vertritt, als Sie sie gerade vorgetragen haben.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Herr Kollege Andresen, ich nehme das einmal zur Kenntnis. Haben Sie bitte Verständnis dafür, dass ich erst einmal mit der Kollegin Reimers über diese Veranstaltung und die Behauptung sprechen werde. In der Vergangenheit haben wir allzu oft erlebt, dass es sich hinterher bestenfalls als eine Halbwahrheit herausgestellt hat.

(Beifall FDP)

Die FDP ist natürlich grundsätzlich für den Abschluss eines Freihandelsabkommens, allerdings unter den genannten Bedingungen. Das hat im Übrigen auch unser Spitzenkandidat, Alexander Graf Lambsdorff, auf dem Bundesparteitag der FDP in Dresden bekräftigt. Die Liberalen werden im Europaparlament einem Freihandelsabkommen nicht zustimmen, wenn dort nicht die genannten Forderungen, also die Einhaltung europäischer Normen bei

(Dr. Ekkehard Klug)

Verbraucherschutz, Gesundheitsschutz und Umweltfragen, berücksichtigt werden. Es ist unsere Position, und dabei bleiben wir.

(Beifall FDP und Birgit Herdejürgen [SPD])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Abgeordneten Voß?

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Ja.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kollege Klug, ich habe eine Nachfrage. Habe ich es richtig verstanden, dass Sie **Investitionsschutzstillhalteabkommen** mit der Schiedsgerichtsbarkeit auch bei Handelsabkommen zwischen der EU und den USA für notwendig halten, also zwischen Staaten, die eine eigene gute Gerichtsbarkeit haben?

- Sie haben mich nicht verstanden. Ich habe gesagt, ich finde es etwas seltsam, dass der Bundeswirtschaftsminister solche Vereinbarungen mit Kanada gerade unterzeichnet hat, die er - Sie sind zu 100 % identisch mit den Regelungen zur Schiedsgerichtsbarkeit - gleichzeitig beim Freihandelsabkommen mit den USA ablehnt. Das ist eine etwas seltsame Geschichte, die Kanadier anders zu sehen als die Nordamerikaner in den Vereinigten Staaten. Nur das habe ich kritisiert.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Gestatten Sie eine weitere Nachfrage des Herrn Abgeordneten Voß?

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Ja.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich muss ja den Minister Gabriel nicht verstehen. Ich muss ja nur Sie verstehen. Welche Position haben Sie?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir brauchen die Schiedsgerichtsbarkeit!)

- Der Kollege Kubicki hat gerade den Zwischenruf gemacht, wir brauchen ein **Schiedsgerichtsverfahren**. Wenn es denn ordentlich gestaltet ist, ist dagegen nichts einzuwenden.

(Zuruf Uli König [PIRATEN] - Wolfgang Kubicki [FDP]: Haben Sie was geraucht? - Unruhe)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, ich muss doch sehr bitten. Mehr will ich an dieser Stelle nicht sagen. Ich finde, das war voll daneben. - Herr Abgeordneter Dr. Klug, ich frage Sie, ob Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner zulassen.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Beim Vorsitzenden Stegner immer.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter Dr. Stegner, bitte.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ich bin dafür sehr dankbar, Herr Kollege Dr. Klug. - Erlauben Sie mir die Bemerkung. Die Position der Sozialdemokratie ist in der Tat, dass wir nicht zulassen dürfen, dass große Konzerne gegen Parlamentsentscheidungen von demokratisch gewählten Parlamenten geschützt werden. Das kann nicht richtig sein. Es mag bei einem Staat wie Nordkorea etwas anderes sein, dass man in solcher Weise Investitionsschutz betreiben muss, hier aber nicht. Ich weise aber darauf hin, dass die Aushandlung des Abkommens mit Kanada nicht unter Beteiligung einer SPD-Bundesregierung stattgefunden hat, sondern von der schwarz-gelben Vorgängerregierung mit ausgehandelt worden ist. Darauf weise ich ausdrücklich hin. Ich teile aber Ihre Position inhaltlich.

(Christopher Vogt [FDP]: Deshalb können Sie doch zustimmen!)

Deswegen sage ich es hier: Sie haben Recht, Investitionsschutz darf nicht so sein, dass hinterher Parlamentsentscheidungen durch überhaupt nicht legitimierte Gremien, die Konzerninteressen schützen, aufgehoben werden. Da muss das Primat der Politik gelten. Deswegen wird die Sozialdemokratie im Deutschen Bundestag auch nicht zustimmen können, und im Europäischen Parlament werden Ihre liberalen Parteifreunde auch nicht zustimmen können, wenn es zur Abstimmung kommt und solche undemokratischen Schiedsgerichtsstrukturen gewählt werden.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Herr Kollege Stegner, ich räume ein, dass ich für diese Außenhandelsfragen kein Experte bin. Ich habe aber gelesen, dass es insgesamt 50 internationale **Vereinbarungen** dieser Art gibt, die die Bundesrepublik Deutschland in der Vergangenheit geschlossen hat - meines Wissens auch zu Zeiten sozialdemokratisch geführter Bundesregierungen -, in denen **Schiedsvereinbarungen** fixiert worden sind. Vielleicht sollte man sich die Sache etwas genauer anschauen, zumal es ja auch kein Thema ist, das originär die Landespolitik tangiert und das wir direkt mit zu beeinflussen haben. Die Diskussion können wir aber gern noch einmal weiter vertiefen. Ich kann bloß nicht nachvollziehen, wieso etwas, das seit Jahrzehnten in mehreren Dutzend internationalen Vereinbarungen zu Papier gebracht worden ist, heute prinzipiell verteuft werden muss. Man muss konkret gucken, was da drin steht. Es mag ja sein, dass man da auch Sicherungen einbauen muss, aber grundsätzlich sehe ich die Situation heute nicht prinzipiell anders, als sie in den zurückliegenden Jahrzehnten, auch unter früheren Bundesregierungen, gewesen ist.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Ja.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Dr. Stegner, bitte.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ich glaube, dass der entscheidende Unterschied darin besteht, dass es in der Vergangenheit im Wesentlichen auch Vereinbarungen mit Staaten gegeben hat, die nicht über so ein parlamentarisches System verfügen wie wir, und man in der Tat berechnete Schutzinteressen hat. Ich glaube aber, es darf nicht sein - ich nehme einmal ein Beispiel -, dass von einem großen Konzern gegen eine gesetzliche Regelung zum Nichtraucherschutz, nach der auf Packungen: „Rauchen gefährdet Ihre Gesundheit“ und ähnliche Dinge stehen, wegen entgangener Gewinne geklagt werden kann, und dadurch eine parlamentarische Regelung ausgehebelt wird.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

So etwas muss ausgeschlossen werden, da bin ich Ihrer Meinung.

- Bei den meisten Parlamenten ist das so. Aber es ist eine andere Situation, wenn man das mit Ländern, wie China und anderen, aushandelt, in denen der Parlamentarismus anders entwickelt ist als bei uns.

- Meines Wissens gibt es auch in den USA Verbraucherschutzregelungen, die so aussehen, dass zum Beispiel der Rohmilchkäse aus Europa nicht importiert werden darf, weil die Amerikaner Angst haben, dass die Bakterien sie ins Jenseits befördern könnten, obwohl Generationen von Franzosen diesen Rohmilchkäse mit großem Genuss zu sich genommen haben und auch nicht daran gestorben sind - und andere Europäer, die ihn auch gelegentlich kaufen, auch nicht.

Also, mit anderen Worten: Es ist sicherlich ganz klar auf die Einhaltung von Kriterien des Umwelt-, Verbraucher- und Gesundheitsschutzes zu achten. Das darf nicht durch irgendwelche Regelungen des Freihandelsabkommens ausgehebelt werden. Wenn wir uns auf dieser Basis verständigen können, dann haben wir ja sogar Einigkeit in diesem Punkt. Danke, Herr Kollege Stegner.

(Wortmeldung Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Weitere Fragen möchte ich jetzt leider nicht zulassen.

Meine Damen und Herren, eine ganz kurze Anmerkung zum Thema **Demokratie in Europa**. Eine Gemeinschaft mit immerhin jetzt 500 Millionen Menschen auch noch demokratisch zu gestalten, ist nicht ganz so einfach, weil natürlich zwischen der zentralen Ebene und den einzelnen Bürgern in einem solch großen Staatengebilde eine enorme Distanz besteht. Deshalb ist meine feste Überzeugung, dass dieses Europa, wenn es sich im Sinne einer vertieften Integration weiterentwickelt, heute schon geradezu lebensnotwendig davon abhängt, dass man die Zuständigkeiten und die Rechte zwischen den unterschiedlichen politischen Ebenen ordentlich austariert.

Da kommt nun das Prinzip der **Subsidiarität** ins Spiel, das durch den Vertrag von Lissabon Ende 2009 noch einmal gestärkt worden ist. Wir müssen in der Tat stärker darauf hinwirken, dass das, was nicht unbedingt auf europäischer Ebene geregelt werden muss - Herr Voß hat ja darauf hingewiesen, dass schon sehr viel europäisch geregelt ist -, in der

(Dr. Ekkehard Klug)

Zuständigkeit der nationalen oder noch besser der regionalen Ebene verbleibt,

(Beifall FDP und CDU)

weil das vor Ort gelebte europäische Demokratie bedeutet, sozusagen das Ausfüllen eines Rahmens, in dem auch noch Gestaltungsmöglichkeiten vor Ort vorhanden bleiben.

Für mich sind die Wahrnehmung und die Anwendung des Subsidiaritätsgedankens von ganz zentraler Bedeutung. Ich hatte ja die große Ehre, diesen Landtag Mitte Dezember 2013 in Berlin im Bundesrat auf der Subsidiaritätskonferenz des Ausschusses der Regionen zu vertreten. Ich kann Ihnen berichten, dass ganz viele Kolleginnen und Kollegen aus Parlamenten anderer EU-Staaten und auch der Regionalparlamente der festen Überzeugung sind, dass wir im Sinne dieses Subsidiaritätsgedankens in Europa einen Mentalitätswandel brauchen. Das ist aus meiner Sicht ein ganz entscheidender Punkt für die Weiterentwicklung der europäischen Demokratie.

Deswegen ist es auch unsere Aufgabe als Landtag - so wie wir das vereinbart haben -, etwa im Rahmen des **Frühwarnsystems zur Subsidiaritätskontrolle**, darauf zu achten, dass es nicht zu einem Übermaß an zentralistischen Regelungen kommt, sondern dass wir die Karte der regionalen Ebene spielen. Das setzt voraus, dass wir uns auch noch besser als in der Vergangenheit vernetzen, denn nur durch eine verbesserte Zusammenarbeit der Parlamente bekommt man eine kritische Masse von Stimmen zusammen, die dann sagen: Stopp, bei dem Punkt wollen wir das und das nicht, sonst ziehen wir die gelbe Karte oder auch die orange Karte. Einer der Vorschläge, der in Berlin diskutiert wurde, war, ob man nicht auch eine richtige rote Karte einführen sollte, mit der die Parlamente mit einer qualifizierten Mehrheit Einspruch gegen ein Gesetzesvorhaben der EU-Kommission erheben könnten, sodass es effektiv gestoppt wird. Das ist meiner Meinung nach durchaus ein Vorschlag, über den man im Rahmen der Strukturreform der EU näher reden kann.

Noch eine kurze Anmerkung zu dem Bericht der Landesregierung. Besonders wichtig ist für uns - da stimme ich der Ministerin Spoorendonk ausdrücklich zu - die **Ostseezusammenarbeit**, die ja lange auch von allen Fraktionen getragen worden ist.

Ich habe allerdings den Eindruck, dass sich diese Ostseezusammenarbeit gerade unter der jetzigen Landesregierung mehr und mehr auf ein gutes Verhältnis zum Nachbarland Dänemark reduziert. Es

ist ja auch alles zu begrüßen, was die Ministerin dazu an Fortschritten referiert hat. Das ist alles richtig und wichtig, aber mein Eindruck ist, dass der etwas weitere Blick in die gesamte Ostseeregion hinein zunehmend schwächer und unvollständiger wird und dass die Entwicklungen, die zum Beispiel in den 1990er-Jahren von Björn Engholm angestoßen worden sind, schwächer werden und weit hinter uns liegen. Ich finde, dass wir uns bei der Zusammenarbeit im gesamten Ostseeraum nicht weiterentwickelt haben, sondern dass hier eher die Gefahr einer Rückentwicklung besteht.

Auch wenn das als ein bisschen klein-klein erscheinen mag, dazu noch eine letzte Anmerkung: Es ist schon ein Symptom, dass derzeit etliche Stellen im **Hanse-Office**, das ist die gemeinsame Vertretung der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein in Brüssel, von schleswig-holsteinischer Seite aus unbesetzt sind. Wenn man nicht einmal hinbekommt, dass man eine schlagkräftige Landesvertretung in Brüssel organisiert und personell unterfüttert, dann ist das ein Alarmzeichen. Da muss diese Landesregierung, Frau Kollegin Spoorendonk, noch ordentlich nachlegen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die Fraktion der PIRATEN hat die Frau Abgeordnete Angelika Beer das Wort.

Bevor sie mit ihrer Rede beginnt, bitte ich Sie, mit mir gemeinsam neue Gäste zu begrüßen. Es sind Vertreterinnen und Vertreter der Jugendorganisation der deutschen Minderheit in Nordschleswig/Syddjylland. Das sind Gäste der SPD-Fraktion. Weiter sind eingetroffen Vertreterinnen und Vertreter des Bundesfreiwilligendienstes Kiel BuFDiS 27plus und Schülerinnen und Schüler der Heinrich-Harms-Regionalschule aus Butzfeld. - Ihnen allen ein herzliches Willkommen im Kieler Landeshaus!

(Beifall)

Frau Beer, Sie haben das Wort.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Danke schön. - Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich werde als Erstes kurz auf die Abwesenheit unseres Fraktionsvorsitzenden eingehen, dann auf den Bericht der Landesregierung und auf einzelne Punkte, die in der Debatte eine Rolle gespielt haben.

(Angelika Beer)

Wir sind keine deutsche Partei, sondern die internationale und europäische Piratenpartei. Für uns heißt das, dass wir Europa grenzenlos verstehen, uns grenzenlos wünschen. Das ist unsere Vision. Wir streiten insbesondere für Minderheiten.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

Deswegen entschuldige ich Torge Schmidt. Wir haben überlegt, dass es richtig ist - gerade, wenn wir über Europa und Minderheiten und anderes reden -, dass unser Fraktionsvorsitzender in dieser Sekunde an der Gedenkveranstaltung im Hiroshimapark zur Erinnerung an die Deportation der deutschen Sinti und Roma durch die Nationalsozialisten im Jahr 1940 teilnimmt. Es ist also keine Ignoranz der Debatte, sondern der Wunsch, diese Erinnerung zusammen mit unseren Minderheiten zu erleben.

Die Europäische Union ist notwendig, und sie ist unverzichtbar. Zu keinem anderen Zeitpunkt gab es mehr **europapolitische Einflüsse** auf das **Alltagsleben** der Bürgerinnen und Bürger, ihre Gegenwart und Zukunft, als heute. Die Hälfte aller deutschen Gesetze - das ist heute schon mehrmals gesagt worden; einige sprechen von bis zu 80 % - sind von der EU abhängig oder durch sie geprägt. Es ist weltweit einmalig - Herr Kollege Klug hat es gerade gesagt -, dass für 500 Millionen Menschen über nationale Grenzen hinweg politische Rahmenbedingungen geschaffen werden können. Wir möchten uns an diesem Prozess beteiligen.

Eine der größten Errungenschaften der Europäischen Union ist der **Wegfall der Grenzen** und damit einhergehend die Freizügigkeit für die Bürgerinnen und Bürger, für die wir in der Regel hier alle zusammen streiten.

Allerdings - das will ich hier auch noch einmal ganz klar sagen - ist die Europäische Union nicht nur eine wirtschaftliche **Nutzgemeinschaft**, zu der sie manchmal degradiert wird, sondern auch eine **Schutzgemeinschaft**. Die EU ist, das sollten wir zu keinem Zeitpunkt vergessen, auch eine Friedensunion, denn ihre Gründung kam durch den Wunsch zustande, nie wieder Krieg mit sinnloser Zerstörung führen zu müssen.

Ich möchte an diesem Punkt auf die Frage der Ukraine eingehen. Das Thema ist eben schon mehrmals erwähnt worden. Es gibt in der Bewertung dieser Krise sicherlich auch unterschiedliche Herangehensweisen. Es ist nicht die erste kriegerische Auseinandersetzung an den Grenzen unserer Europäischen Union seit 70 Jahren. Denn wir dürfen nicht vergessen, dass wir uns nach langem politischem Streit über die Verantwortlichkeit - gerade

auch Deutschlands, aber auch der anderen europäischen Staaten - zu einer von den Vereinten Nationen nicht legitimierten Intervention im ehemaligen Jugoslawien entschieden haben.

Wir haben es als Europäische Union noch nicht geschafft, diesen schwarzen Flecken auf unserer Landkarte zu schließen und alle damals involvierten Balkanstaaten in die Europäische Union aufzunehmen. Das ist ein Defizit. Und das ist auch immer noch ein **Krisenelement**, das wieder zu Instabilität in der Europäische Union führen kann.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt SPD)

Ich möchte dazu ergänzen: Wir dürfen nicht unsere Erinnerungen von Krise zu Krise vergessen. Wenn wir heute über die Ukraine und Russland sprechen, dann müssen wir uns auch noch einmal daran erinnern, dass die Europäische Union im Hinblick auf die Georgienkrise, die noch gar nicht so lange zurückliegt, keineswegs mit einer Stimme positiv reagiert hat. Wir wussten, dass diese Krise kommt. Es gibt ein **Krisenfrühwarninstrument der Europäischen Union**. Es waren alle Krisenbedingungen in der Politik bekannt, aber die Europäische Union - damals unter Xavier Solana - konnte nicht mit einer Stimme agieren.

Auch jetzt haben wir eine äußerst schwierige Situation in der **Ukraine**, mit **Russland** und mit allen betroffenen Nachbarstaaten. Ich kann nur sagen: Ich hoffe - ich bin nicht sehr optimistisch -, dass die Europäische Union diesmal, in dieser ernsthaften Auseinandersetzung, so reagiert, dass man hinterher sagen kann, die Europäische Union habe den Friedensnobelpreis verdient und zu Recht bekommen. Sie hat ihn schon bekommen, aber verdient hat sie ihn bisher noch nicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, obwohl diese Europäische Union so einmalig ist und mir so sehr am Herzen liegt, möchte ich mich kritisch mit einigen Punkten auseinandersetzen. Fakt ist doch - sonst hätten die Rechtspopulisten und Rechtsextremisten keinen Zuspruch bei den jüngsten Umfragen; übrigens auch in den letzten Jahren; es gab bereits eine rechtsextreme Fraktion im Europaparlament, nämlich von 2004 an -, dass sich die **Europäische Union** oder die Idee davon von den **Bürgerinnen und Bürgern** entfernt. Das zeigen zumindest die Umfragen, wenn wir sie zur Kenntnis nehmen. Das ist schon erschreckend. Gerade auch wir als Schleswig-Holsteiner müssen uns das anschauen, weil bei uns die Wahlbeteiligung zur Europawahl noch geringer war als im Bundesdurchschnitt. Vor vier Wochen waren es laut ARD-TREND

(Angelika Beer)

47 %, die gesagt haben: Europawahlen finden wir nicht so wichtig, wissen wir nicht, ist nicht so unser Ding.

Heute wurde veröffentlicht - zumindest in den „Kieler Nachrichten“ -, dass diese Zahl noch gewachsen ist, und zwar auf 57 % - und das, obwohl alle demokratischen Parteien jetzt im Wahlkampf stecken. Das heißt, es gibt irgendwo nicht mehr den Hebel, oder wir haben nicht neu definiert, wie wir für dieses friedliche und gemeinsame Europa brennen können. Wir müssen uns selbstkritisch fragen, woran das liegt.

Ich glaube, deshalb sollten wir über Punkte der europäischen Politik auch streiten, bei denen es Differenzen gibt. Das ist zum Beispiel die Wirtschaftskrise. Immer wieder wird die **Wirtschaftskrise** genannt. Hier ist eben gesagt worden, sie sei überwunden, das sei gut, jetzt müsse man stabilisieren. Ich stelle infrage, ob diese Wirtschaftskrise wirklich überwunden ist. Ich halte das für einen frommen Wunsch, aber nicht durch Zahlen zu belegen.

Der Ausschuss der Regionen ist durch den Kollegen Klug schon erwähnt worden. Ich würdige den **Ausschuss der Regionen** sehr, weil durch ihn ein **Frühwarnsystem** besteht, Fehlentwicklungen in der Europäischen Union zu erkennen. Man muss sehen, dass die Mittel, wie wir die Wirtschaftskrise mit Druck und Zwang, gerade im Hinblick auf Griechenland, durch Finanzinstrumente aufzufangen versucht haben, dazu führen, dass den Preis dafür die Bevölkerung in diesen Ländern zahlt. Das trifft gerade auch die Jugend. Die Folge ist Jugendarbeitslosigkeit und eine noch stärker reduzierte Wahrnehmung unseres Projekts Europa. Denn damit können wir die Jugend einfach nicht mehr erreichen. Sie verliert ihre europäische Perspektive. Das müssen wir ernst nehmen.

Da sage ich auch zu uns - wir haben dazu eine erste Debatte geführt -: Wir sollten hier im Landtag nicht nur über 500 Jugendliche aus Spanien diskutieren, sondern darüber, wie wir eine **nordeuropäische Strategie zur Bekämpfung der europäischen Jugendarbeitslosigkeit** entwickeln und unterstützen können.

(Beifall PIRATEN)

Wir alle wissen, dass die EU inzwischen manchmal ein bisschen technokratisch wirkt. Man muss schon öfter einmal nachschauen, was die dort eigentlich sagen wollen. Ich möchte auch hier unterstreichen, dass die Bundesregierung - die Kanzlerin hat ja diesen Europabonus; was mich immer ein bisschen

wundert - auch **Fehlentwicklungen der EU**, die wir natürlich kritisieren sollen, mitgetragen hat. Fakt ist, die Nationalstaaten haben vorher im Rat zugestimmt, und sie stimmen zum Schluss zu.

Das Problem ist nur - vielleicht fehlt uns auch deswegen der rote Faden in der Überzeugung Europas -, dass wir eine **Renationalisierung in der europäischen Politik** in verschiedenen Politikbereichen haben. Das führt dazu, dass der gemeinsame demokratische Nenner, in unserem Europa wieder einen gemeinsamen Motor zu bekommen, aufgrund nationaler Regierungsinteressen immer weiter reduziert wird. Das macht es so schwierig, dieses komplizierte Projekt „unser Europa“ zu beeinflussen und zu erklären.

Ich will versuchen, dass wir uns identitätsstiftend verhalten. Das ist auch der Grund, warum wir heute früh noch einmal über den Antrag diskutiert haben - diese Fassung kannten wir noch nicht. Wir sind sehr froh, dass wir ihn gemeinsam verabschieden und damit zur Wahl aufrufen können. Wir freuen uns aber genauso über gesellschaftliche Aufrufe, zur Wahl zu gehen. Dazu gehört zum Beispiel der Aufruf von ver.di, den wir für zentral halten: „Aufruf zur Europawahl - gegen Rassismus und Rechtsextremismus“. Dieser Satz ist jetzt in dem gemeinsamen Antrag mit drin. Das ist für uns entscheidend. Dafür werden wir mobilisieren, um Rechtsextremisten möglichst aus dem Europaparlament herauszuhalten.

(Beifall PIRATEN)

Wir wissen, wir können sie nicht ganz heraushalten.

Ich möchte aber noch etwas zur sogenannten Gefahr der **Zersplitterung** der Europäischen Union aufgrund des Wegfalls der Dreiprozenthürde sagen. Liebe Kolleginnen und Kollegen - ich habe es vorhin schon gesagt, vielleicht ist es hier nicht angekommen -, wir hatten bereits 2004 zwei Jahre lang eine rechtsextreme Fraktion im Europaparlament. Wir haben viele Splittergruppen in der Europäischen Union. Aber eine **Vielfalt** in der Europäischen Union ist keine Gefahr für die europäische Demokratie. Gerade in den fünf Jahren, in denen ich die Rechtsextremisten von Le Pen und anderen im Europaparlament bekämpft habe, hatten wir einen demokratischen Konsens, dass wir Rechtsextremismus und -populismus nur gemeinsam als engagierte Europäer in der direkten Auseinandersetzung bekämpfen können.

Ich sage Ihnen: PIRATEN gibt es schon lange im Europaparlament - wenn auch nur zwei aus Schweden. Wir zählen uns nicht zu den Splittergruppen,

(Angelika Beer)

sondern wir sind davon überzeugt, dass wir auch nach der Europawahl dafür sorgen werden, dass die Demokratie im Europäischen Parlament gestärkt und die Nationalisten geschwächt werden.

(Beifall PIRATEN)

Ich möchte jetzt auf den **Bericht der Landesregierung** eingehen. Da hört dann auch ein weiter Teil der Einigkeit auf. Denn ich muss zu dem Resümee kommen: Dieser Bericht ist absolut unpolitisch.

Ich will auch begründen, warum. Ich stelle mir also vor, ich möchte einmal lesen, was Schleswig-Holstein in Europa macht. Was sehe ich, wenn ich die ersten zentralen Seiten des Berichts aufschlage? - Dann sehe ich, da werden alle Fehlentwicklungen in der Europäischen Union ohne Kritik einfach übernommen. Frontex und Eurosur sind super; die Dublin-Verordnung ist bestens; illegale Immigration - nicht gelöst, aber sie soll abgewehrt werden, und zur Konsolidierung des Arbeitsmarktes werden am besten nur qualifizierte Fachkräfte angeworben. Auch mit den Dänen läuft es prima - das ist gut, und das unterstützen wir auch - im Nord- und Ostseeraum. Man besucht sich weiterhin erfolgreich. Auch unser Ministerpräsident fährt ab und zu hin. Dann kommen da noch eine Prise Bildung und eine Prise Tourismus dazu.

Damit ist das Kapitel abgehakt. Das **Innenministerium** scheint seine europapolitischen Verantwortlichkeiten als Marginalie zu betrachten. Herr Breitner, ganze zwei DIN-A4-Seiten war es Ihrem Haus wert, zu der bisherigen und der zukünftigen Europapolitik des Landes Schleswig-Holstein Stellung zu beziehen. Thema sind der Grenzschutz, die Rockerkriminalität und einige Sätze zum Menschenhandel. Damit ist die **EU** für Herrn Breitner offenbar abgearbeitet.

Sie alle wissen, dass ich unsere Fraktion in allen Minderheitengremien vertrete. Ich bin sehr stolz darauf, dies tun zu können. **Minderheiten** werden hier jedoch reduziert auf die **deutsch-dänische Grenzregion**. Das sehen wir sehr kritisch. Das kann in unserem Schleswig-Holstein nicht nur ein Versehen sein. Liebe Frau Spoorendonk, wie Sie wissen, gibt es in Europa nicht nur die dänische Minderheit allgemein und in Schleswig-Holstein im Besonderen.

(Ministerin Anke Spoorendonk: Das brauchen Sie mir nicht zu erklären!)

- Genau, aber diese kommen in dem Bericht nicht vor.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Herr Dr. Stegner, wir reden über den Bericht der Landesregierung. - Ich muss noch etwas zu dem Kollegen Breitner sagen: Warum steht dort nichts zum Thema **Sammelabschiebungen**, die auch aus Schleswig-Holstein heraus in die sogenannten sicheren Herkunftsländer stattfinden? Warum steht in diesem Bericht nichts zur **Flüchtlingspolitik**? Existiert diese nicht? Gehört dies nicht zu Europa, wenn Menschen versuchen, ihr Leben zu retten, vor den Küsten Europas ertrinken oder mit viel Glück zu uns kommen? Wo finden wir an zentraler Stelle das Bekenntnis und eine Vorlage der Koalitionsfraktionen zu dieser Debatte und die Forderung unseres Ministerpräsidenten nach einer Benennung eines EU-Kommissars für Minderheiten in der nächsten Legislaturperiode? Wo sind die harten Fakten zu dem, was verbal geäußert wird?

Ich glaube, die Punkte, die ich nur auszugsweise erwähnt habe, sind Bestandteil des Problems, dass manche Bürgerinnen und Bürger das Gefühl haben, ihre Lebenswirklichkeit, nämlich die Angst um die Arbeit und die Existenz, nicht wiederzufinden. Ich will dies noch einmal betonen: Wir sagen, wir sind Europa. Der UNHCR hat eine Zahl bekanntgegeben: 45 Millionen Menschen sind auf der Flucht. Dazu sollten wir uns als Europäer verhalten. Das ist genau das, was die Rechtspopulisten und Extremisten instrumentalisieren, und zwar auch in diesem Europawahlkampf. Es ist schrecklich zu sehen, dass bei den Stelen in Berlin nur 10 m entfernt ein Plakat mit der Aufschrift steht: Lieber Geld für die Oma als für Sinti und Roma. Das ist in einer Demokratie nicht zu akzeptieren, und es ist nicht zu ertragen.

(Beifall PIRATEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin froh, dass wir hier einen Konsens haben, vielleicht mit der Ausnahme von Frau Rodust, die dies noch erklären kann. Wer glaubt, unser politisches Versagen, weil wir Visionen nicht übertragen können, durch einen Zwang zur Beteiligung an der Wahl beseitigen zu können, schadet der Demokratie. Wir müssen das selbst schaffen. Das schaffen wir nicht durch den gemeinsamen Aufruf. Aber es gibt gerade in Schleswig-Holstein und in Europa viele Elemente, mit der wir die Überzeugung, für Europa zu sein, wieder wecken können.

Daher möchte ich mich besonders beim Landtagspräsidenten und bei allen Landtagsfraktionsvorsitzenden dafür bedanken, dass sie gestern mit dieser Umsetzung die Aktion der Sinti und Roma unterstützt und die Einhaltung der Minderheitenrechte in der gesamten EU gefordert und die Postkarten an

(Angelika Beer)

die Menschenrechtskommission der Europäischen Union unterzeichnet haben. Das sind Signale, mit denen wir besser Wahlkampf machen können als mit manchen Parolen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Mitglieder der Piratenfraktion, ich möchte eine Anmerkung zu der von Frau Beer geäußerten Bemerkung zur Teilnahme des Abgeordneten und Fraktionsvorsitzenden Ihrer Fraktion an der Gedenkfeier im Hiroshimapark machen. Ich weise darauf hin, dass wir in diesem Landtag eine Vereinbarung haben, die wir im Ältestenrat schon vor längerer Zeit getroffen haben und immer wieder bestätigen: Abwesenheiten von einer Tagung bedürfen besonderer Gründe. Dies sind zum Beispiel Anlässe, bei denen Minister das Land in Bundesratssitzungen vertreten. Dies haben wir auch verabredet, um die Bedeutung von Plenardebatten in diesem Landtag zu unterstreichen. Sie gilt daher für alle Mitglieder dieses Landtags. Ich glaube, dass die Betroffenheit über die Verfolgung von Sinti und Roma von allen Fraktionen hier im Haus geteilt wird.

(Zuruf Angelika Beer [PIRATEN])

- Frau Kollegin, Sie hören mir jetzt bitte zu. Ich glaube, das ist kein Alleinstellungsmerkmal der Piratenfraktion. Ich vermute, dass ich im Namen aller Fraktionen sagen darf, dass ich glaube, dass dies eine ungeeignete Stelle für eine parteipolitische Profilierung ist.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW- Wortmeldung Angelika Beer [PIRATEN])

- Frau Abgeordnete Beer, ich bin nicht bereit, jetzt mit Ihnen weiter über diesen Punkt zu diskutieren. Ich denke, dass der Ältestenrat eine geeignete Form finden wird, um dies noch einmal anzusprechen.

Für die Kolleginnen und Kollegen des SSW hat Frau Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering jetzt das Wort.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Zuerst einmal sage ich vielen Dank für den umfangreichen Bericht an das Europaministerium. Der Bericht beinhaltet nicht nur die Schwerpunkte des vergangenen Zeitraums,

er bildet auch den Hergang eines viel größeren Zeitraums detailliert ab. Er macht die Zusammenhänge klar, die oft über die Grenzen von Schleswig-Holstein hinausreichen.

Ein weiteres Lob in die Richtung der Regierungsbank möchte ich an dieser Stelle dem Ministerpräsidenten aussprechen, der nun nicht da ist. Wir vom SSW freuen uns sehr über das Statement, dass sich die Landesregierung in Berlin künftig für einen **EU-Kommissar für Minderheiten** einsetzen will.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei den nun fast 30 Kommissaren fallen die Minderheiten und autochthonen Volksgruppen hinten runter. Eine gemeinsame Grundlage sucht man an dieser Stelle vergebens. Die sogenannten Kopenhagener Kriterien für den Schutz und die Förderung von nationalen Minderheiten werden längst nicht in allen Mitgliedstaaten ratifiziert. Was für die neuen und künftigen Mitgliedstaaten gilt, gilt nicht für die Gründungsmitglieder und die alt eingesessenen Staaten. Das ist also eine enorme Schiefelage, die durch einen solchen Kommissar hoffentlich reduziert werden könnte.

Zusätzlich hat die EU-Kommission erst kürzlich eine eingereichte Initiative von der größten europäischen Minderheitenorganisation abgewiesen, und zwar mit der Begründung, man sei nicht zuständig. Uns geht es aber in erster Linie um die Zuständigkeit. Der Ministerpräsident hat - wie auch die EFA - die Notwendigkeit eines EU-Kommissars für Minderheitenangelegenheiten betont und diesen gefordert. Wir als SSW werden diesen Ansatz wie auch in der Vergangenheit nicht aus den Augen verlieren.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Wir danken an dieser Stelle unseren westfriesischen Freunden von der FNP für die Unterstützung und für die konstruktive Zusammenarbeit in dieser Sache. Ich danke auch unserer Europaministerin. Sie hat diese Aktion mit unterstützt und begleitet. Tausend Dank, Anke.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Die **EU** muss ihre **künftige Rolle** definieren. Rund 500 Millionen wahlberechtigte EU-Bürgerinnen und -bürger entscheiden darüber, wer künftig den Kurs der EU bestimmt. Die EU ist gerade dabei, die tiefste Wirtschaftskrise seit den 1930er-Jahren zu überwinden. Unser interfraktioneller Antrag zeigt, dass es bei der EU nicht nur um Zahlen geht. Jetzt

(Jette Waldinger-Thiering)

ist die Zeit für eine politische und gesellschaftliche Debatte darüber, welche Fragen wir - die Europäer - gemeinsam entscheiden wollen und wie der vereinbarte, festverankerte gemeinsame Zweck der EU fortgesetzt wird.

Wir vom SSW wünschen uns in Zukunft ein **soziales Europa**, in dem nicht nur der Markt regiert, sondern in dem der Sozialstaatsgedanke eine tragende Säule der europäischen Zusammenarbeit ist. Dies ist bisher nicht der Fall. Wir lehnen Sozialdumping und ein Wettrennen um die niedrigsten Sozialstandards ab. Wir wünschen uns eine Union, die künftig weniger soziale Kälte beinhaltet und sich endlich damit beschäftigt, was es heißt, auch eine soziale Staatengemeinschaft zu sein.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Ich richte mich jetzt an die Tribüne: Gehen Sie zur Wahl, nehmen Sie teil, mischen Sie mit! Jede Stimme ist ein Gewinn. Ja, wir sind Europa. Vielleicht sollten wir aber an dieser Stelle etwas differenzieren und sagen: Wir sind nur ein Teil Europas, genauso übrigens wie die vielen anderen Europäer auch, die in Norwegen, auf Grönland oder auf den Färöern leben.

Nun zum Bericht. Im vorliegenden Bericht wird ein Schwerpunkt ganz unmissverständlich klar: die **Zusammenarbeit mit Dänemark**. Diese Zusammenarbeit deckt nahezu alle Lebensbereiche ab. Mehr noch, die Kooperation erstreckt sich nicht nur über das Gebiet von Syddanmark, wie es über viele Jahre zu einer gewissen Tradition geworden ist, sondern nun auch in Richtung Lolland-Falster und Sjaelland. So sieht eine echte, lebendige Kooperation zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark aus. Es geht also voran. Das ist aus Sicht des SSW nur begrüßenswert.

Auch im Ostseebereich ist die internationale Zusammenarbeit vom Land wieder auf einem hohen Niveau unterwegs. Ganz besonders erfreulich ist es, dass es nach längerer Durststrecke gelungen ist, für die **Kieler Woche 2014** eine **Veranstaltung** in Kooperation mit unserem **Ostseejugendsekretariat** auf die Beine zu stellen. Die Liste der vielen Kooperationen für Jugendliche und junge Erwachsene des Ostseeraums ist lang. Da werden etwa Konferenzen zum Thema Ehrenamt, Sport, Bildung oder zum Umgang mit Medien abgehalten.

Jetzt muss tatkräftig daran gearbeitet werden, dieses Niveau auch in Zukunft halten zu können. Große Herausforderungen werden auch im Bericht dargestellt wie etwa die **Finanzierung für das Ostseeju-**

gendsekretariat. Ich versichere Ihnen, ich werde das wieder mit nach Kaliningrad nehmen; denn dort haben wir mit unseren anderen Kooperationspartnern auch im letzten Jahr gut verhandelt. Ich bin zuversichtlich, dass wir eine nachhaltige Finanzierung für das Jugendostseesekretariat finden werden.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn das Jugendostseesekretariat zeigt uns, dass die Zusammenarbeit der jungen Menschen in der südlichen Ostsee von ganz großer Bedeutung ist. Es zeigt, wie wir Demokratie leben und wie die jungen Menschen in der südlichen Ostsee Demokratie irgendwann einmal leben können. Der Kampf für das Jugendostseesekretariat lohnt sich also. Ich werde auch weiter dafür kämpfen.

Die **Nordseekooperation** hinkt wie auch in der Vergangenheit etwas hinterher. Der Wille vonseiten der Nordseekommission, die Zusammenarbeit voranzubringen, ist da. Der Wille vonseiten der Ministerin ist auch da. Doch die allgemeine politische Durchschlagskraft könnte aus Sicht des SSW im Landtag noch ausgeweitet werden. Die Einsicht in die Attraktivität des Nordseeraums hat noch nicht alle Gebietsstaaten erreicht. An der Landesregierung ist es, in diesem Fall am Ball zu bleiben; denn schließlich sind wir das Land zwischen den Meeren und nicht das Land am Meer. Vielleicht sollte man im Zusammenhang mit der Nordseekooperation einmal in neue Richtungen denken. Die kulturelle Zusammenarbeit mit Dänemark funktioniert gut. Vielleicht könnte man einmal überlegen, sie auf ein anderes Mitglied der Nordseeregion auszuweiten.

Der Bericht zeigt, die bilaterale Zusammenarbeit Schleswig-Holsteins funktioniert, sie funktioniert sogar sehr gut. Sie ist das Ergebnis jahrzehntelanger Vorarbeit. Diese umfassenden Ziele zeigen doch, dass wir schon längst in einem gelebten Europa der Regionen leben. Daran sollten wir auch in Zukunft festhalten; denn schließlich ist eine Kooperation mit Dänemark nicht weniger europäisch als eine Zusammenarbeit mit Frankreich.

Ja, wir brauchen die **enge internationale Zusammenarbeit** aller europäischen Staaten und Regionen, wozu natürlich auch Schleswig-Holstein gehört. Was wir nicht brauchen, ist ein Modell im Sinne von Vereinigten Staaten von Europa. Die größte Herausforderung für die kommenden Jahre zeichnet sich schon jetzt ab, nämlich dass die Bevölkerung sowie die nationalen Parlamente in die Entscheidungsprozesse weiter aktiv einbezogen

(Jette Waldinger-Thiering)

werden. Nur so kann die Attraktivität der Europäischen Union weiterentwickelt werden.

Ich möchte noch einmal auf die Stellen in unserem **Hanse-Office** zurückkommen. Wenn immer wieder hinterfragt wird, wieso die Stellen nicht besetzt sind, und gefordert wird, die Landesregierung hätte viel mehr europapolitische Themen setzen können, müsste das auch eine Aufforderung sein. Ich möchte den Ball zurückspielen und sagen: Ein Arbeitsplatz im Hanse-Office, eine Tätigkeit dort, müsste karrierefördernd sein. Europa sind wir. Das möchte ich mit auf den Weg geben.

Ich möchte auch noch einmal sagen: Wir haben zum Beispiel die Aktion im Ostseeraum, das Blaue Wachstum, das Maritime Cluster - der Wirtschaftsminister ist nicht da - und vieles mehr. Ich meine, diese Landesregierung hat die Ostseekooperation wirklich vorangetrieben. Darauf bin ich stolz.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die CDU-Fraktion hat die Abgeordnete Astrid Damerow das Wort. Frau Kollegin, Sie haben noch 9 Minuten. Diese Zeit ist von Ihrem Zeitkontingent übriggeblieben.

(Zuruf Klaus Schlie [CDU]: Das muss nicht ausgeschöpft werden!)

Astrid Damerow [CDU]:

Verehrte Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben es heute schon mehrfach gehört: Am 25. Mai 2014 findet die Europawahl statt. Müssen wir befürchten, dass am Ende keiner hinget? Die Erfahrungen des laufenden Wahlkampfs, die Berichterstattung - im Übrigen auch heute in den „Kieler Nachrichten“ zu lesen - und unsere eigenen Erfahrungen lassen uns dies befürchten. Eine am Mittwoch von der Zeitschrift „Cicero“ veröffentlichte Umfrage unterstreicht diese Aussage: 57 % der 2.000 Befragten würden sich in einem Referendum zwar für den Verbleib Deutschlands in der EU aussprechen, aber nur 20 % interessieren sich überhaupt für den **Ausgang der Europawahl**. 57 % für die EU - das ist schon nicht überwältigend aber 20 % Interesse an der Wahl - das ist verheerend.

In den letzten fünf Jahren wurde die Europäische Union sehr wohl wahrgenommen und durchaus auch viel diskutiert. Leider jedoch - auch das wurde heute bereits angesprochen - reduzierte sich dies

meist auf zwei Gleichungen: Europa gleich Krise und Europa gleich Bürokratie und Bevormundung. Argumente für diese Gleichungen lassen sich stets schnell finden.

Es stimmt, die **Stabilität der Eurozone** ist noch immer gefährdet. In den Mitgliedsstaaten fehlen Wirtschaftswachstum und daraus folgend Beschäftigung. Die Ursachen dafür sind vielfältig. Die europäischen Staaten haben in der Vergangenheit hart gerungen, um diese Krise zu bewältigen. Sie sind immer noch dabei. Es gibt erste positive Anzeichen dafür, dass dieser Weg richtig war, auch wenn es noch immer großer Anstrengungen aller Staaten bedarf, um hohe Arbeitslosigkeit und soziale Ungleichgewichte zu beseitigen.

Die andere Gleichung, Europa gleich Bürokratie und Bevormundung, begegnet uns genauso häufig. Natürlich ist es richtig, dass der **Amtsschimmel in Brüssel** manchmal sehr laut wiehert und sich um Dinge kümmert, die vor Ort genauso gut oder besser erledigt werden könnten. Das muss sicherlich anders werden. Hier ist noch viel zu tun. Das Prinzip der Subsidiarität muss in der Tat noch wesentlich stärker mit Leben gefüllt werden.

Aber, meine Damen und Herren, auch wir können und müssen im Bundestag und in den Landtagen noch mehr tun. Wir müssen uns abgewöhnen, **EU-Regelungen** mit immer weiteren Vorschriften zu befrachten. Nicht alles, was von der EU kommt und hier beklagt und kritisiert wird, ist die reine Lehre der EU, sondern sehr häufig packen wir als Parlamentarier noch die eine oder andere Vorschrift obendrauf. Ich nenne hier nur das ganz aktuelle Beispiel der fliegenden Bauten. Ich denke, hier müssen wir uns ab und an einmal auch an die eigene Nase fassen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, bei all den Problembetrachtungen vergessen wir allerdings leider häufig, genauso temperamentvoll und genauso intensiv die **positiven Errungenschaften der Union** zu erwähnen, einfach weil sie - hiervon nehme ich mich gar nicht aus - für uns selbstverständlich geworden sind: Grenzübertritte ohne Ausweise und Zollkontrollen; eine einheitliche Währung, die gerade für die Exportnation Deutschland große Vorteile bringt; unsere Kinder können problemlos im europäischen Ausland studieren und erhalten dafür sogar eine Förderung; Arbeitskräfte pendeln zwischen den Mitgliedsstaaten - gerade wir im grenznahen Raum zwischen Deutschland und Dänemark erleben das tagtäglich -; wir haben gemeinsame Umwelt- und Verbraucherstandards und - das muss man wirklich immer wieder betonen, auch wenn es

(Astrid Damerow)

sehr häufig gesagt wird, aber es ist eben keine Selbstverständlichkeit - ohne unsere Verankerung in der Europäischen Union keine friedliche Wiedervereinigung Deutschlands und auch nicht fast 70 Jahre dauernden Frieden. Europa, meine Damen und Herren, ist eben mehr als Krise, Bürokratie, Bevormundung oder Förderpolitik.

(Beifall CDU und Birgit Herdejürgen [SPD])

Natürlich müssen wir auch **Lösungen für die Probleme von heute** finden, seien es Klimawandel, Energiebedarf, die Rechte der Minderheiten in unseren Mitgliedsstaaten, der Umgang mit den zunehmenden Flüchtlingsströmen in die EU hinein und auch innerhalb der EU, die weitere Harmonisierung des Binnenmarktes oder auch die Inhalte des aktuell diskutierten Freihandelsabkommens. Wie schaffen wir es, innerhalb der EU die Lebensbedingungen anzugleichen? Wie sieht eine erfolgreiche europäische Außenpolitik in Zukunft aus?

Wir stehen vor großen Herausforderungen nach innen wie nach außen. Kein Staat der Europäischen Gemeinschaft wird diese Fragen für sich allein beantworten können. Nur gemeinsam und solidarisch können wir uns gegenüber diesen Herausforderungen bewähren.

Deshalb dürfen wir es auch nicht zulassen - das finde ich jetzt ganz wichtig, und ich freue mich, dass so viele junge Leute hier sind -, dass verantwortungslose populistische Zeitgenossen und Nörgler mit teils fragwürdigem Demokratieverständnis alles bisher Erreichte durch antieuropäische und vor allem radikal-nationalistische Kraftmeierei gefährden.

(Beifall CDU, PIRATEN und vereinzelt SPD)

An dieser Stelle will ich einschieben: Ich bedanke mich ausdrücklich bei allen Kollegen, dass wir es geschafft haben, im Landtag einen **gemeinsamen Antrag** anlässlich der **Europawahl** zustande zu bekommen. Das ist ja nun nicht immer ganz einfach. Die vergangenen Tage haben gezeigt, dass es hier auch sehr hoch hergeht. Umso wertvoller, denke ich, ist dieser gemeinsame Wahlaufruf, den wir heute auf den Weg bringen.

(Beifall CDU, vereinzelt SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Die **europäische Idee**, verehrte Kolleginnen und Kollegen und auch liebe Zuhörer, mag nicht mehr leicht zu vermitteln sein, wenn sie ausschließlich an die Gründungsmotive der Gemeinschaft anknüpft. Doch die aktuelle Situation in der Ukraine zeigt uns

sehr deutlich, dass das friedvolle Zusammenleben der Staaten und Völker in Europa eben keine Selbstverständlichkeit ist. Die Europäische Union ist keineswegs perfekt. Das haben wir in den letzten Jahren erfahren und gelernt, das erleben wir tagtäglich. Aber über allem, denke ich, dürfen wir wirklich nicht vergessen: Uns einen gemeinsame Werte und Prinzipien. Sie sind der Garant dafür, dass wir ein Leben in Freiheit, Frieden und Demokratie führen können.

(Beifall CDU)

Nun müssen wir aber auch die Chancen nutzen, die notwendigen Änderungen und Verbesserungen durchzuführen. Das Europäische Parlament ist heute ein einflussreicher und entscheidender Akteur. Das Europäische Parlament ist Ausdruck der parlamentarischen Demokratie und im Übrigen das einzige direkt gewählte Organ in der Europäischen Union. Deshalb ist es wichtig, durch die Wahlbeteiligung dieses Parlament weiter zu stärken.

Schauen Sie sich die Inhalte und Wahlprogramme der einzelnen Parteien an. Einiges ist hier heute dargestellt worden. Ich verzichte für meine Partei darauf. Der Wahlkampf läuft. Das ist wichtig und richtig, und dieser Diskurs gehört dazu. Aber über allem vergessen Sie nicht: Bitte nutzen Sie Ihr Recht zur freien, geheimen und unabhängigen Wahl, die ja nun wirklich nicht selbstverständlich ist, stärken Sie mit Ihrer Stimme das Europäische Parlament und damit Europa, und nutzen Sie den Einfluss, den Sie damit haben. - Ich danke Ihnen.

(Beifall CDU, SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat der Herr Abgeordnete Sven Krumbeck.

Sven Krumbeck [PIRATEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich im Namen der Piratenfraktion für unsere fehlinterpretierbare Aussage aus unserem Debattenbeitrag entschuldigen. Es geht uns nicht darum, zu zeigen, wer der bessere Mensch, der bessere Demokrat, die empirischere Fraktion in Minderheitenangelegenheiten ist. Es war nicht unser Interesse, hier jemanden bloßzustellen. Wir sind uns bewusst, dass es im Ältestenrat abgesprochene Verfahren gibt, und es war nicht unsere Absicht, diese zu missachten. Wir werden das nächste Mal anders verfahren. Deswegen Entschul-

(Sven Krumbeck)

digung! Es wird hoffentlich nicht wieder vorkommen. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren, ich sehe keine weiteren Wortmeldungen und schließe deshalb die Beratung.

Ich bitte Sie, mir ein Signal zu geben: Soll der Bericht, den die Ministerin gegeben hat, zur abschließenden Beratung in den Europaausschuss überwiesen werden?

(Zuruf)

- Ich habe es gehört, Frau Kollegin. Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 18/1841, dem Europaausschuss und mitberatend allen anderen Ausschüssen zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung in der Sache zum interfraktionellen Antrag Drucksache 18/1853 (neu - 2. Fassung). Im dritten Absatz muss in der zweiten Zeile ein Wort geändert werden. Da steht:

„Nationale Minderheiten müssen in ihren angestimmten Siedlungsgebieten ...“

Da muss das i durch ein a ersetzt werden. Das sollte ich Ihnen bekanntgeben. Also der Satz heißt:

„Nationale Minderheiten müssen in ihren angestammten Siedlungsgebieten leben und arbeiten ...“

Ich nehme an, dass diese redaktionelle Änderung auf Ihre Zustimmung trifft.

Deswegen frage ich Sie, ob Sie diesem Antrag, Drucksache 18/1853 (neu - 2. Fassung) –, mit dieser redaktionellen Änderung, wie von mir mündlich vorgetragen, Ihre Zustimmung erteilen wollen. Dann bitte ich Sie um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen sehe ich nicht. Damit ist dieser Antrag einstimmig so beschlossen.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich rufe Tagesordnungspunkt 22 auf:

Gesundheitsfonds abschaffen - Beitragsautonomie den Krankenkassen zurückgeben

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/1852 (neu)

Finanzierung der solidarischen gesetzlichen Krankenversicherung nachhaltig stabilisieren

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 18/1901 (neu)

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Dann eröffne ich die Aussprache und erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg von der FDP-Fraktion das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Das, was wir in der Politik als demografische Entwicklung bezeichnen, ist relativ einfach: Die Gesellschaft wird älter. Da kann man sagen: Gott sei Dank. Das ist eine Entwicklung, die wir seit über 30 Jahren hätten vorhersehen müssen. Mitte der 1970er-Jahre gab es die **Enquetekommission** des Deutschen Bundestags zur **demografischen Entwicklung der Gesellschaft**. Spätestens seit diesem Zeitpunkt hätte man eigentlich auch als politischer Entscheidungsträger wissen müssen, was auf uns zukommt.

Mit dieser demografischen Entwicklung ist der **medizinisch-technische Fortschritt** verbunden, der immer mehr möglich macht, der im Übrigen auch in einer älter werdenden Gesellschaft immer mehr Ansprüche der Menschen an die medizinische Versorgung geweckt hat. Um diese Ansprüche auch in Zukunft decken zu können, muss unser **Gesundheitssystem** permanent weiterentwickelt werden. Die Hauptaufgabe der Politik besteht darin, den Zugang zu medizinischen und zu pflegerischen Leistungen auf Dauer zu sichern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch wenn wir heute auf unseren Antrag hin insbesondere über die finanziellen Ressourcen sprechen: Es gibt zwei limitierende **Faktoren in der Gesundheitsversorgung**. Das eine sind die finanziellen Ressourcen, das andere - ich glaube, dass das fast der wichtigere Faktor ist - sind die begrenzten personellen Kapazitäten, die wir im Gesundheitsbereich nicht erst bekommen werden, sondern wir haben heute schon Probleme bei der personellen Versorgung im Gesundheitsbereich. Das betrifft nicht nur Ärztinnen und Ärzte. Das betrifft insbesondere auch das Pflegepersonal.

(Dr. Heiner Garg)

Das betrifft das Pflegepersonal in den Akuthäusern und in den Pflegeeinrichtungen.

Neben der Weiterentwicklung ganz zentraler Gesundheitsversorgungsstrukturen, wie der oft gepredigten Vernetzung einzelner Sektoren und das Überwinden von Sektorengrenzen, gilt es selbstverständlich auch, die **finanziellen Grundlagen** für unser **Gesundheitssystem** weiterzuentwickeln. Dazu gehört auch eine ganze Portion Selbstkritik. Das will ich an dieser Stelle sehr deutlich sagen. Denn das von der zweiten Großen Koalition 2005 bis 2009 auf Bundesebene geschaffene Konstrukt des Gesundheitsfonds mit Einheitsbeitrag, das später durch eine Minikopfpauschale ergänzt wurde, und die damit verbundene Abschaffung der Beitragsouveränität der gesetzlichen Krankenversicherung war ein Fehler, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das war schlicht falsch.

(Beifall FDP)

Genauso falsch war es - das sage ich an dieser Stelle auch sehr deutlich -, dass die letzte Koalition in Berlin, also die schwarz-gelbe Koalition, diesen Fehler nicht rückgängig gemacht hat und dass sie den **Krankenversicherungen** die **Beitragsautonomie** nicht wieder zurückgegeben hat. Aus meiner Sicht ist es ebenso ein Fehler und eine vertane Chance für den neuen Bundesgesundheitsminister, dass er bei der Fortentwicklung der Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung die Fehler der beiden vergangenen Legislaturperioden nicht erkannt hat oder nicht erkennen wollte und er nicht den Mut hatte, den gesetzlichen Krankenversicherungen endlich wieder ihre Beitragsautonomie zurückzugeben.

(Beifall FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Anlass der heutigen Debatte sollte die Debatte gewesen sein, die am 5. Mai 2014 im Deutschen Bundestag stattgefunden hat. Man sollte sich Gedanken darüber machen, wie wir es erreichen können, die Finanzierung unserer Gesundheitsleistungen nicht nur auf eine Legislaturperiode begrenzt, sondern dauerhaft sicherzustellen. Auch im Hinblick auf die Ansprüche, die in den nächsten zehn bis 20 Jahren gestellt werden, sollte das System so finanziert werden, dass die Leistungen nicht nur, wie es die regierungstragenden Fraktionen in ihrem Antrag geschrieben haben, solidarisch finanziert werden. Vielmehr geht es auch darum, wie die **Gesundheitsleistungen dauerhaft und generationengerecht** finanziert werden können, um gleichzeitig einer immer älter werden-

den Gesellschaft den Zugang zu guten Gesundheits- und Pflegeleistungen zu gewährleisten.

An dieser Stelle sind die gesetzlichen Krankenversicherungen die besseren Ansprechpartner als ein Bundesgesundheitsministerium. Ich glaube, dass wir mit der Beitragsautonomie der gesetzlichen Krankenversicherungen gut gefahren sind, die bis zum Inkrafttreten des ominösen Gesundheitsfonds bestanden hat.

Wenn Sie ehrlich sind, meine Damen und Herren von Sozialdemokratie und Christunion, dann müssen Sie zugeben, dass der Gesundheitsfonds lediglich deshalb entstanden ist, weil Sie sich bis heute nicht einig sind, in welche Richtung Sie eigentlich gehen wollen. All denjenigen, die nach wie vor eine sogenannte Bürgerversicherung propagieren, denen sage ich: Dann legen Sie endlich einmal einen Vorschlag für eine Bürgerversicherung vor.

(Beifall FDP)

Was Sie **Bürgerversicherung** nennen, ist in Wahrheit eine Volkskasse, die zum Ergebnis haben wird, dass die medizinische Versorgung in Deutschland auf ein Grundniveau herabgestuft werden wird, wie es in den Ländern der Fall ist, in denen es staatliche Einheitskassen gibt.

Deswegen sollten Sie lieber einmal darüber nachdenken, ob es in einer älter werdenden Gesellschaft Sinn macht, Gesundheit und Pflege weiterhin durch zwei unterschiedliche Sozialgesetzbücher zu regeln. In einer älter werdenden Gesellschaft würde es vielmehr Sinn machen, dass SGB V und das SGB XI zu einem **Sozialgesetzbuch Versorgung** zu verschmelzen, damit die Schnittstellenproblematik endlich gelöst wird. Dies sollte auf eine solide finanzielle Grundlage gestellt werden. Das beginnt mit der Beitragsautonomie der gesetzlichen Krankenversicherung. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Kollege Karsten Jasper.

Karsten Jasper [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben im Landtag bereits oft und viel über den **Gesundheitsfonds** diskutiert, am meisten im Jahr 2008, weil der Gesundheitsfonds zum 1. Januar 2009 eingeführt worden ist. Wir werden hier noch

(Karsten Jasper)

oft über den Gesundheitsfonds und die Gesundheitspolitik im Allgemeinen diskutieren. Das ist auch gut so, und das sollten wir auch zukünftig so machen.

Die FDP-Fraktion hat einen Antrag gestellt, den sie fast wortgleich im Jahr 2008 im Zusammenhang mit der Einführung des Gesundheitsfonds schon einmal eingebracht hat. Lassen Sie mich auch sagen, dass ich es schon etwas merkwürdig finde, dass die FDP immer dann derartige Anträge stellt, wenn sie keine Regierungsverantwortung trägt. Das ist sowohl in Berlin als auch in Kiel der Fall.

(Beifall CDU, vereinzelt SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, grundsätzlich ist die **Krankenversicherung** eine **Solidarversicherung** genauso wie die Arbeitslosen-, Renten- und Pflegeversicherung. Der Gesundheitsfonds war bereits Thema der Koalitionsverhandlungen im Jahr 2005. Herr Dr. Garg hat es auch angesprochen, dass dies ein ungeliebter Kompromiss war. Das will ich hier gern zugeben. Wir halten nach wie vor die Gesundheitsprämie für besser als die Bürgerversicherung, die die SPD propagiert hat. Gemeinsames Ziel war jedoch der Erhalt und der Ausbau einer qualitativ hochwertigen medizinischen Versorgung. Ziel war eine ausreichende medizinische Versorgung sowohl in den Städten als auch bei uns im ländlichen Raum.

Ein weiteres Ziel war es, die **Wahl- und Entscheidungsmöglichkeiten der Beitragszahler** zu erweitern. Ich denke, dies ist auch gelungen. Wir haben heute zusätzliche Versorgungsangebote. Das haben Sie auch angesprochen, Kollege Garg. Es gibt flexiblere Strukturen, bessere Versorgungsmodelle im ambulanten und stationären Bereich sowie neue Kooperationsformen.

Ziel der Koalitionsverhandlungen im Jahr 2013 in Berlin war es, die prozentualen Beiträge festzuschreiben. Wir wollten mehr Wettbewerb bei den gesetzlichen Krankenkassen. Ich denke, dies ist auch gelungen.

Meine Damen und Herren, **Beitragssteigerungen**, die vielleicht kommen werden, sind übrigens unabhängig vom Gesundheitsfonds. Das haben Sie angesprochen, Herr Dr. Garg. Auch der demografische Wandel spielt dabei eine große Rolle. Relevant sind auch die gute medizinische Forschung und der medizinische Fortschritt.

Lassen Sie mich kurz zu den Fakten kommen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, bevor Sie dazu kommen: Gestatten Sie eine Bemerkung des Abgeordneten Dr. Garg?

Karsten Jasper [CDU]:

Selbstverständlich, gern.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Dr. Garg.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Vielen Dank, Herr Kollege. - Ich teile Ihre Analyse, dass es aufgrund der demografischen Entwicklung zu Beitragssatzsteigerungen kommen wird, wenn wir den Standard halten wollen. Wäre es aber nicht cleverer, das den Leuten zu überlassen, die wirklich etwas davon verstehen, aber nicht den Deutschen Bundestag darüber entscheiden zu lassen, wie hoch der Einheitsbeitrag in Zukunft sein soll?

Karsten Jasper [CDU]:

Herr Kollege Dr. Garg, zum einen denke ich, dass in der Politik in Berlin genügend Sachverstand vorhanden ist. Zum anderen denke ich, dass wir gemeinsam mit vielen Spezialisten an diesem Thema arbeiten sollten. Ich glaube, wir sind auch auf einem guten Weg. Das haben zumindest die Beschäftigungszahlen gezeigt, für die die Bundesregierung unter der Führung der Bundeskanzlerin verantwortlich ist. Da der Gesundheitsfonds ein erhöhtes Aufkommen aufweist, gehe ich davon aus, dass wir keine Zusatzbeiträge brauchen.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Im Jahr 2014 liegt der **Beitragssatz** bei 15,5 %. Der Arbeitgeberanteil belief sich auf 7,3 %. Der CDU war es wichtig, dass dieser Anteil festgeschrieben wird. Der Arbeitnehmeranteil beläuft sich auf 7,3 %. 0,9 % sind ein sogenannter Sonderbeitrag. Im Jahr 2015 wird sich der Beitrag auf 14,6 % belaufen. Zudem besteht die Möglichkeit, prozentuale Zusatzbeiträge zu erheben.

Es sind also gleiche Voraussetzungen für alle gesetzlichen **Krankenversicherungen** für eine effiziente Versorgung bei effizienter Verwaltung gegeben. Der erste Schritt hin zum **Wettbewerb** ist getan. Der zweite Schritt wird ein einkommensunabhängiger Zusatzbeitrag sein. Ich habe es vorhin bereits angesprochen. Bereits heute gibt es Prämienrückzahlungen, Präventionsprogramme, individuel-

(Karsten Jasper)

le Leistungstarife und einen Wettbewerb der Krankenkassen.

Dem einen oder anderen mag das nicht weit genug gehen. Ich denke, dieser Wettbewerb ist bereits eingetreten.

Der dritte Bestandteil des Gesundheitsfonds ist der **Zuschuss** aus dem **Bundeshaushalt**, der bei maximal 14 Milliarden € liegt. Der Finanzminister und der Gesundheitsminister haben sich auf 10,5 Milliarden € im Jahr 2014 und auf 11,5 Milliarden € im Jahr 2015 geeinigt. Ich sage es hier noch einmal: Aufgrund unserer guten Wirtschaftspolitik sind in dem Fonds mehr Mittel enthalten, sodass wir mit geringeren Zuschüssen des Bundes auskommen.

Lassen Sie uns gemeinsam **Verbesserungen im Gesundheitsfonds** diskutieren. Lassen sie uns auch Korrekturen vornehmen. Wir alle wollen die nachhaltige Sicherung einer bezahlbaren, hochwertigen und solidarischen Krankenversicherung.

Meine Damen und Herren, den Antrag der FDP werden wir ablehnen, weil er die Abschaffung des Gesundheitsfonds beinhaltet. Den Antrag der Regierungsfractionen bitte ich, absatzweise abstimmen zu lassen. Dem ersten Satz können wir zustimmen, dem zweiten Satz mit der Bürgerversicherung aus verständlichen Gründen natürlich nicht. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende.

(Vereinzelter Beifall)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vor dieses Wochenende haben wir noch einige Tagesordnungspunkte gesetzt. - Jetzt hat der Kollege von der SPD-Fraktion, Bernd Heinemann, das Wort.

Bernd Heinemann [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen von der FDP oder lieber Kollege von der FDP - denn die anderen sind abwesend oder mit anderen Themen beschäftigt -

(Unruhe FDP)

Ihr Antrag wäre vor zwei Jahren eine tolle Idee gewesen und hätte mit einigen entscheidenden Ergänzungen sogar von uns sein können. Der FDP-Bundesgesundheitsminister hätte sich damals über den Antrag seines Kollegen als Rückendeckung sicher gefreut. Schade, schade, der Zug ist abgefahren, es gibt keine FDP mehr im Bundestag.

Um Missverständnisse zu vermeiden: Das hätte für uns damals allerdings schon vorausgesetzt, dass wir die **Bürgerversicherung** gleich mit angeschoben hätten, um die Finanzierung der medizinischen Versorgung demografiefest zu machen und nachhaltig sicherzustellen, was Sie ja eben betont haben. In Ihrem heutigen Antrag fehlt aber die Wiedereinführung der paritätischen Finanzierung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern bei den Krankheitskosten. Es fehlt nicht nur die Begründung, es fehlt fast alles.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Und das haben Sie jetzt gelöst?)

Vor allen Dingen fehlen Lösungen zur **Finanzierung der Krankenversicherung und Krankenversorgung**. Unsere rot-grüne Wunschlatte haben wir im Bund ohne Frage gerissen. Wir Sozialdemokraten haben uns mit beeindruckend großer Mehrheit und einer bisher nie da gewesenen Basisbeteiligung auf Bundesebene für einen Koalitionsvertrag mit den Christdemokraten entschieden, und der sieht eine Bürgerversicherung leider noch nicht vor. Aber es ist gelungen, den Gesundheitsfonds zu modifizieren.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Naja!)

Die von der FDP und ihren Gesundheitsministern eingeführte unsoziale **Kopfpauschale**, die Rentner, Geringverdienende und Familien benachteiligt, ist endgültig vom Tisch.

(Beifall Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Idee der Koalition, die Darstellung der Versorgungsqualität in Zukunft mit einem **Qualitätsinstitut** zu ermöglichen, welches auch die Transparenz im Gesundheitswesen sichert, ist sinnvoll und zukunftsweisend. Der **Einkommensausgleich**, der für eine gerechte Verteilung zwischen den Kassen, die viele einkommensschwache Mitglieder haben, und den Kassen mit gesunden, zahlungskräftigen Mitgliedern sorgt, erfolgt nach Maßgabe eines Durchschnittswerts unter den Kassen. Solidarische gesetzliche Kassen haften innerhalb ihrer Arten nicht nur füreinander, sondern gleichen auch Mindereinnahmen durch den jeweiligen Krankenstand und das unterschiedliche Einkommen ihrer Mitglieder untereinander aus. Dafür ist der Gesundheitsfonds mit einer Liquiditätsreserve ausgestattet.

Unser Änderungsantrag macht deutlich, dass wir an der Koalitionsvereinbarung der Küstenkoalition festhalten. Wir stehen hinter der Idee einer **Bürgerversicherung**. Sie hätten als Alternative ja auch das

(Bernd Heinemann)

dänische Modell einer steuerfinanzierten Gesundheitsversorgung vorschlagen können. Auch das wollen sie nicht.

Meine Damen und Herren von der FDP, um es kurz zu machen: Sie wollen keinen Gesundheitsfonds - okay. Sie wollen keine Bürgerversicherung - okay. Sie wollen keine generelle Steuerfinanzierung - okay. Was wollen Sie?

Ich male einmal Ihr Bild einer **Solidargemeinschaft**: Stellen Sie sich steigendes Hochwasser vor, alle Tiere wollen auf die Bäume, die Vögel und die Eichhörnchen, die Sie vertreten, haben damit keine Probleme, aber was machen wir mit den Kühen, den Schafen, den Rehen, den Füchsen und den Hunden?

(Heiterkeit und Beifall)

Die können sich nur auf eine Warft retten oder versuchen zu schwimmen. Das ist die Politik, die sich hinter Ihrem Antrag verbirgt.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP] - Unruhe)

Herr Kollege Garg, Sie wollen ja gar nicht solidarisch - das haben Sie eben erklärt -, Sie wollen lieber nachhaltig. Ich frage mich nur: Nachhaltig von was?

(Christopher Vogt [FDP]: Sind wir hier im Karneval?)

Sie wollen mit Ihrem Antrag etwas erreichen, was Daniel Bahr im Sommer letzten Jahres zwischen den Zeilen verkündet hat. Die **FDP** will die **GKV** zu einer **Restversicherung** abrüsten, die nur noch das auffängt, was die privaten Versicherungen nicht mehr haben wollen, Risiken sozialisieren und Profite privatisieren. Das wollen wir nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Sozialliberal geht anders.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist doch kein SPD-Parteitag hier!)

Ich weiß, dass die FDP das schon einmal konnte. Mit diesem Antrag machen Sie das jedenfalls nicht. Solange Sie solche konzeptlosen Anträge stellen, ohne solidarischen Ansatz und ohne Perspektive, können wir diese Anträge nur ablehnen oder mit einem Änderungsantrag zeigen, wie wir es besser machen, und das tun wir. - Herzlichen Dank für Ihr Verständnis.

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: In einem Jahr sehen wir uns wieder!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Dr. Marret Bohn.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem der Kollege Heinemann gesprochen hat, ist fast nichts mehr zu sagen, aber ein paar Punkte möchte ich doch gern ansprechen.

(Unruhe)

Die **FDP-Fraktion** möchte den **Gesundheitsfonds** abschaffen und hat zunächst den Antrag Drucksache 18/1852 gestellt. Darüber können wir gern reden, aber wir müssen auch genau wissen, worüber wir hier entscheiden sollen.

Es geht um ein Finanzvolumen von 14 Milliarden €, und die FDP schreibt einen Antrag von acht Zeilen und sagt: Super, einfach zustimmen, dann ist alles gut. Das glaube ich nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP. Bei einer solchen Summe muss schon ein vernünftiges Konzept dahinterstehen. Das ist bei diesem Antrag leider nicht der Fall.

(Beifall Bernd Heinemann [SPD] - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Worum geht es genau? Es geht um einen **finanziellen Ausgleich** für **versicherungsfremde Leistungen**, Prävention, Schutzimpfung, verschiedene Leistungen um die Schwangerschaft herum, Palliativversorgung, Verbraucher- und Patientenberatung, für uns Grüne alles Punkte, die uns wichtig sind und die wir nicht einfach mit einem Federstrich infrage stellen wollen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Bernd Heinemann [SPD] und Flemming Meyer [SSW] - Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

Sie wollen an einem einzelnen, kleinen Rad drehen und vergessen völlig

(Wortmeldung Dr. Heiner Garg [FDP])

- nein danke, heute nicht, lieber Kollege, nächstes Mal wieder gern -, dass die vielen Räder ineinandergreifen. So funktioniert das nicht, liebe FDP.

(Dr. Marret Bohn)

Erster Knackpunkt: Sie lassen völlig offen, was genau mit dem **Beitragssatz** sein soll. Soll der einkommensbezogen sein, oder wollen Sie doch eine Kopfpauschale? Wenn Sie eine Kopfpauschale wollen, dann sagen Sie das. Wir wollen die nicht.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich will die auch nicht, und das steht auch nicht drin!)

Es gibt einen zweiten Knackpunkt: Der Beitragsanteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist eingefroren. Es wird weiterhin medizinischen Fortschritt geben. Da bin ich mir besonders sicher.

(Unruhe)

Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass der nicht zum Nulltarif zu haben ist. Die **Versicherten** müssen derzeit **Kostensteigerungen** allein schultern. Das halte ich für völlig falsch. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, wie stehen Sie dazu? Das würde mich schon interessieren.

Sie haben einen Fehler gemacht und reichen Ihren Antrag deswegen neu ein.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wo haben wir denn einen Fehler gemacht?)

Wir alle machen Fehler. Ich finde es völlig in Ordnung, dass Sie Ihren Antrag in der Fassung Drucksache 18/1852 (neu) neu eingebracht haben. Aber dadurch, dass ein Paragraph herausgenommen wird, wird es nicht besser und nicht klarer. Eine Begründung des Antrags fehlt völlig. Das ist an sich nicht so schlimm.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Haben Sie nicht zugehört?)

Lieber Kollege Garg, Sie sind doch nicht irgendwer, Sie sind Gesundheitsminister a. D. Ich erinnere mich genau, wie Sie damals die Kollegin Birte Pauls, als sie einen Antrag zur Berufsordnung für die Pflege eingebracht hat, heftig dafür kritisiert haben, dass sie keine schriftliche Begründung geliefert hat. Das hätte ich mir bei Ihnen schon gewünscht, lieber Kollege.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Lieber Kollege, ich gebe zu, wir haben unseren Antrag knapp und kurz gehalten.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Sinnvolles Konzept!)

Es ist kein Geheimnis, dass die **Küstenkoalition** die **Bürgerversicherung** für das richtige Modell hält,

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ist aber keine Bürgerversicherung!)

ein Modell, bei dem gesetzliche und private Krankenversicherungen unter einem Dach zusammenwachsen.

(Christopher Vogt [FDP]: Wo ist die schriftliche Begründung, und wo ist das Konzept?)

Als Landespolitikerin erwarte ich in diesem Konzept auch, dass dabei die finanziellen Belastungen der Länder berücksichtigt werden.

Wir müssen allerdings zur Kenntnis nehmen, dass sich die Mehrheit der Bevölkerung bei der Bundestagswahl nicht für dieses Modell entschieden hat. Eine Bundesratsinitiative wäre langfristig zum Scheitern verurteilt. Ich bedaure diese Entscheidung, aber - so ist es in der Demokratie - damit müssen wir leben.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Die Sozialdemokraten haben sich nicht durchgesetzt!)

Zum Ende noch etwas versöhnliche Worte: Ich teile die Analyse, und ich glaube, die gesundheitspolitischen Sprecherinnen und Sprecher aller Fraktionen teilen die **Analyse**. Wir stehen vor riesigen Herausforderungen. Herr Koch guckt schon ganz besorgt; so sieht es jedenfalls aus.

(Unruhe)

Krankenhäuser, die tief in den roten Zahlen stecken, Landarztpraxen, die keine Nachfolge finden, Hebammen, die keine Versicherung mehr finden, Pflege, die ihre Arbeit kaum noch schaffen kann - alles drängende Themen, für die eine gute und nachhaltige Finanzierung die Grundlage wäre.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Wir lehnen den Antrag der FDP ab. Er greift uns viel zu kurz. Ich würde mich über die Zustimmung zu unserem Antrag sehr freuen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Piratenfraktion hat Herr Abgeordneter Wolfgang Dudda das Wort.

Wolfgang Dudda [PIRATEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In Anbetracht des nahenden Wochenendes kürze ich meine Rede ein wenig ab und wiederhole nichts von dem, was die Kollegen Bohn und Heinemann bereits gesagt haben.

Im März dieses Jahres warnte der DGB bereits vor den 6 Milliarden €, die im Raum stehen und die uns alle Probleme machen. Die Frage, die sich aber tatsächlich stellt, ist, ob der **Gesundheitsfonds** seinen **Zweck** erfüllt, ob er mehr wert ist als eine politische Missgeburt, wie es der DGB schon 2008 formulierte, und ob man ihn bald abschaffen muss.

Da waren Sie als FDP - das stimmt - immer schon kritisch. Ein besseres System sollte her, um die Probleme der **Finanzierungssysteme** der gesetzlichen Krankenversicherung nachhaltig zu lösen. Insofern ist der vorliegende Antrag nachvollziehbar.

Besonderen Charme hat er, weil ihn die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der letzten Legislaturperiode auch so gestellt hat. Er bestand aus zwei Elementen. Die Praxisgebühr sollte abgeschafft werden - das ist inzwischen erledigt -, ein anderer Hintergrund war der Basisfallwert, der angeglichen werden musste.

In diesem Punkt sind wir uns auch wohl alle im Haus einig: Der große Wurf ist der Gesundheitsfonds nicht, weil er die grundsätzlichen Probleme im Gesundheitswesen nicht löst und weil er auch die Zwei-Klassen-Gesellschaft in der Medizin nicht aufgelöst hat. Ganz im Gegenteil: Von vornherein war dieser Fonds nicht ausreichend ausgestattet, was zu flächendeckenden Zusatzbeiträgen geführt hat. Die **Kosten** tragen allein die **Versicherten**, denn durch die Deckelung werden die Arbeitgeber geschont. Der bürokratische Aufwand ist auch enorm.

(Beifall Uli König [PIRATEN] und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn man diese Argumente zusammenzählt, ist es mehr als sinnvoll, diesen Fonds abzuschaffen. Allerdings bringt die Abschaffung allein nicht die nötige **Solidarität** in der **Gesellschaft**, die uns zu einem Modell der modernen Bürgerversicherung führt. Genau hier - da schließe ich mich den Ausführungen von den Kollegen Heinemann und Bohn an - greift der FDP-Antrag für mich zu kurz. Er vernachlässigt nämlich das, was danach kommen soll. Wer den Gesundheitsfonds abschafft und die einstige Versicherungsbelastung der Versicherten beibehalten will - der Antrag sagt nichts anderes -, der

schafft auch die Beitragsgleichheit und die gerechte Mittelverteilung ab. Das Bild von den Eichhörnchen und den Vögeln des Kollegen Heinemann trifft es ganz.

(Beifall PIRATEN und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dazu können wir als PIRATEN nicht Ja sagen. Allerdings hat der Kollege Dr. Garg sehr wohl recht: Wir müssen uns Gedanken darüber machen, ob wir die **Versicherungsformen Pflege- und Krankenversicherung** zusammenfassen. Hier bin ich völlig bei Ihnen. Das ist ein richtiger Ansatz. Ich muss mir auch die Kritik gefallen lassen, dass bisher nur von der Bürgerversicherung gesprochen, aber konzeptionell nichts entwickelt wird. Da haben Sie auch völlig recht.

(Christopher Vogt [FDP]: Warum wohl?)

Das steht dringend an, und das muss auch gemacht werden, weil wir das anders sonst nicht machen können.

Allerdings will ich Ihnen auch widersprechen, was die Krankenversicherung angeht. Ausgerechnet die damit zu beauftragen, käme ungefähr dem Modell gleich, Frösche zu fragen, wenn man einen Teich trockenlegen will. Das möchte ich ungern tun. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Danke. - Für die Kollegen des SSW hat Herr Abgeordneter Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In einer solidarischen Gesellschaft müssen auch das Gesundheitswesen, die Krankenversorgung und ihre Finanzierung nach den Prinzipien der Solidarität aufgestellt sein. Das heißt für mich auch, dass die starken Schultern stärker belastet werden müssen als die schwachen und dass alle dabei sein müssen.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und Beate Raudies [SPD])

Dies ist bei dem komplexen Thema anscheinend in der Praxis schwer umsetzbar, gibt es doch so viele unterschiedliche Interessen und Ideen. Wie Sie wissen, haben wir uns in den Koalitionsverhandlungen in Schleswig-Holstein auf die Bürgerversicherung

(Flemming Meyer)

als Weg zu diesem Ziel geeignet. Der **Gesundheitsfonds**, den die FDP in ihrem Antrag ins Visier nimmt, ist ein Kompromiss der damaligen Großen Koalition im Bund, ein Kompromiss zwischen den zwei rivalisierenden Modellen einer Bürgerversicherung und der Gesundheitsprämie. Es liegt in der Natur der Sache, dass ein Kompromiss nie das Gelbe vom Ei ist, egal von welcher Seite aus man es betrachtet. Deshalb möchten einige den Fonds abschaffen, wir dagegen wollen ihn weiterentwickeln.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das ist aber neu!)

Sicher gibt es Gründe, den Gesundheitsfonds kritisch zu sehen. Aber die von der FDP beantragte Abschaffung ist für uns ein Schritt in die falsche Richtung. Ich will nur mal daran erinnern, dass in diesen Fonds auch Bundeszuschüsse aus Steuermitteln fließen, und zwar in einer nicht unerheblichen Größenordnung von 14 Milliarden € jährlich.

Die **Bundeszuschüsse** an die gesetzliche Krankenversicherung werden für sogenannte **versicherungsfremde Leistungen** gezahlt, hierzu gehören zum Beispiel einige Leistungen für Mutterschaft und Schwangerschaft oder die beitragsfreie Familienversicherung von Kindern und Ehegatten. Diese Leistungen werden durch den Bundeszuschuss zumindest zum Teil kompensiert. Eines ist klar: Auf diesen Beitrag können und wollen wir nicht einfach verzichten. Auch wenn die FDP in ihrem Änderungsvorschlag den § 221 jetzt nicht mehr nennt, ist er Bestandteil des Gesundheitsfonds.

Leider lässt sich auch das Ziel einer **Bürgerversicherung** nicht einfach auf Landesebene erreichen. Wir müssen akzeptieren, dass sich hierfür nicht so schnell die erforderliche Mehrheit im Bund finden lässt. Die Entwicklung der Altersstruktur der Bevölkerung - beziehungsweise der Versicherten - in Deutschland lässt für uns aber nur einen Schluss zu: In Zeiten, in denen die Basis der Beitragszahler schrumpft und das Alter der Bevölkerung zunimmt, brauchen wir mehr Solidarität und nicht weniger.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Der Markt allein kann es nicht regeln. Aus diesem Grund bitten wir die Landesregierung, sich in Berlin für eine demografiefeste Finanzierung der solidarischen gesetzlichen Krankenversicherung einzusetzen.

Der **Gesundheitsfonds** wird von vielen pauschal als Bürokratiemonster bezeichnet. Wie gesagt, die Kritik ist in mancher Hinsicht begründet, aber mit Blick auf die mitunter sehr unterschiedlichen Mit-

gliederstrukturen der Krankenkassen halte ich zumindest die **Ausgleichsfunktion** des Fonds für sehr wichtig. An dieser möchte ich auch weiterhin gern festhalten.

Losgelöst von der Forderung der FDP ist eines enorm wichtig: Angesichts der demografischen Entwicklung und der steigenden Kosten im Gesundheitsbereich müssen wir uns schleunigst Gedanken darüber machen, wie wir die **Finanzierungsbasis** erweitern.

Aus Sicht des SSW muss hierfür auch der **Anteil aus Steuermitteln** erhöht werden. Nicht zuletzt muss das Auseinanderdriften der Anteile von Arbeitgebern und Arbeitnehmern verhindert werden.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die getroffene Vereinbarung auf Bundesebene, wonach weitere Kostensteigerungen ausschließlich von den Arbeitnehmern zu tragen sind, muss dringend korrigiert werden, sonst wird die Aufgabe, die Finanzen der gesetzlichen Krankenversicherung nachhaltig zu stabilisieren, sehr schwierig werden. - Danke.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Zu einem Dreiminutenbeitrag hat Herr Abgeordneter Dr. Heiner Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Meyer, Ihren Beitrag fand ich doch sehr humorvoll. Sie haben hier vehement die Position des SSW vertreten, dass Sie den **Gesundheitsfonds** auf keinen Fall abschaffen wollen, sondern ihn weiterentwickeln wollen. Ich darf Ihnen einmal erzählen, was Ihr Gruppenvorsitzender dazu in der vorletzten Legislaturperiode ausweislich des Plenarprotokolls der 16. Wahlperiode gesagt hat:

„Beide Systeme - Kopfprämie und Bürgerversicherung - brauchen einen solchen Gesundheitsfonds nicht. Deshalb sagen wir: Weg mit dem Gesundheitsfonds! Er kostet uns alle nur Geld, baut Bürokratie auf und löst vor allem die Probleme nicht.“

Bravo, Lars Harms, so viel zur vorletzten Legislaturperiode. Offensichtlich bestimmt bei Ihnen auch das Sein das Bewusstsein.

(Zuruf Lars Harms [SSW])

(Dr. Heiner Garg)

- Diese Kritik kommt doch immer in unsere Richtung. Sie machen es doch keinen Deut anders. Dann sollten Sie vielleicht einmal die Moralleule einstecken und sich eher mit der Sache auseinandersetzen.

(Beifall Christopher Vogt [FDP])

Liebe Kollegin Bohn, wissen Sie, wenn ich böse wäre, würde ich sagen - ich setze bei Ihnen voraus, dass Sie es verstanden haben -: Hier zu unterstellen, wir wollten die Beitragsfinanzierung abschaffen und durch eine Prämienfinanzierung ersetzen, ist schlicht unredlich. Sonst hätten wir das in dem Antrag geschrieben. Wir haben gesagt: Wir wollen den Gesundheitsfonds abschaffen und den **Krankenkassen** die **Beitragsautonomie**, die sie bis zum Jahr 2009 noch gehabt haben, wieder zurückgeben.

Sie wissen doch ganz genau, was das bedeutet. Die gesetzlichen Krankenkassen werden den einkommensproportionalen Beitrag wieder selbst festsetzen. Es ist nicht die Rede davon, dass eine üble kapitalistische Kopfpauschale festgesetzt wird. Man kann das natürlich missverstehen wollen und hier Propaganda betreiben wollen. Man kann sich aber auch ernsthaft mit der Frage beschäftigen, ob es nicht wirklich intelligenter wäre, diejenigen, die über Jahrzehnte dafür gesorgt haben, dass dieses System finanziert wird, wieder in die Verantwortung zu nehmen, anstatt einen Einheitsbeitrag überzustülpen, der im Zweifel genau die medizinischen und medizinisch-technischen Möglichkeiten nicht abbildet. Ich nehme hier aber zur Kenntnis, dass Ihnen ganz offensichtlich Ideologien der Gesundheitspolitik wichtiger sind als die Versorgung der Bevölkerung.

(Zuruf Birte Pauls [SPD])

Ich nehme es jetzt einfach einmal zur Kenntnis, dass Sie kein Interesse daran haben, insbesondere Sie nicht, Frau Pauls, dass die Bevölkerung zukünftig auch an medizinischen und technischen Innovationen auf diesem Gebiet teilnimmt. Machen Sie weiter so. Sie werden sehen, wo Sie mit Ihren Vorstellungen einer **Volkskasse** landen. Andere Länder haben es uns vorgemacht. Wenn Sie glauben, dass das britische Gesundheitssystem Vorbild für Deutschland ist, kann ich nur sagen: Gute Nacht! Wir waren schon einmal auf einem besseren Weg. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Bernd Heinemann das Wort.

Bernd Heinemann [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Dr. Garg, ich verstehe Sie nicht. Sie picken sich hier permanent Rosinen heraus.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Jetzt fangen Sie auch noch mit den alten Zeiten der Kassen an, aus denen keiner flüchten konnte. Die Technikerkasse nahm nur Ingenieure und Techniker auf, und niemand anders durfte rein.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

Jetzt können alle rein, die gesund und munter sind. Die Zeiten haben sich geändert. Wenn Sie etwas wiederherstellen wollen, dann müssen Sie alles wiederherstellen. Dann ist die AOK wieder eine Arbeiterkasse, und dann ist auch jeder Arbeiter in der AOK.

(Zurufe FDP - Unruhe)

Man kann sich das Leben nicht schönreden, man muss die Realitäten kennen.

Lieber Herr Kollege Dr. Garg, Staatsfinanzierung à la Dänemark - Sie haben sich eben den Kollegen Lars Harms vorgenommen - wollen Sie auch nicht. Sie wollen das alles nicht. Beitragsautonomie, das sagen Sie immer wieder, okay. Experten haben die Kassen auch, okay. Das können wir alles einräumen. Was sollen die Experten aber entscheiden, wenn sie zu wenig Mitglieder haben, die fliegen oder klettern können? Das funktioniert doch überhaupt nicht.

Deswegen brauchen wir eine **solidarische Krankenversicherung**. Das macht noch einmal deutlich: Solidarisch wollen Sie nicht. Nachhaltig heißt bei Ihnen: arme, kranke Mitglieder gleich arme Kasse, arme Kasse gleich höhere Beiträge, Beitragsautonomie. Toll. Wenn alle Kassen bis auf eine insolvent sind, haben wir eine Einheitskasse. Dann haben wir eine Planwirtschaft, ergo: FDP, Gesundheitspolitik, Planwirtschaft. Das wollen wir alles nicht. Das will die FDP noch nicht einmal selbst.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Dr. Heiner Garg [FDP]: Welche Auffassung vertritt die Barmer zur Beitragsautonomie? Lobbyist!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort hat nicht Herr Abgeordneter Dr. Garg, sondern ich. - Ich erteile jetzt für die Landesregierung Frau Ministerin Kristin Alheit das Wort.

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ich hätte gar nicht erwartet, dass es bei diesem Thema um diese Uhrzeit noch so heiß hergeht.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wann hören Sie auf zu arbeiten? Um halb eins?)

- Nein, nein. Ich weiß ja, welche Stimmung um diese Zeit normalerweise hier im Parlament herrscht. Ich bin aber froh, dass sich so viele beim Thema **Gesundheit** ereifern. Es ist ein wichtiges Thema. Es stünde uns gut zu Gesicht, uns damit noch häufiger und zielführender zu beschäftigen.

Die Frage, ob der Antrag, der zur Debatte geführt hat, ein zielführender ist, wird die Grundlage meines Beitrags sein. Ich erinnere noch einmal daran: Das Bundeskabinett hat im Herbst den Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung der Finanzierung, Struktur und Qualität in der gesetzlichen Krankenversicherung beschlossen. Das ist - das haben schon mehrere gesagt, Bernd Heinemann hat es in seinem Beitrag hervorragend deutlich gemacht - ein politischer Kompromiss, der auch aus meiner Sicht Wünsche offenlässt. Er enthält aber auch - das ist auch bereits zur Sprache gekommen - ganz wichtige Verbesserungen. Die aus meiner Sicht wichtigste ist die Abschaffung der kleinen Kopfpauschale, die bisher Geringverdiener stärker belastet hat als Gutverdiener. Das war nämlich keine Regelung, die in einem **solidarischen Gesundheitssystem** etwas zu suchen hat, die einem solchen System entspricht. Es ist gut, dass die Abschaffung durchgesetzt werden konnte.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Gerechten Verdienst gab es beim Sozialausgleich!)

Der Entwurf der Bundesregierung beinhaltet darüber hinaus auch noch weitere wichtige Elemente. Nämlich, dass der allgemeine **Beitragssatz** von jetzt 15,5 % auf 14,6 % gesenkt worden ist. Zugleich haben die Kassen die Möglichkeit erhalten, über einen individuellen prozentuellen Zusatzbeitrag miteinander in einen Wettbewerb um die beste Versorgung zu treten.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

Damit erhalten die **Krankenkassen** einen wichtigen Teil ihrer Beitragsautonomie wieder zurück.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Aber den können sie doch auch ohne Gesundheitsfonds machen!)

Die Bundesregierung zählt weiter auf mehr Qualitätssicherung und auf mehr Transparenz im Gesundheitswesen sowie auf die Weiterentwicklung des mobilitätsbezogenen Risikostrukturausgleichs.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

- Ja, kann ich vielleicht trotzdem erst die Punkte herausheben, die ich bei dem Gesetz wichtig finde? Ich komme dann auch noch dazu, warum ich Ihrem Vorschlag nicht ohne Weiteres zustimmen würde.

Das sind alles wichtige Punkte. Dennoch bleibt das, was die Bundesregierung vorgelegt hat, ein Kompromiss, ein Kompromiss, der aus Sicht der SPD nicht dem entspricht, was gewollt ist. Insbesondere ist nicht gewollt gewesen, dass der Beitragsanteil der Arbeitgeber eingefroren ist und dass damit in Zukunft die Versicherten als **Beitragszahler** die **Kostensteigerung** voll zu zahlen haben. Da teile ich auch die vorgetragene Auffassung: Natürlich wird sich in dem Bereich eine Weiterentwicklung ergeben.

Insofern entspricht eben auch das, was das Bundeskabinett auf den Weg gebracht hat, nicht dem, was die schleswig-holsteinische Koalition und was die Landesregierung will. Wir als Koalition bekennen uns zu dem Ziel der **Bürgerversicherung**. Wir tun dies trotz anderer Mehrheiten auf Bundesebene. Wir werden uns vor diesem Hintergrund auch für die Weiterentwicklung des Gesundheitsfonds zur nachhaltigen Stabilisierung der gesetzlichen Krankenversicherungen weiter einsetzen.

Der Antrag der FDP geht aber von einem ganz anderen Politikverständnis aus. Er nutzt eine von Kompromisserfordernissen befreite Lage und fragt nicht nach den Zustimmungschancen eines solchen Antrags. Hier geht es um eine konzeptionelle Reform. Abschaffung des Gesundheitsfonds und Abschaffung eines einheitlichen Beitragssatzes.

Ich bin froh, dass dieser Ansatz nicht mehrheitsfähig ist. Natürlich kann man die Forderung nach mehr Beitragsautonomie der Krankenkassen mit der Abschaffung des **Gesundheitsfonds** verknüpfen. Dann müsste man aber auch sagen, wie eine entsprechende Risikoumverteilung zwischen den Kassen zu erfolgen hat. Die Zuweisungen - das ist im Beitrag von Marret Bohn auch sehr deutlich geworden - aus dem hier zur Disposition gestellten Ge-

(Ministerin Kristin Alheit)

sundheitsfonds sind erforderlich, um den mobilitätsspezifischen Mehrbedarf von Versicherten ganz gut zu kompensieren. Der Antrag blendet diese Kombination und die Risikostruktur aus. Das ist eine, wenn nicht sogar die entscheidende Frage solidarischer Absicherung im demografischen Wandel.

Aus Sicht der Landesregierung wird dieser Ansatz den Erfordernissen einer gerechten und nachhaltigen solidarischen Gesundheitsversorgung nicht gerecht. Wir stehen für eine Position ein, die die Koalitionsfraktionen hier aufgezeigt haben, und bitten daher nachdrücklich um die Ablehnung des FDP-Antrags. - Ganz herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen und schließe deshalb die Beratung. Ich habe nicht gehört, dass der FDP-Antrag von irgendjemandem an irgendeinen Ausschuss überwiesen werden sollte, also kommen wir jetzt zur Abstimmung in der Sache. Ich schlage Ihnen abweichend von der Geschäftsordnung vor, den vorliegenden Änderungsantrag zu einem selbstständigen Antrag zu erklären. - Widerspruch sehe ich nicht, und wir verfahren so.

Ich lasse zunächst über den Antrag der FDP-Fraktion, Drucksache 18/1852 (neu), abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Mitglieder der FDP-Fraktion. Wer lehnt diesen Antrag ab? - Das sind die Mitglieder der Fraktionen von CDU, SPD, PIRATEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Gibt es Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag gegen die Stimmen der FDP-Fraktion abgelehnt worden.

Ich lasse jetzt über den Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/1901 (neu), abstimmen. Hier hat der Kollege Karsten Jasper nummernweise Abstimmung beantragt. Hier stehen aber keine Nummern.

(Karsten Jasper [CDU]: Absatz- oder satzweise habe ich gesagt!)

- Dann nehmen wir absatzweise. Ich wollte nur, dass wir auch inhaltlich wissen, worüber wir abstimmen. Es sind kurze Sätze, deswegen lese ich sie Ihnen vor. Der erste Satz heißt:

„Die Landesregierung wird gebeten, sich auf Bundesebene für eine demografiefeste Finan-

zierung zur nachhaltigen Stabilisierung der solidarischen gesetzlichen Krankenversicherung einzusetzen.“

Wer diesem Absatz seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Mitglieder der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und die Mitglieder SSW. - Wer lehnt diesen Absatz ab? - Das sind die Mitglieder der FDP-Fraktion. Enthaltungen sehe ich nicht. - Damit ist dieser Satz mehrheitlich angenommen.

Der zweite Absatz lautet:

„Der Landtag hält am Ziel einer Bürgerversicherung fest.“

Wer diesem Absatz zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Kolleginnen und Kollegen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und die Abgeordneten des SSW. Wer lehnt diesen Absatz ab? - Das sind die Mitglieder der Fraktionen von CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen zu diesem Satz? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich den Änderungsantrag von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW noch einmal in Gänze abstimmen. Wer dem Antrag Drucksache 18/1901 (neu) in Gänze seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Mitglieder der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und die Abgeordneten des SSW. Wer lehnt diesen Antrag in seiner Gesamtheit ab? - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Enthaltungen sehe ich keine. Damit ist der Antrag Drucksache 18/1901 (neu) gegen die Stimmen von CDU und FDP mehrheitlich angenommen.

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 25 auf:

Sicherheit gewährleisten - Personalabbau bei der Polizei stoppen!

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/1855

Das Wort zur Begründung wird offenbar nicht gewünscht. Dann eröffne ich die Aussprache und erteile der Abgeordneten der CDU-Fraktion, Frau Astrid Damerow, das Wort.

Astrid Damerow [CDU]:

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich beginne meine Rede mit einem Zitat:

(Astrid Damerow)

„Es wird bei der Landespolizei Schleswig-Holstein keine Stelleneinsparungen geben.“

(Zurufe: Sehr gut! - Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, das ist kein Zitat unseres früheren Innenministers, es ist ein Zitat des jetzigen Innenministers Breitner aus einem Interview mit der GdP im September 2012.

Herr Minister, heute wissen wir, was Ihre Zusage in diesem Fall wert war. Nämlich nichts. Nach dem Motto: „Was interessieren mich meine Aussagen von gestern?“ planen Sie nun eine ordentliche **Schwächung der Landespolizei**.

Wenn Sie sich die Fakten anschauen, können Sie nicht ernsthaft glauben, es gäbe hier auch nur den geringsten Spielraum für einen **Personalabbau**. Die Aufgaben der Landespolizei sind in den letzten Jahren immer mehr angewachsen. So hat zum Beispiel in den letzten Jahren die Einbruchskriminalität massiv zugenommen. Im Bereich des Cybercrime stehen die Ermittlungsbehörden vor immer größeren personellen und technischen **Herausforderungen**. Schon mit der heute bestehenden Personalausstattung ist diesen Aufgaben kaum beizukommen.

Herr Minister, ihr eigener Bericht, den Sie dem Landtag im Januar 2014 vorgelegt haben, belegt dies eindrucksvoll. Die **Überstundensituation** mit über 300.000 Überstunden spricht eine sehr deutliche Sprache. Aber anstatt diese Tatsache aufzunehmen und hieraus die richtigen Schlüsse zu ziehen, behaupten Sie - und ich darf Sie erneut zitieren -:

„Ein realistisches Mehr an Personal, so wünschenswert und belegbar dieses aus anderen Gründen wäre, würde nach aller Erfahrung keine Mehrarbeitsentlastung bewirken.“

Also das versteht ja nun gar keiner mehr. Mit dieser Aussage, die allen Polizisten im Land wie Hohn vorkommen muss, versuchen Sie, die zusätzliche Streichung von 122 Stellen zu rechtfertigen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, in den letzten Monaten haben wir einiges hören müssen, was mit Seriosität eher weniger zu tun hat. Denken wir an die Planungen der Landesregierung, Auslagerungen im IT-Bereich vorzunehmen. Ich weise nur einmal darauf hin, dass auch externe IT-Berater nicht für Gottes Lohn arbeiten. Also man muss dann einmal sehr genau schauen, ob diese Personaleinsparung nicht zu Kosten an ganz anderer Stelle führen wird. Mir kommt das ein bisschen so vor wie „linke Tasche - rechte Tasche“. Bezahlt werden muss es am Ende nämlich trotzdem aus dem Landeshaushalt.

Wenn wir hören, dass sich die Polizei aus **klassischen hoheitlichen Aufgaben** zurückziehen soll, etwa aus der Verkehrsüberwachung, dann stellen wir auch hier fest: Das geht nicht. Das können wir so in keiner Weise akzeptieren.

(Beifall CDU und FDP)

Das sind ureigenste Aufgaben unserer Polizei. Im Bereich der **Wasserschutzpolizei** bereisen Sie ja nun alle Stationen. Sie werden vermutlich überall das Gleiche hören, nämlich dass die Wasserschutzpolizei beim heute bestehenden Personalbestand überhaupt keine - -

(Serpil Midyatli [SPD]: Wenn man mit 15 Mann eine Familie abschieben kann!)

- Frau Midyatli, ich glaube nicht, dass dies jetzt das Thema ist. - Die Wasserschutzpolizei hat in den vergangenen Jahren zunehmend Aufgaben übernommen. Wenn Sie hier zu Kürzungen kommen wollen, so müssen Sie auch die Frage beantworten, wer die jetzt wahrgenommenen Aufgaben in Zukunft erledigen soll.

(Beifall CDU und FDP)

Schauen wir uns einmal die Situation im Bereich Plön an. In Ihrem Koalitionsvertrag haben Sie damals verabredet:

„Die Polizei muss in der Fläche erhalten bleiben.“

Aus dem Bereich Plön ziehen Sie Polizei nach Kiel ab. Das heißt ja nichts anderes, als dass die Bürgerinnen und Bürger im Kreis Plön die Polizei künftig nicht mehr so wie bisher wahrnehmen können. Ich denke, um eine **Bürgerpolizei** zu haben, ist es auch notwendig, dass unsere Bürger die Polizei erfahren und erleben können.

(Beifall Hans-Jörn Arp [CDU] und Heiner Rickers [CDU])

Ich weiß sehr wohl, dass die Diskussionen um die **Personaleinsparung** auch zu unserer Regierungszeit geführt worden sind - Sie werden mir das ja mit Sicherheit auch nachher alles um die Ohren schlagen -, allerdings mit dem feinen Unterschied, dass wir dort einen Innenminister hatten, der sich für seine Polizei eingesetzt hat,

(Beifall CDU)

der in der Diskussion mit dem Finanzminister - beide sitzen dort oben - durchgesetzt hat, dass es explizit keine Stelleneinsparungen bei der Polizei geben wird. Natürlich muss das Innenressort seine Einsparungen erbringen.

(Astrid Damerow)

(Zurufe)

- Wenn Ihnen in Ihrem Innenressort nicht einfällt, woher Sie die Lehrer

(Heiterkeit - Martin Habersaat [SPD]: Wollen Sie bei den Lehrern einsparen? Super Idee!)

- die Stellen nehmen sollen, dann empfehle ich Ihnen: Schauen Sie sich einfach einmal die Unterlagen an, die dort sicherlich noch liegen. Der frühere Innenminister hatte dazu sehr dezidierte Vorstellungen.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Herr Minister - ich komme damit zum Schluss -, stellen Sie sich endlich vor Ihre Polizei! Setzen Sie sich für sie ein!

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das ist eher peinlich!)

Hören Sie auf damit, den Polizisten in GdP-Interviews zu versichern, Sie kämpften für sie. Das tun Sie bei der Stelleneinsparung, das haben Sie im Übrigen auch bei der Vorratsdatenspeicherung getan.

Es ist eine ziemlich einfache Angelegenheit, jedem das zu versprechen, was er gerade hören will. Sie können die Vorratsdatenspeicherung leicht befürworten und Stelleneinsparungen schlecht finden, wenn Sie ganz genau wissen, dass Sie das in Ihrem Kabinett sowieso nicht umsetzen müssen. Ich finde, das ist nicht gerecht, das haben unsere Polizisten nicht verdient. - Ich danke Ihnen.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die SPD-Fraktion hat nun die Abgeordnete Simone Lange das Wort.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Weise diesen Unsinn zurück! - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Simone Lange [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! - Vielleicht hören auch die Herren zu. - Vielen Dank.

Der vorliegende Antrag der CDU-Landtagsfraktion löst nur scheinbar die **Herausforderungen**, vor denen wir stehen. In der Tat sollen Stellen eingespart werden. Das ist richtig. Es wird niemals das Ziel einer Landesregierung sein, Personal abzubauen. Das Ziel ist ein anderes. Wir alle stehen vor dem über-

geordneten Ziel, unseren **Haushalt** so zu konsolidieren, dass wir in Zukunft wieder einmal darüber nachdenken können, Stellen aufzustocken. Diese Aufgabe haben nicht nur wir geerbt, die haben auch Sie in der Vorgängerregierung geerbt.

(Martin Habersaat [SPD]: Ein bisschen mehr Verantwortung! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das hatten wir auch! Trotzdem haben wir bei der Polizei nicht abgebaut!)

Wir sind - daran erinnere ich Sie - **Konsolidierungsland**. Wir sind in Berlin rechenschaftspflichtig darüber, wie wir in Schleswig-Holstein unseren Landeshaushalt auf die Füße stellen.

Sie argumentieren gern unternehmerisch. Wie soll ein Unternehmen, das 10 Milliarden € zur Verfügung hat, 28 Milliarden € Schuldenabbau betreibt, ohne unterzugehen, vorgehen? Es muss leider auch an Personaleinsparungen denken.

Richtig ist, dass es einen **Personalabbaupfad** geben soll, der 10 % der Landesverwaltung vorsieht. Sie haben den Innenminister angesprochen, der nicht für die Polizei gekämpft habe. Deshalb sage ich Ihnen: Die Polizei ist von diesen 10 % ausgenommen. Vorgesehen ist, bei der Polizei 3,5 % Personal abzubauen, was immer noch zu viel ist.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist ja toll!)

- Natürlich, auch ich würde lieber Aufbauen statt Abbauen. Aber ich finde es auch richtig, dass in diesem Prozess die strategische Lücke gleich mit bereinigt wurde. 3,5 % machen 282 Stellen, die wir eigentlich pflichtig gewesen wären. Die strategische Lücke umfasst 160 Stellen, die immer gefordert worden sind. Sie wird damit bereinigt und sogar abgezogen, sodass wir am Ende 122 Stellen abbauen - in drei Jahren. Es steht noch nicht einmal fest, wie viele das pro Jahr sind. Ich habe aber jetzt einfach einmal 40 Stellen pro Jahr gerechnet. Auf einen Personalkörper mit 1.308 Planstellen, den wir bei der **Polizei** haben, macht das pro Jahr 0,48 %. Herr Koch ist leider gerade nicht da, aber er rechnet ja so gern.

Auch wenn ich mir selber natürlich die Kritik seitens der Landespolizei zurechne, halte ich es für verantwortbar, eine Durststrecke von drei Jahren zu gehen, auf der wir pro Jahr 0,48 % Planstellen einsparen.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

(Simone Lange)

Ich bin sehr froh darüber - das will ich Ihnen auch sagen -, dass wir hier nicht wie in freien Unternehmen Personen auf die Straße setzen müssen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das geht bei Beamten auch gar nicht! - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das weiß sogar er!)

- Ja eben. Das wäre noch schlimmer. Aber ich bin sehr froh, dass wir **Verfahrensweisen** wählen können, bei der einzelne Beamtinnen und Beamten das gar nicht spüren.

Die eigentliche Aufgabe ist nämlich eine andere. Da würde ich mir auch in Zukunft Ihre konstruktive Mitarbeit wünschen, statt jetzt drei Jahre lang immer den gleichen Antrag zu stellen. Die eigentliche Aufgabe, die wir haben - und da müssen wir Mut beweisen -, ist, die **Polizei** tatsächlich **von Aufgaben zu befreien**. Ich habe jetzt leider nur noch 1 Minute und 30 Sekunden Redezeit, sonst könnte ich Ihnen ein paar Aufgaben aufzählen. Da geht mein Appell zum Beispiel an Bundesverkehrsminister Dobrindt: Wie sieht es denn mit der Begleitung von Schwerlasttransportern aus?

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Zum Beispiel!)

Da sind wir auf Berlin angewiesen. Ich hoffe, dass wir da Ihre Unterstützung bekommen,

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Aber das können wir doch gemeinsam hinkriegen!)

und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das war sehr gut und vernünftig!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Burkhard Peters.

(Zurufe)

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

(Zurufe)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Peters, Moment einmal. Ich möchte doch einmal feststellen, dass nichts und kein Wort - möglicherweise abgesehen von diversen Zwischenrufen -, das Kolleginnen und Kollegen hier am Mikrofon sagen, verdient „peinlich“ genannt zu werden.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Diese Einseitigkeit ist ja frappierend! - Hans-Jörn Arp [CDU]: Unerträglich! - Weitere Zurufe)

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Kollegin Damerow, ihr Lamento über die sicherheitsgefährdende **Personalpolitik** dieser **Landesregierung** im Bereich der **Polizei** bewegt sich in einer Endlosschleife. Mittlerweile fühle ich mich an den Titel des Filmklassikers „Und täglich grüßt das Murmeltier“ erinnert. In immer neuen Landtagsanträgen, Ausschussanträgen, Kleinen Anfragen und Pressemitteilungen variieren Sie das ewig gleiche Thema: Schleswig-Holstein wird wegen fehlender Polizistinnen und Polizisten in Kriminalität, Chaos und Anarchie versinken, und schuld daran hat die gegenwärtige Landesregierung.

(Beifall und Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

In Ihrer Beharrlichkeit kommen Sie mir vor wie Cato der Ältere. An Ihrer Stelle hätte er gefordert: Ceterum censeo numerum lictorum esse servandum. Im Übrigen bin ich der Meinung, dass die Anzahl der Polizistinnen und Polizisten zu erhalten ist.

(Beifall und Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Nur dass Cato vor seinem „ceterum censeo“ - dem Hinweis auf die Notwendigkeit der Zerstörung Karthagos - in seinen Senatsreden noch durchaus anderes zu sagen hatte.

(Heiterkeit)

Frau Kollegin Damerow, vor Kurzem brachten Sie es sogar fertig, die Ausweitung von Gefahrengeländen nach dem Landesverwaltungsgesetz durch die Polizei in Schleswig-Holstein mit dem erst ab 2018 wirksam werdenden Abbau von 122 Stellen in der Polizei in einen Zusammenhang zu bringen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, auf so etwas muss man erst einmal kommen.

(Heiterkeit und Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Bemerkung der Frau Abgeordneten Damerow?

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr gern.

Astrid Damerow [CDU]: Herr Kollege Peters, würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen, dass Cato mit seinem Ausspruch am Ende durchaus erfolgreich war?

(Beifall Volker Dornquast [CDU] - Dr. Kai Dolgner [SPD]: Aber erst nach seinem Tod, Frau Kollegin! - Heiterkeit)

- Das ist richtig, Frau Kollegin Damerow. Ob Ihnen das beschien sein wird, wage ich zu bezweifeln.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Gefahrengietsvorschrift des § 180 Abs. 3 Landesverwaltungsgesetz wurde unter Schwarz-Rot 2007 eingeführt und erfreute sich schon damals bei der Polizei unter der christdemokratisch geführten Landesregierung großer Beliebtheit. Eine Folge der **Gefahrengietsausweisung** ist übrigens, dass man in dem betroffenen Gebiet mehr Polizei loschickt. Der von Ihnen behauptete Kausalzusammenhang zwischen gehäufte Gefahrengietsausweisung und **Personalabbau** bei der **Polizei** ist also gleich aus mehreren Gründen denkbar abwegig.

Sehr geehrte Kollegin von der CDU, bitte nehmen Sie endlich Folgendes zur Kenntnis: Im Rahmen der **Schuldenbremse** hat sich das Land Schleswig-Holstein unter anderem verpflichtet, bis 2020 insgesamt 10 % des im Landesdienst stehenden Personals abzubauen. Bei einer Personalgesamtstärke von über 8.000 Menschen im Polizeidienst würde das also eigentlich den Abbau von mehr als 800 Stellen bei der Polizei bedeuten. Die Polizei in Schleswig-Holstein stellt den zweitgrößten Personalkörper des Landes dar. Er wird von der Zahl her nur noch von den Lehrerinnen und Lehrern übertroffen. Mit nur 122 Stellen ab 2018 wird dieser Personalkörper vom unumstritten notwendigen Personalabbau äußerst unterdurchschnittlich betroffen. Alle anderen Bereiche des öffentlichen Landesdienstes in Schleswig-Holstein müssen diese Zurückhaltung bei der Polizei mit entsprechend höheren Personalabbauzahlen kompensieren.

(Rainer Wiegard [CDU]: Ja!)

Unter Berücksichtigung dieser Vorgaben sind Sie verpflichtet, den Menschen zu erklären, in welchen anderen Bereichen des **öffentlichen Landesdienstes** Sie den zusätzlichen **Abbau** von 122 **Stellen** bewerkstelligen wollen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Haben wir doch!
- Volker Dornquast [CDU]: Das haben wir doch gemacht!
- Klaus Schlie [CDU]: Liegt vor!)

Weil Sie regelmäßig auch noch die sogenannte strategische Lücke von 160 fehlenden Stellen im Polizeidienst hinzurechnen, müssen Sie ein Konzept vorlegen, in welchen anderen Bereichen der Landesverwaltung insgesamt 286 Stellen eingespart werden können, wenn der Bereich der Polizei vollständig ausgespart werden oder sogar ausgeweitet werden soll.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Mein Gott! Das kann man gar nicht mit anhören! Der Personalabbaupfad liegt doch vor!)

Bei Lehrerinnen und Lehrern? In der Finanzverwaltung? Im Bereich der Landesstraßenverwaltung? Bei Richtern und Richterinnen, Staatsanwälten? Wo bitte soll das „ausgeschwitzt“ werden? Solange Sie auf diese Fragen keine Antwort geben, haben Sie den Anspruch auf eine ernsthafte Auseinandersetzung mit Ihrem Antrag verwirkt. Wir werden ihn ohne Weiteres ablehnen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Die Landesregierung erkennt den hohen Stellenwert der Sicherheit in diesem Land sehr wohl an. Genau aus diesem Grund hat sie den erforderlichen Personalabbau bei der Polizei auf das Minimum reduziert. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Abgeordneten der FDP hat Herr Abgeordneter Kubicki das Wort.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Mal sehen, was jetzt kommt!)

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Peters, wenn Sie glauben, mit einer lustigen Rede die Besorgnisse der Menschen dieses Landes treffen zu können und insbesondere die Besorgnisse bei den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, dann sage ich Ihnen: Machen Sie so weiter!

(Beifall FDP und vereinzelt CDU - Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Wolfgang Kubicki)

- Herr Kollege Dr. Stegner, mit Ihnen möchte ich die Frage von geistvoll und nicht geistvoll gar nicht mehr diskutieren. Das lohnt sich einfach nicht.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Auch von lustig nicht! - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das können Sie gar nicht!)

Herr Kollege Peters, ich empfehle Ihnen, da Sie ja auch archivarisches tätig sind, sich einmal anzugucken, was die Regierung aus **CDU und FDP** beim **Personalabbaupfad** bis 2020 vorgesehen hatte. Keine Stellenstreichungen bei der Polizei! Da können Sie nicht sagen, wir hätten keine Vorlagen. Die waren da.

Wer einen Zusammenhang zwischen **Stellenabbau** und einer **Reduzierung der inneren Sicherheit** verneint, der streut den Menschen Sand in die Augen.

(Beifall FDP)

Dass Innenminister Breitner auch diese Woche wieder sehr viele Termine bei den Betroffenen der Stellenabbaupläne der Landesregierung wahrnimmt, ist zwar im Großen und Ganzen positiv zu bewerten, ändert aber grundsätzlich nichts daran, dass er einem groben Irrtum unterliegt. Denn im November 2013 ließ Innenminister Breitner in einer Presseinformation verlauten, der Stellenabbau gefährde nicht die innere Sicherheit und komme nicht abrupt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der **Landespolizei** klafft bekanntermaßen bereits jetzt eine **strategische Lücke** von 160 unbesetzten Stellen - 160 Stellen, zu denen nach den Plänen der Landesregierung weitere 122 Stellen zusätzlich bei der Landespolizei abgebaut werden sollen.

Die Polizistinnen und Polizisten haben Respekt verdient für die Arbeit, die sie tagtäglich für die Bürgerinnen und Bürger leisten. Ich betone bewusst: leisten, denn es wird den Beamtinnen und Beamten mit den ihnen zur Verfügung stehenden Kapazitäten sehr viel abverlangt. Die Aufgabenfelder werden nicht geringer, auch wenn es in Zukunft Schwerpunkte geben soll. Die originären Aufgaben der Polizistinnen und Polizisten werden sich nicht verändern.

Die Gesellschaft, also die Bürgerinnen und Bürger, sind auf eine funktionierende, belastbare und erreichbare Polizei angewiesen. Diese Kriterien kann die Polizei aber nur dann erfüllen, wenn die personellen Ressourcen bereitgestellt werden.

Innenminister Breitner betitelte am 22. Januar 2014 seine Rede anlässlich des Berichts zur Attraktivität der Landespolizei wie folgt: Die Gesellschaft soll Polizei mit Respekt und nicht mit dem ständigen Verdacht des unrechtmäßigen Handelns begegnen. - Damit kann er ja CDU und FDP nicht gemeint haben.

(Beifall FDP)

Zum einen ist es sehr schön, dass Sie, Herr Innenminister, als Dienstherr in erster Linie die Gesellschaft in der Pflicht sehen und nicht sich selbst. Zum anderen verschafft sich die Polizei vor allem Respekt, indem sie ihren Aufgaben pflichtbewusst und bürgernah nachkommt.

Ich sehe demnach vielmehr Sie in der Pflicht, die Polizei in diese Lage zu versetzen. Vor diesem Hintergrund bin ich auf die nächste Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses sehr gespannt, in der die jüngst bekannt gewordenen Gefahrengebiete in Schleswig-Holstein erörtert werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die geplanten Stellenstreichungen forcieren das Personalproblem der Polizei im Land. Wenn sich diese dann nicht anders zu helfen weiß und mit der Errichtung von Gefahrengebieten versucht, den Problemen vor Ort Herr zu werden, dann müssen Sie sich nicht wundern, dass die Polizei in der öffentlichen Debatte plötzlich in Erklärungsnot kommt. Die Polizei wird nämlich für die Lösung eines Problems kritisiert, für das Sie Verantwortung tragen, Herr Minister. Die Probleme sind hausgemacht. Ziehen Sie die richtigen Schlüsse, und stoppen Sie den Personalabbau!

(Beifall FDP)

Frau Kollegin Damerow, ich sage es ausdrücklich: Es wird den Menschen nicht gerecht, wenn man beispielsweise in Laboe mitteilt, man hätte einen Ansprechpartner, wenn man sagt: Wenn Sie ein Problem haben, dann rufen Sie diese Telefonnummer an. Herr Innenminister, es wird den Menschen auch nicht gerecht, wenn Sie sagen, im **Kreis Plön** ändere sich überhaupt nichts, obwohl zehn Planstellen von Plön nach Kiel verlagert werden. Wir werden später noch darauf zurückkommen. Das Polizeiviertel in Preetz ist zum Beispiel nachts geschlossen. Dass die Preetzer an einer Nachtstreife teilnehmen, halte ich für selbstverständlich. Wenn man aber nur eine Nachtstreife hat, dann ist das Problem der inneren Sicherheit auf diese Art und Weise im Zweifel nicht zu bewältigen. Bei Einsatzzeiten von 40 oder 50 Minuten kann ich Ihnen sagen: Banden können ganze Straßenzüge leerräumen, bevor die

(Wolfgang Kubicki)

Polizei auch nur vor Ort ist. Das kann nicht die Gewährleistung der **inneren Sicherheit** in Schleswig-Holstein sein.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Frau Damerow, es gab in der letzten Legislaturperiode in der CDU Persönlichkeiten. Der Kollege Koch ist jetzt bedauerlicherweise nicht da. Er und der damalige Staatssekretär im Finanzministerium, Herr Bastian, seines Zeichens Landrat, waren wie die jetzige Landesregierung der Auffassung, man könne bei den Polizeibeamtinnen und bei den Polizeibeamten ordentlich einsparen. Es ist dem gemeinsamen Kampf des damaligen Innenministers Klaus Schlie und mir im Hinblick auf den Finanzminister definitiv zu verdanken, dass wir dies verhindert haben. Ich sage Ihnen voraus: Die Aufgaben der Polizei werden weiter zunehmen. Die Erwartung an polizeiliches Handeln wird weiter zunehmen. Das können Sie nur mit Personal und nicht mit technischer Aufrüstung oder mit rechtlichen Regelungen wie der Vorratsdatenspeicherung bewältigen, die den Menschen ebenfalls Sand in die Augen streut, ohne etwas zu bewirken. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion der PIRATEN hat Herr Abgeordneter Wolfgang Dudda das Wort.

Wolfgang Dudda [PIRATEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Peters, Sie haben recht. Die Kollegin Damerow ist an dieser Stelle beharrlich. Sie ist vielleicht in einer Beharrlichkeit, die ich selbst nicht so verfolgen würde, aber ich finde, sie stellt die richtigen Fragen. Im Übrigen unterscheidet sie sich in ihrer Beharrlichkeit durch nichts von der Beharrlichkeit, die unser Innenminister zeigt, wenn er das Internet und seine kriminellen Gefahren nach meiner Auffassung hin und wieder dramatisierend darstellt.

Die richtigen Fragen sind von Frau Damerow gestellt, das ist keine Frage. Wir müssen uns auch daher mit ihnen beschäftigen, weil wir nichts Genaues wissen. Wir wissen nicht, was wo abgebaut wird. Wir können höchstens anhand des Reiseplans des Innenministers Kaffeesatzleserei betreiben. Tatsächlich wissen wir nichts. Wir hören im Buschfunk, dass im Zusammenhang mit der Verkehrsüberwachung überlegt wird, diese zu einer kommunalen Aufgabe zu machen, und wir hören, dass der

Wasserschutz reduziert werden soll. Wir hören, dass die IT des Landes bei der Polizei ausgegliedert werden soll. Genaues wissen wir nicht. Frau Lange, Sie haben die Zahl von 0,48 % pro Jahr genannt. Diese Zahl ist mir neu. Ich verfolge dies aufmerksam. Diese Zahl kannte ich bisher nicht.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir könnten beim Personenschutz sparen, weil die alle hier so beliebt sind!)

- Ich verstehe Sie nicht.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Bemerkung der Kollegin Lange?

Wolfgang Dudda [PIRATEN]:

Ja, gern.

Simone Lange [SPD]: Gestatten Sie mir die Bemerkung, dass dies ganz einfache Mathematik ist. Dem Stellenplan können Sie entnehmen, wie viele Planstellen wir haben. Sie wissen, wie viele wir einsparen wollen. So einfach ist das.

- Ja, es hätte besser gepasst, wenn der Minister so konkret geworden wäre.

(Zurufe Dr. Ralf Stegner [SPD] und Wolfgang Kubicki [FDP])

- Er hatte genug Zeit, vorher konkret zu werden, Herr Kollege Dr. Stegner.

Wir wissen trotzdem nicht, was passieren wird. Die in Rede stehenden 282 Stellen sind zum Teil schon von der CDU hausgemacht. Das ist an diesem Antrag etwas inkonsequent. Ich stelle mir jetzt vor diesem Hintergrund vor, dass Ihr Lieblingskind, nämlich die Vorratsdatenspeicherung, eingeführt wäre. Diese wäre vor dem Hintergrund des Personalplans, den wir haben, Vollwaise, Herr Minister. Sie sprechen von exorbitanten Zuwachsraten bei den Straftaten im Internet und bei Betrugsstraftaten. Sie tun das völlig zu Recht. Die **Landespolizei** wäre nicht in der Lage, dieses Thema auch nur ansatzweise zu bedienen. Sie muss zurzeit ihre Rechner auslagern und an Privatfirmen abgeben, um die forensischen Daten staatsanwaltschaftlich aufzubereiten. All das geht nicht.

Mit dem Trainingszentrum in Norderstedt haben Sie einen richtigen Schritt gemacht, das ist keine Frage. Aber auch diese Stellen und die Ausbildungszeiten sind aus dem Korpus geschnitten, sie

(Wolfgang Dudda)

wurden nicht neu geschaffen. Aufgaben oder Personal zu reduzieren, sehe ich schon vor dem Hintergrund nicht, den Sie selbst dargestellt haben, nämlich dass die Gewalt im Alltagseinsatz der Polizei zugenommen hat und vielfältig geworden ist.

(Beifall FDP, vereinzelt PIRATEN und CDU)

Diese Straftaten brauchen eine Nach- und Sachbearbeitung. Dies bedeutet das Dokumentieren eines Sachverhaltes auf eine andere Art als durch das Aufschreiben in ein Notizbuch, in das ich schreibe, wer beteiligt war. Dies setzt voraus, dass man für die Staatsanwaltschaft eine ordentliche Arbeit leistet und diese abliefern. Dies umfasst einen Einsatzbericht und Zeugenbefragungen. All dies dauert länger. Die dazugehörige Sacharbeit kostet weitere **Ressourcen**. Das sind Ressourcen, die auf der Straße fehlen. Wir PIRATEN haben immer gesagt, dass wir uns die Polizei auf der Straße und nicht am Schreibtisch wünschen. Dort gehört sie hin.

Die von Ihnen bemühte Einbruchstatistik ist vor diesem Hintergrund eher zu vernachlässigen, Frau Damerow. Vor etwa einem Monat war ich bei meiner Gewerkschaft in Potsdam. Das Motto des Gewerkschaftstags lautete: Zukunft gestalten und Klartext reden. Das ist ein Motto, das ich mir vom Innenminister wünschen würde. Allerdings hätte ich mir von Ihnen, Frau Damerow, gewünscht, dass Sie sagen, wo das Geld für das, was wir tun müssen, herkommt. Das müssen wir wissen. Darüber hätte ich gern im Ausschuss diskutiert. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die Kolleginnen und Kollegen des SSW hat Herr Abgeordneter Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine Sparpolitik, die die Landesbeamten und somit auch die Polizeibeamten vollständig umschiffet, ist illusorisch. Sparen kann ohne Entbehrungen nicht funktionieren. Jeder, der schon einmal Monat für Monat einen bestimmten Betrag zur Seite legen wollte oder musste, kann davon ein Lied singen. Ja, wir werden in Zukunft und schon jetzt Personalstellen einsparen müssen. Das ist mit Sicherheit kein Grund zum Jubeln. Es ist jedoch auch kein Anlass zur Verzweiflung.

Wir alle müssen sparen, und dies wird uns alle in der einen oder anderen Form betreffen. Die finanziellen Spielräume verändern sich definitiv, doch ob das nur Schlechtes mit sich bringen muss, darüber kann man streiten. Dass die **Polizei** gänzlich kaputtgespart wird, kann ich jedenfalls nicht erkennen. Kaputtsparen sieht meiner Meinung nach anders aus.

Die Landespolizei bildet den zweitgrößten Personalkörper in unserem Land und ist von den **Einsparungen** im Vergleich mit anderen Bereichen nur marginal betroffen. Das haben die Kollegin Lange und der Kollege Peters entsprechend beschrieben. Dass die Sicherheit in Schleswig-Holstein jetzt zusammenbricht, wage ich ebenfalls zu bezweifeln. Doch natürlich wollen wir alle hier im Haus die möglichen belastenden Effekte dieser Veränderungen so gering wie möglich halten, falls diese überhaupt eintreten werden.

Damit dieser Prozess gelingen kann, muss und wird diese Erneuerung nach dem Prinzip der Partizipation ausgerichtet. Schließlich arbeiten die Beamten selbst mit an den neuen Strukturen. Minister Breitner ist in regelmäßigen Abständen vor Ort. So hat er erst in der vergangenen Woche die Wasserschutzpolizei in Husum besucht. Der enge Kontakt ist wichtig, und er funktioniert. Er findet nämlich auf Augenhöhe statt.

Im Übrigen ist dies keine neue Vorgehensweise. Schon in der vergangenen Legislaturperiode gab es Konzepte dafür, wie der Personalabbau bewältigt werden kann. Schon damals hat man die Polizeidirektionen mit in die Beratung einbezogen. Man hat sie sogar so stark einbezogen, dass sie für die Ausgestaltung der konkreten Maßnahmen selbst zuständig waren. Dabei spielten nicht nur die Notwendigkeiten des Personalabbaus eine Rolle, sondern auch strukturelle Herausforderungen. So hat man vor Ort intensiv darüber diskutiert, ob kleine Polizeistationen im ländlichen Raum oder doch eher eine Zentralisierung der Kräfte an zentralen Orten, jedoch auch im ländlichen Raum Sinn machen. Die zweite Lösung ist - zumindest was den Rund-um-die-Uhr-Dienst und die Möglichkeiten zur Spezialisierung angeht - nicht von vornherein die schlechteste Variante. Durch Spezialisierung und durch das Setzen von Schwerpunkten könnte man etwas dafür tun, dass sich die Aufklärungsquoten etwas verbessern. Ich glaube, hier ist die Landespolizei auf einem guten Weg.

Diese Koalition gestaltet die Personalabbauanforderungen so, dass die Polizei nicht so stark betroffen

(Lars Harms)

sein wird wie andere Bereiche. Auch das ist ein positives Signal an die Polizei.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

Der Minister steht auf allen Ebenen in einem engen Dialog mit der Polizei. Dies zeigt, dass wir die Bedenken der Polizei ernst nehmen und gemeinsam mit der Polizei nach Lösungen suchen. Ich glaube, bei der Polizei sieht man dies. Wenn ich auf Veranstaltungen der Gewerkschaft der Polizei bin, dann nehme ich wahr, dass man durchaus sieht, dass wir die Menschen ernst nehmen und dass wir uns gemeinsam mit ihnen Gedanken darüber machen, wie wir die **Haushaltslage** so hinbekommen können, dass es dem Land Schleswig-Holstein gut geht. Man sieht, dass dies nicht zum Schaden der Polizei ist. Man ist sehr gesprächsbereit; gesprächsbereiter, als es die FDP hier suggerieren will.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Ich erteile dem Herrn Innenminister Andreas Breitner das Wort für die Landesregierung.

Andreas Breitner, Innenminister:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In dem uns vorliegenden Antrag wird gesagt, die Belastung der **Landespolizei** habe in den letzten Jahren stetig zugenommen. Das ist ohne Frage richtig.

Gleichzeitig gilt aber auch: Wir als Land haben uns dazu verpflichtet, die **Schuldenbremse** einzuhalten, und werden ab 2020 keine neuen Schulden mehr machen - das alles übrigens mit einer früheren Parlamentsmehrheit und einer anderen Regierung beschlossen. Der Bund gewährt uns, wie Sie wissen, die notwendige jährliche Konsolidierungshilfe in Höhe von 80 Millionen € nicht ohne eigene Anstrengungen des Landes. Das wissen Sie nur zu genau. Um dieses Ziel erreichen zu können, hat sich die Vorgängerregierung verpflichtet, von 2011 bis 2020 insgesamt 10 % der Beschäftigten der Landesverwaltung abzubauen - allerdings nur planerisch und leider ohne selbst etwas zur Umsetzung beizutragen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir waren nun gezwungen, um gegenüber dem Bund vertragstreu zu sein, unseren **Stellenabbau-pfad** festzulegen. Die Landesverwaltung hat - die Abgeordnete Lange hat es bereits gesagt -

53.000 Beschäftigte. Ein Abbau von 10 % bedeutet 5.300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ab 2020 weniger.

Drei Bereiche haben wir aufgrund der besonderen Belastungssituation von hohen Einsparquoten ausgenommen. Diese müssen weniger zum Stellenabbau beitragen. Das sind die Finanzverwaltung mit dem Steuerwesen, der Justizvollzug und die Landespolizei. Für sie gelten zunächst nicht 10 %, sondern nur 3,5 %, also eine Sonderstellung. Das wären bis 2020 für die Landespolizei 282 Planstellen weniger gewesen. Um der erwähnten und anerkannten Belastungssituation gerecht zu werden, wurde diese Zahl auf dann tatsächlich 122 Stellen, also echte Köpfe, reduziert. Damit liegt die Einsparquote im Bereich der Landespolizei nochmals zwei Prozentpunkte unter der Vorgabe. Das ist der einzige Bereich der Landesverwaltung, in dem das so geregelt ist.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Innerhalb der Landesregierung besteht Einvernehmen darüber, dass bei aller notwendigen **Konsolidierung** der Polizeivollzug seinen bedeutenden Stellenwert für die öffentliche **Sicherheit** im Lande behalten muss. Deshalb ist wichtig, dass der heute tatsächlich vorhandene Personalbedarf innerhalb der Polizei berücksichtigt wird. Er soll durch geeignete Maßnahmen in der Organisation der Aufgaben gedeckt werden.

Das Innenministerium ist aufgefordert, seinen insgesamt notwendigen Konsolidierungsbeitrag unter Beachtung der Bedeutung der Polizeivollzugsbeamten durch geeignete Maßnahmen bis 2020 zu erbringen. Das ist nicht leicht und fällt auch nicht leicht. Die Landespolizei aber als zweitgrößten Personalkörper komplett - wie gefordert wird - vom Personalabbau auszunehmen und damit auch andere Bereiche der Landesverwaltung wie etwa den besonders personalstarken Bildungsbereich noch stärker zu belasten, ist nicht möglich.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das Kunststück, für den Bildungsbereich in einer Plenartagung mehr Lehrer und in der Innenpolitik mehr Polizisten zu fordern und gleichzeitig keine Neuverschuldung zu wollen, gelingt nur der Opposition.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD]: So ist das!)

(Minister Andreas Breitner)

Wie Sie alle wissen, steht bereits jetzt fest, dass in anderen Bereichen der Landesverwaltung jede zehnte Stelle wegfällt, in den Schulen des Landes sogar jede siebte Stelle und bei mir im Ministerium jede fünfte Stelle.

Meine Damen und Herren, darüber, dass es über das Ob keine weitere Debatte geben kann, sollten wir uns einig sein. Jetzt steht die Frage, wie wir es machen. Tatsächliche Einsparungen werden in den Jahren 2018 bis 2020 erfolgen. Entsprechend meiner Vorgabe werden diese nicht im Einsatzbereich, nicht im Bereich der Ermittlungen und auch nicht im Präventionsbereich vorgenommen. Der Kernbereich der polizeilichen Aufgaben wird dadurch nicht geschwächt. Niemand in Schleswig-Holstein muss Sorge haben, dass ihm im Notfall nicht genauso schnell geholfen wird wie bisher.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es gibt in Schleswig-Holstein keine Schutzlücken, und es wird sie nicht geben. Das ist die Vorgabe. Für die Umsetzung dieses Ziels sind die ersten Grundlagen bereits gelegt. Schritt für Schritt werden in den nächsten Monaten einzelne Bausteine mit Leben erfüllt werden müssen. Herr Abgeordneter Dudda, das ist die Antwort auf Ihren Redebeitrag. Ich kann Ihnen noch nicht sagen, an welcher Stelle genau wir wie viel einsparen werden, weil wir den Weg ja gerade so gewählt haben, dass wir jetzt die Zeit brauchen, um es zu prüfen, zu überdenken und zu planen und auch vor Ort mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu sprechen. Alles andere wäre eine Vorgabe, die ich vom Rednerpult aus machen und die diesen Prozess konterkarieren würde.

Am Ende soll ein tragfähiges Konstrukt, eine funktionierende und gut aufgestellte **Landespolizei** stehen, die durch organisatorische und strukturelle Maßnahmen die **Personaleinsparung** kompensiert. Nur, meine Damen und Herren, ohne eine Reduzierung der Aufgaben ist das nicht zu schaffen. Dazu werden aktuell drei Bereiche intensiver betrachtet, von denen wir glauben, dass dort Aufgaben und folglich auch Personal eingespart werden können, ohne die Bereiche Einsatz und Ermittlungen personell und funktional zu reduzieren.

Ich möchte hier auch klarstellen: Da sitzen keine Menschen untätig herum. Auf den zu überprüfenden Arbeitsplätzen leisten sie vielmehr jeden Tag ihren Anteil am Gelingen der Aufgabe innere Sicherheit. Einsparungen sind daher nur möglich, wenn wir Aufgaben an Dienstleister vergeben oder

uns organisatorisch und von den Arbeitsschwerpunkten her anders aufstellen.

Die Führung der Landespolizei lässt aktuell die Aufgabenwahrnehmung bei der **Wasserschutzpolizei** sowie in den Bereichen **IT-Technik** und **Verkehrsüberwachung** auf die Möglichkeit von Stellenabbau untersuchen. Stellen und Planstellen sollen identifiziert werden, die für die beschriebenen Einsparungen sowie notwendige Schwerpunktsetzungen insbesondere im Ermittlungsbereich Cybercrime nutzbar wären. Denn es kommt ja noch hinzu, dass wir uns permanent auf neue Schwerpunkte ausrichten müssen. Das polizeiliche Gegenüber schläft nicht.

Frau Abgeordnete Damerow, selbstverständlich ist es immer sinnvoll, darüber nachzudenken, ob zum Beispiel in der IT-Technik weiterhin knapp zwei Hundertschaften - rund 180 Polizeivollzugsbeamte - arbeiten müssen. Sie sind aufgrund ihrer Ausbildung Teil der schleswig-holsteinischen Bürgerpolizei, sehen aber von Montag bis Freitag kaum Bürger, sondern beschäftigen sich mit IT-Programmen und -Strukturen - 180 Polizeivollzugsbeamte. Damit sage ich nicht, dass diese Kolleginnen und Kollegen nicht zu 100 % ausgelastet sind. Sie machen einen richtig guten Job. Die Frage ist nur, ob für diese Aufgabe zwingend die Qualifikation Polizeivollzugsdienst erforderlich ist. Die Untersuchungen sollen bis zum 30. Juni abgeschlossen sein. Anschließend werde ich über die entwickelten Vorschläge und Empfehlungen entscheiden. Damit wird deutlich, dass die Anforderungen für die zukunftsfähige Ausrichtung der Landespolizei etwas komplexer sind, als es der Antrag der CDU-Fraktion vermuten lässt.

(Vereinzelter Beifall SPD und SSW)

Es reicht eben nicht aus, sich ein Deliktsfeld wie den Wohnungseinbruchdiebstahl herauszugreifen, die Polizei für die statistisch negative Bilanz verantwortlich und die Bürger glauben zu machen, ein Mehr an Polizei würde das schon lösen.

(Widerspruch CDU und FDP)

Ein Mehr an Polizei geht immer. Klar, vor jedes Haus und jede Wohnung in Schleswig-Holstein einen Polizeibeamten gestellt, und die Wohnungseinbrecher würden zunächst nach Niedersachsen oder Hamburg verdrängt werden. Wissen Sie, wie viele Wohnungen wir in Schleswig-Holstein haben? - 1,4 Millionen.

Die **Polizeistärke** hat so eine festgelegte Größe. Wie viel Polizei in Schleswig-Holstein für welche

(Minister Andreas Breitner)

Aufgabe zur Verfügung steht, ergibt sich aus bestimmten Rahmenbedingungen, fachlichen Einschätzungen und objektiven Erhebungen. Das ist Teil meiner Verantwortung. Ihr komme ich wie alle meine Vorgänger nach.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Herr Kubicki, wer sich etwas intensiver mit erfolgreicher Kriminalprävention auseinandersetzt, weiß, dass es ganzheitlicher Ansätze bedarf, um komplexe Deliktformen wirkungsvoll und nachhaltig eindämmen zu können.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD] und Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Zugleich wird die Organisation effizienter gestaltet und an aktuelle Rahmenbedingungen angepasst. Das bedeutet aber weder einen Rückzug aus ländlich geprägten Regionen, noch führt es zu polizeifreien Zonen. Vielmehr wird das Personal an anderer Stelle gebündelt, um die Polizei für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes jederzeit erreichbar zu machen. Es kommt nicht darauf an, Herr Abgeordneter Kubicki, wo sich eine Polizeistation konkret befindet. Viel wichtiger ist, dass die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten rechtzeitig am Einsatzort sind.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP]: Sind sie das?)

Das kann durch erhöhte Mobilität in Schutzbereichen gewährleistet werden. Dazu brauchen wir nicht in jedem schleswig-holsteinischen Dorf eine Polizeistation.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Deshalb ändert sich im Kreis Plön nichts. Auch der Kreis Plön bleibt sicher.

Damit wird zugleich dem Fürsorgegedanken des Dienstherrn Rechnung getragen. Ich meine, der Abgeordnete Peters ist schon darauf eingegangen. Aus Gründen der Eigensicherung ist es in der heutigen Zeit leider nicht mehr möglich, Polizistinnen und Polizisten allein auf Streife zu schicken. Es liegt in der Natur der Sache, dass das bei einmännigen Polizeistationen schwierig ist.

Meine Damen und Herren, die Landespolizei wird durch den notwendigen Stellenabbau in den Kernbereichen der Aufgabenerledigung nicht geschwächt. Die **Polizei**präsenz in ländlichen Regionen, eine schnelle Erreichbarkeit der Einsatzorte und die Bürgernähe bleiben gewährleistet.

Tun Sie mir einen Gefallen: Spielen Sie nicht mit der Angst der Menschen vor Kriminalität! Die Landespolizei ist und bleibt der Garant für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sehr gut!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren, der Minister hat die vereinbarte Redezeit um 5 Minuten überzogen. Diese stünden Ihnen jetzt allen auch zur Verfügung. Ich sehe aber, dass davon kein Gebrauch gemacht werden soll. Deshalb schließe ich die Beratung, weil keine weiteren Wortmeldungen vorliegen.

Ich habe nicht vernommen, dass jemand Ausschussüberweisung beantragt hat.

(Uli König [PIRATEN]: Doch!)

- Doch? - Dann stimmen wir darüber ab. Wer den Antrag Drucksache 18/1855 dem Innen- und Rechtsausschuss überweisen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Kolleginnen und Kollegen der Piratenfraktion. Wer lehnt die Überweisung ab? - Das sind die Abgeordneten von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW. Wer enthält sich? - Das ist die FDP-Fraktion.

Dann kommen wir zur Abstimmung in der Sache. Wer dem Antrag Drucksache 18/1855 seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Mitglieder der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion. Wer lehnt diesen Antrag ab? - Zwei Mitglieder - die Abgeordneten Dr. Patrick Breyer und Uli König - der Piratenfraktion sowie die Abgeordneten des SSW, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD lehnen diesen Antrag ab. Wer enthält sich? - Das sind die übrigen Mitglieder der Fraktion der PIRATEN. Damit ist der Antrag in der Sache mehrheitlich abgelehnt worden. - Ich danke Ihnen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 34:

Personalstruktur und -managementbericht des Landes Schleswig-Holstein einführen

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/1867

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Abge-

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

ordneten Wolfgang Dudda von der Fraktion der PIRATEN das Wort.

Wolfgang Dudda [PIRATEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das, was wir mit diesem Antrag fordern, braucht das Land, brauchen die Menschen und vor allem die Beschäftigten des Landes. Es geht darum, die schier unlösbare Mammutaufgabe des Abbaus von 5.345 Stellen bis 2020 zu einer lösbaren Aufgabe zu machen und gleichzeitig den damit unweigerlich verbundenen Begleiterscheinungen wie beispielsweise der zunehmenden Arbeitsverdichtung und den dann zu erwartenden höheren Krankenständen zu begegnen.

Mit diesem Antrag finden wir uns völlig im Einklang mit den Forderungen des DGB und des Landesrechnungshofs, die beide aus durchaus unterschiedlichen Gründen klare Konzepte an dieser Stelle fordern. Den DGB treibt die Sorge um die Mitarbeiter um, den Rechnungshof die Sorge um unsere Finanzen.

In ihrem vor zwei Jahren geschlossenen Koalitionsvertrag erklärten die Partner der Küstenkoalition, dass sie „eine zentrale Stelle für Organisationsplanung und Personalmanagement“ einrichten wollen. Ich gehe davon aus, dass diese Stelle die Stelle im Hause des Ministerpräsidenten ist, die vor Kurzem mit dem DGB und ver.di Vereinbarungen getroffen hat, die wir nicht kennen. Vor diesem Hintergrund würde mich interessieren, was dort vereinbart wurde.

In der Anlage des Koalitionsvertrags sagen Sie zu Recht, dass Arbeit nicht krank machen darf und dass Sie als Landesregierung ein gutes Vorbild für gute und gesunde Arbeit für unsere Beschäftigten sein wollen. Natürlich sind diese Ansätze richtig und gut. Sie sind mittlerweile zwei Jahre alt, allerdings nicht mit Leben gefüllt worden. Auch deswegen gilt das Fazit aus der Personalkonferenz des DGB aus dem Herbst 2012 immer noch. Da heißt es:

„Der öffentliche Dienst in Schleswig-Holstein ist kein Musterarbeitgeber.“

Begründet wird dies vom DGB mit dem Fehlen eines einheitlichen Gesundheitsmanagements, dem Fehlen verbindlicher Standards, der fehlenden Erhebung der Krankenstände, der unterschiedlichen Einhaltung gesetzlicher Vorschriften und den damit verbundenen sehr unterschiedlichen Qualitäten in den einzelnen Ressorts.

Wer sich wie Sie in Ihrem Koalitionsvertrag einen ausgeglichen Haushalt unter Zuhilfenahme des Abbaus von 5.000 Stellen auf die Fahnen geschrieben hat - das machen Sie richtig -, sollte heute nach etwa der Hälfte seiner Regierungszeit weiter sein, als Sie es jetzt sind beziehungsweise als für uns alle anderen wahrnehmbar ist.

(Beifall PIRATEN)

Unser Nachbar Hamburg ist da schon weiter und hat schon seit zehn Jahren einen solchen Personalmanagementbericht eingeführt, der zudem noch als PDF im Internet abrufbar ist. Das Rad muss also nicht neu erfunden werden. Ein Blick über unseren Tellerrand reicht da.

(Beifall PIRATEN)

In Ihrem Koalitionsvertrag haben Sie vereinbart, sich um den Abbau von Doppelstrukturen kümmern zu wollen, um so Personal einsparen zu können. Welche Doppelstrukturen haben Sie entdeckt, und welche davon sind tatsächlich verzichtbar? Auch darüber wissen wir bisher nichts.

Wie verheerend sich ein fehlendes **Personal- und Gesundheitsmanagement** auswirkt, haben wir zuletzt erfahren müssen, als es um die exorbitant hohen Krankenstände in den Justizvollzugsanstalten Neumünster und Lübeck ging - mit den daraus resultierenden negativen Folgen für einen guten Strafvollzug. Zu den Gesundheitsrisiken hat man dort erst im März 2010 ein Gesundheitsmanagement eingeführt, das sich so nennen darf, obwohl das auf bundesgesetzlicher Ebene schon 2004 so geregelt wurde.

Dennoch: Die sparsame und vollständige Aufgabenerfüllung der Pflichten des Landes in Einklang mit seiner Verantwortung als vorbildlicher Arbeitgeber zu bringen, ist ein äußerst anspruchsvolles Vorhaben, keine Frage.

In Ihrer Regierungserklärung vor knapp zwei Jahren haben Sie gesagt, Herr Ministerpräsident:

„Meine Regierung wird Entscheidungen treffen, Entscheidungen, die gut, fair und“

- jetzt kommt es -

„transparent vorbereitet werden, Entscheidungen, die wir erklären und die wir verantworten. ... Wir sehen es als Daueraufgabe an, die Verwaltung des Landes preiswerter und effizienter zu machen. Staatliche Aufgaben, die heute zum Teil von Landesbehörden, meist aber von den Kommunen ausgeführt werden. ... Wo immer es fachlich möglich

(Wolfgang Dudda)

und geboten ist, werden wir Doppelstrukturen und Doppelzuständigkeiten sowohl innerhalb der Landesverwaltung als auch zwischen Landes- und Kommunalverwaltungen abbauen. ... Nur damit schaffen wir auch die Voraussetzungen, ausgehend vom Wert 2010, bis 2020 10 % der Stellen der Landesverwaltung abzubauen beziehungsweise das Personalbudget entsprechend zu reduzieren. Die demografiebedingten zahlreichen Altersabgänge in den kommenden Jahren werden das auch ermöglichen. Ein zentrales Personalmanagement, federführend geleitet durch meine Staatskanzlei, wird dieses Projekt als eines unserer zentralen Reformthemen vorantreiben.“

Herr Ministerpräsident, nach zwei Jahren habe ich eigentlich erwartet, dass wir darüber ein bisschen mehr wissen. Wir wissen gar nichts.

Weil die Fragen, die hier in meinem Berichtsantrag stehen, so einfach sind, bitte ich darum, darüber in der Sache abzustimmen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Danke schön, Herr Kollege. - Für die CDU-Fraktion hat die Abgeordnete Petra Nicolaisen das Wort.

Petra Nicolaisen [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der **öffentliche Dienst** in Schleswig-Holstein steht in den kommenden Jahren vor großen Herausforderungen. Er wird mit Veränderungen umgehen müssen, die tiefgreifend auch seine Strukturen insgesamt betreffen. Denn in den kommenden Jahren wird es im Personalbereich schmerzhaft Einschnitte geben. Das haben wir gerade vorhin in der Debatte gehört.

Der geplante **Stellenabbau** wird die Anforderungen an die einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter steigen lassen. Die Aufgaben werden natürlich nicht parallel zum Personal abnehmen. Gleichzeitig muss aber auch sichergestellt werden, dass ausreichend qualifizierter **Nachwuchs** für die **Landesverwaltung** zur Verfügung steht. Der öffentliche Dienst unseres Landes darf sich im Wettbewerb um die besten Köpfe nicht abhängen lassen. Um solche Herausforderungen zu meistern, sollten alle Mittel genutzt werden.

Meine Damen und Herren, der Antrag der PIRATEN ist ein Versuch, strukturelle Informationen über Fragen aus dem Bereich der Landesverwaltung zu bündeln und regelmäßig zu aktualisieren. Auch wenn wir als CDU-Fraktion die eine oder andere Anforderung an den Bericht vielleicht anders gestellt hätten, halte ich die Vorgehensweise grundsätzlich für richtig.

(Beifall PIRATEN)

- Meine Fraktion anscheinend nicht.

Der Antrag greift einige wichtige Punkte auf. Die Frage des Gesundheitsmanagements etwa wird in den kommenden Jahren an Bedeutung gewinnen. Ein modernes und zeitgemäßes **Gesundheitsmanagement**, insbesondere mit einer präventiven Ausrichtung, muss eine wichtige Rolle in einer modernen Verwaltung spielen.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt CDU)

Der hohe Krankheitsstand in der JVA - der Kollege Dudda hat es eben angesprochen - sollte uns zu denken geben.

Ich erinnere daran, dass der Landtag in seiner letzten Plenartagung einstimmig einen Antrag der CDU für eine Evaluierung des betrieblichen Wiedereingliederungsmanagements in der Landesverwaltung beschlossen hat.

Meine Damen und Herren, nur wer weiß, was er hat, weiß, was er braucht. Hier habe ich den Eindruck, dass die Landesregierung im Moment teilweise nicht ganz den notwendigen Überblick hat.

Ich möchte auf meine Kleine Anfrage Drucksache 18/638 aus dem März 2013 hinweisen

(Martin Habersaat [SPD]: Das war eine der besten!)

- vielen Dank, Herr Kollege -, in der ich nach Einstellungsvoraussetzungen und nach der Situation in der Landesverwaltung gefragt habe, nach der Zahl der Neueinstellungen in der Landesverwaltung seit 2005, nach den Schulabschlüssen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seit 2005 und nach den schulischen Mindestvoraussetzungen der Stellenausschreibungen.

Aus meiner Sicht waren dies Fragen, die gar nicht so schwer zu beantworten sein dürften. Die Antwort des Ministerpräsidenten hat mich ein bisschen überrascht. Diese lautete wie folgt: Die Fragen können nicht beantwortet werden, weil die erbetenen Daten der Landesregierung als statistische Auswertung nicht vorliegen. Die nachgefragten Daten sind

(Petra Nicolaisen)

für die personalwirtschaftliche Steuerung nicht erforderlich und werden daher nicht erhoben.

Meine Damen und Herren, ich weiß nicht, was hier an Auswertung nötig gewesen wäre. Herr Ministerpräsident, man hätte doch einfach nur zählen müssen.

Diese Anfrage zeigt, dass im Hinblick auf das **Personalmanagement** in der Landesverwaltung noch Optimierungsbedarf besteht. Ich bin daher der Auffassung, dass dieser Antrag ein sehr brauchbares Mittel ist, mit dem die Landesregierung einmal mehr gezwungen wird, sich mit bestimmten Fragen auseinanderzusetzen.

Wir stimmen dem Antrag der PIRATEN zu und warten hoffnungsvoll auf die verwertbaren Ergebnisse der Landesregierung. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die Fraktion der SPD hat die Abgeordnete Beate Raudies.

Beate Raudies [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das hört sich zunächst einmal gut an: ein Personalstruktur- und -managementbericht. Was für ein Wort! Verbunden mit der Aufforderung an die Landesregierung, einen solchen Bericht zu erstellen und jährlich fortzuschreiben, ist die Botschaft klar: Das haben wir noch nicht in Schleswig-Holstein, und die PIRATEN sorgen wieder einmal dafür, dass die Regierung auf den richtigen Kurs kommt.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

Die Krönung ist die Aussage:

„Außerdem soll der Bericht der Information der Öffentlichkeit dienen.“

Die indirekte Botschaft lautet: All die im Antrag geforderten Informationen werden der Öffentlichkeit bisher vorenthalten. Schöne heile Piratenwelt, alles intransparent, alles geheim. Wenn es denn doch so einfach wäre! Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Piratenfraktion, da sind Sie - um im Bild zu bleiben - auf dem falschen Dampfer. Denn viele der von Ihnen geforderten Daten sind bereits verfügbar und auch öffentlich.

Nur einige Beispiele: Erstens. Angaben zum **Personalbestand** und zu den **Personalkosten** finden sich in den Stellen- und in den Haushaltsplänen. Zweitens. Die Landesregierung erstattet dem Parlament

jährlich Bericht über die Frühpensionierungen, zuletzt im Juni 2013 mit Umdruck 18/1349.

Meine Damen und Herren der Piratenfraktion, vielleicht hören Sie mir einmal zu. Dann können wir uns gern weiter auseinandersetzen.

Drittens. Laut § 11 des Gleichstellungsgesetzes des Landes Schleswig-Holsteins sind für alle Behörden Frauenförderpläne mit Zielvorgaben Pflicht. Die Grundlage dafür sind umfangreiche Personalbestandsaufnahmen und -analysen.

Zugegeben, diese Daten werden nicht in einem Gesamtbericht zusammengefasst und sind für die Öffentlichkeit auch nicht immer leicht herauszufinden. Nichts ist so gut, dass man es nicht noch verbessern kann. In diesem Sinne würde ich den Antrag der PIRATEN gern verstehen. Allerdings rennen Sie auch damit Türen ein, die zumindest schon halb offen stehen.

Bereits seit 2008 läuft das Projekt KoPers. Ziel dieses Projektes ist es, das Personalwesen neu zu gestalten und zukunftsfähig zu machen. Neben der Einführung neuer IT-Verfahren gehört dazu auch die Reorganisation des Personalmanagements.

(Wortmeldung Torge Schmidt [PIRATEN])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Lassen Sie eine Bemerkung des Abgeordneten Torge Schmidt zu?

Beate Raudies [SPD]:

Aber selbstverständlich.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Schmidt, bitte.

Torge Schmidt [PIRATEN]: Verehrte Kollegin, ich habe nur eine Frage: Wo finde ich eigentlich ein qualitatives Gesundheitsmanagement?

(Beifall PIRATEN und Dr. Heiner Garg [FDP])

Beate Raudies [SPD]:

Lieber Herr Kollege Schmidt, Sie fordern in Ihrem Antrag einen Personalstruktur- und -managementbericht, aber keinen Gesundheitsmanagementbericht.

(Lachen Dr. Heiner Garg [FDP])

(Beate Raudies)

Wenn Sie, Herr Garg und Frau Klahn, meinen Ausführungen bis zum Ende folgen würden, dann werde ich Ihnen das gern erläutern und erklären.

(Anita Klahn [FDP]: Das ist lieb von Ihnen!)

- Gern. Das ist mir eine große Freude.

Diese Landesregierung hat mit der Einrichtung der Stabsstelle Zentrale Personalentwicklung in der Staatskanzlei die Voraussetzungen für ein zentrales **Personalmanagement** geschaffen, wie es auch im Koalitionsvertrag vereinbart worden ist. Ob ein Personalbericht ein sinnvoller nächster Schritt sein könnte, sollten wir im Ausschuss beraten. Das ist auch der richtige Ort, um Details zu klären und auch um zu klären, wie viel Aufwand für die Erstellung eines solchen Berichts eigentlich betrieben werden müsste. Im Ausschuss können wir auch erörtern, wie sich Ihre Anforderungen mit dem Datenschutz vertragen. Dies gilt beispielsweise für die Erhebung von Angaben zum Migrationshintergrund, meine Damen und Herren von den PIRATEN.

Besonders interessant ist die Begründung Ihres Antrags. In der Begründung ist vom betrieblichen Gesundheitsmanagement die Rede. Dass das ein sinnvolles Instrument ist, stellt niemand in Abrede. Dennoch werden in der Antragsbegründung Behauptungen aufgestellt, ohne dass ein Beweis für die Richtigkeit geliefert wird.

Es ist möglicherweise eine anekdotische Evidenz, aber die Unterstellung, dass Beschäftigte wegen des Stellenabbaus krank werden, finde ich - gelinde gesagt - schwierig. Menschen werden aus diversen Gründen krank. Arbeitsüberlastung und Stress können genauso die Ursache einer Krankheit sein wie Unterforderung, Mobbing am Arbeitsplatz oder Konflikte mit Kollegen und Vorgesetzten oder einfach Viren und Bakterien.

Der Dienstherr kennt zwar die Fehlzeiten, aber nicht Diagnosen und schon gar nicht die Ursachen. Meine Damen und Herren von den PIRATEN, muss ich Ihren Antrag so verstehen, dass die Landesregierung diese persönlichen Daten künftig nicht nur erheben und sammeln, sondern auch noch auswerten soll?

Meine Damen und Herren, die oben genannten Berichte der Landesregierung zu den Frühpensionierungen liefern im Übrigen auch keinen Nachweis zu der Behauptung, die Anzahl der Dienstunfähigkeiten steige. Im Gegenteil, die letzten Berichte weisen nach, dass der Anteil der Bediensteten, die

vorzeitig ausgeschieden sind, von 19,3 % im Jahr 2010 auf 17,7 % im Jahr 2012 gesunken ist.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer?

Beate Raudies [SPD]:

Nein, jetzt möchte ich nicht mehr.

Was diese Behauptungen und Schlussfolgerungen mit einem Personalstruktur- und -managementbericht zu tun haben, hat sich mir bisher noch nicht erschlossen. Ich wüsste also gern, was die PIRATEN mit ihrem Antrag eigentlich genau bezwecken wollen. Deshalb beantrage ich die Überweisung in den Finanzausschuss.

Ich hoffe auf einen Erkenntnisgewinn in den Beratungen und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich der Abgeordneten Ines Strehlau.

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der PIRATEN, einen Personalstruktur- und -managementbericht einzuführen, ist ein Vorschlag, den wir grundsätzlich unterstützen. Wir unterstützen auch die Forderung nach Transparenz. Das Thema ist allerdings schon in Arbeit.

Die angekündigte Reduzierung der Planstellen um etwa 10 % im Zeitraum von 2011 bis 2020 bringt erhebliche Einschnitte mit sich. **Personalabbau** ist immer bitter, und zwar unabhängig davon, ob es um Verwaltungsangestellte im Bereich des Klimaschutzes oder um Finanzbeamte und Steuerprüfer geht. Alle Ressorts müssen sich am Personalabbau beteiligen. Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass die Aufgaben weiter erfüllt werden können.

Der im Antrag geforderte **Bericht** soll jährlich erstellt und Aufschluss über die Personalsituation im öffentlichen Dienst geben. Es besteht jedoch noch Bedarf zur Konkretisierung, welche Daten abgebildet werden sollen. Neben der Verwaltung und den Landesbetrieben ist im Antrag - etwas unverständlich - auch von Einrichtungen die Rede. Was meinen Sie damit?

(Ines Strehlau)

Neben der Transparenz über den Stellenabbau soll der Bericht auch Daten zur Gleichstellung von Männern und Frauen sowie Zahlen zur Beschäftigung von Menschen mit Behinderung darstellen. Dies unterstützen wir.

Bei der Darstellung der interkulturellen Öffnung - gemeint sind offensichtlich Menschen mit Migrationshintergrund - stoßen wir auf ein Datenschutzproblem und auf ein Definitionsproblem. Wer genau soll in der Statistik erfasst werden? Mit welchem Ziel soll dies geschehen?

Der Antrag thematisiert auch die entstehende Arbeitsverdichtung für die verbleibenden Beschäftigten im jeweiligen Bereich. Das ist ein wichtiger Aspekt. Durch einen sinnvollen Einsatz von IT können Prozesse optimiert und eine zusätzliche Belastung aufgefangen werden. So können mit der Einführung von KoPers zukünftig computergesteuerte Abfragen im Personalbereich eine aufwendige händische Auswertung ersetzen und eine Personalsteuerung erst möglich machen.

(Wortmeldung Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

- Nein, ich lasse keine Zwischenfrage zu.

Der Antrag geht auch auf mögliche Krankheitsfolgen ein, die sich aus einer Arbeitsverdichtung ergeben können. Es ist richtig, dass wir beim Stellenabbau nicht die Menschen vergessen dürfen und dass ein Gesundheitsmanagement hilfreich sein kann. Der Antrag fordert jedoch nur allgemeine Daten zur Personalentwicklung und sagt nichts darüber, wie Sie sich ein **Gesundheitsmanagement** vorstellen. Ohne Frage bestehen je nach Tätigkeit ganz unterschiedliche Bedarfe dafür.

Die Begründung des Antrags nimmt ein vermeintliches Ergebnis und ein Fazit aus dem geforderten Bericht vorweg. Ob wir tatsächlich steigende Krankheitsstände haben und - wenn ja - ob sie im Zusammenhang mit dem Stellenabbau stehen, ist Spekulation.

(Wolfgang Dudda [PIRATEN]: Das wollen wir gern wissen! - Unruhe)

Erst einmal könnte der Bericht Aufschluss zu den Krankenzahlen geben. Wenn diese tatsächlich steigen, könnten die Gründe dafür ermittelt werden.

Parallel zum Stellenabbau steht die öffentliche Verwaltung in Schleswig-Holstein vor einem Nachwuchsproblem. Die Werbung um Fachkräfte hat bereits begonnen. Deswegen ist es richtig, dass wir uns aktiv um Nachwuchs bemühen und dass wir

uns bemühen, junge Nachwuchskräfte nach der Ausbildung zu übernehmen und damit ein Abwandern zu verhindern, wenn Stellen altersbedingt in den folgenden Monaten oder Jahren absehbar frei werden. Über diese und andere Mechanismen kann ein Personalmanagementbericht Aufschluss geben und Steuerung ermöglichen.

Wir müssen uns auch darüber klar werden, wo das Land überhaupt Steuerungsmöglichkeiten hat. Es nützt nichts, wenn großer Aufwand betrieben wird und wir am Ende gar keine Handhabe haben, wenn es nicht um die unmittelbare Landesverwaltung geht und das Land nicht zu 100 % beteiligt ist. Wir sollten uns auch vor einer Datensammelwut - das sage ich in Richtung der PIRATEN - hüten - gerade wenn es um sensible Daten wie im Bereich der genannten interkulturellen Öffnung geht. Es muss vorher klar sein, ob und wie solche Daten genutzt werden können, auch aus arbeitsökonomischen Gründen.

Es gibt viele ungeklärte Punkte. Deshalb beantrage auch ich Überweisung an den Finanzausschuss. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Dr. Heiner Garg.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Ich bin - offen gestanden - etwas sprachlos nach dem Redebeitrag der Kollegin Raudies. Um es höflich auszudrücken: Was Sie hier an Ignoranz gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im öffentlichen Dienst abgeliefert haben und dass Sie so tun, als gäbe es keine Arbeitsbelastung, keine zusätzliche Arbeitsverdichtung durch den Personalabbaupfad, finde ich ungeheuerlich.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Der Ministerpräsident ist in dieser Frage schon wesentlich weiter und hat selber eingeräumt, dass man bislang herzlich wenig über das Personal weiß und sich relativ wenig damit auseinandergesetzt hat, was an begleitenden Maßnahmen notwendig ist, um den **Personalabbau** im wahrsten Sinne des Piratenantrags zu managen. Das ist keine schöne, heile Piratenwelt, sondern das sind die dringenden Erfordernisse, wenn man es mit dem Personalabbaupfad wirklich ernst meint und ihn professionell begleitet.

(Dr. Heiner Garg)

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Es mag sein, dass das Arbeit macht. Es mag auch sein, dass das dem einen oder anderen nicht passt. Aber dazu sind wir hier als Parlament, und wenn die Landesregierung nicht selber auf die Idee kommt, ist es vollkommen richtig, dass das Parlament diese Initiative ergreift.

Es spricht nicht unbedingt für Ihr Verständnis, dass Sie diese Initiative, die ich richtig finde, weil das bisher fehlt, in den Ausschuss überweisen wollen. Der kann man in der Sache zustimmen, was die FDP-Fraktion im Übrigen tun wird. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort hat der Abgeordnete Lars Harms für die Abgeordneten des SSW.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir hören und debattieren im Landtag das Thema Personal in verschiedenen Bereichen. Wir sprechen über Personalplanung und **Personalmanagement**, wenn es um Gleichstellung geht oder auch um die ausreichende Unterrichtsversorgung. Nun kann man zu Recht sagen, dass dieses Stückwerk keinen Gesamteindruck über das Personal des Landes Schleswig-Holstein bieten kann. Dem stimme ich zu.

Allerdings hat die Landesregierung erhebliche Anstrengungen zur Verbesserung des Personalmanagements unternommen, die bis in die Korruptionsrichtlinie hinein transparent und nachvollziehbar sind. Das neue IT-Verfahren Kooperation Personaldienste - kurz **KoPers** - läuft gerade in seiner ersten Praxisphase. KoPers soll die Grundlage für ein modernes und serviceorientiertes Personalmanagement sein, in dem die Aufgabenbereiche der Personalverwaltung mit denen der Personalabrechnung stärker verzahnt werden.

Damit soll das ermöglicht werden, was jetzt im Antrag beantragt wird. Ich erwarte von KoPers, dass wir zukünftig per Knopfdruck den Ist-Zustand in Sachen Personal erkennen können, aufgeschlüsselt nach Ressort und Behörde. Zugegeben ist eine solche Statistik allein noch nicht aussagekräftig. Die Daten müssen in Beziehung zueinander gesetzt und interpretiert werden.

Um ein Beispiel zu nennen: Noch ist die Personalausstattung in unserer Landesverwaltung vergleichsweise in Ordnung, aber in absehbarer Zeit droht eine Pensionierungswelle, der jetzt entgegen gearbeitet werden muss. Genau dies soll nun besser geplant werden können. Schon heute sollten wir erkennen können, für welche Bereiche wir wann junge Leute ausbilden müssen und in welchen Bereichen möglicherweise um externes Personal geworben werden muss.

Wir sollten abwarten, wie sich KoPers bewährt. Ich warne davor, darüber hinaus ein neues Berichtssystem zu etablieren, bevor KoPers zeigt, was es kann. Angesichts der enormen Kosten für die Anschubfinanzierung von KoPers sollten wir keine weiteren teuren Doppelstrukturen aufbauen. Genau das würde aber passieren, wenn die Landesregierung die im Antrag geforderten Daten, vor allem die Krankentage, ressortweise neu erheben müsste.

Allerdings möchte ich auf einen schwierigen Punkt im Antrag der PIRATEN aufmerksam machen. Ich verstehe die Forderung, nicht nur Geschlecht und Behinderung jedes Beschäftigten zu erfassen, was selbstverständlich bereits jetzt geschieht. Schwieriger ist es da - ich zitiere jetzt aus dem Antrag -, „die Personalstruktur mit besonderer Berücksichtigung der ... interkulturellen Öffnung“ der Männer und Frauen, die im öffentlichen Dienst des Landes stehen, zu dokumentieren. Das ist sicherlich nicht ohne Grund so schwammig formuliert. Es geht wohl darum, dass die PIRATEN wünschen, dass das Personal im öffentlichen Dienst die Vielfalt unseres Landes widerspiegelt. Da gehe ich natürlich auch mit.

(Beifall PIRATEN)

Aber ich frage mich, wie diese Öffnung dokumentiert werden soll. Gehen die PIRATEN davon aus, dass jemand nach dem Namen identifiziert wird, also Martin spricht friesisch und Özdemir türkisch? Oder sollen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst gezwungen werden, ihren kulturellen Status oder ihre kulturelle Herkunft, Zugehörigkeit oder was auch immer, vor ihrem Arbeitgeber zu erklären? Wenn ja, wie? Türke zweiter Generation oder eingetragene Syrerin oder Sinto? Bereits hier zeigt sich ganz praktisch, dass dieser Ansatz politisch höchst gefährlich sein kann.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer?

Lars Harms [SSW]:

Selbstverständlich gern.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Vielen Dank, dass Sie als Erster von Ihren Kollegen die Souveränität haben, mir zu erlauben, die Frage zu stellen, die ich von Anfang an stellen wollte, und zwar betreffend den Migrationshintergrund. Es ist beklagt worden, das würde gegen den Datenschutz. Hat sich die Koalition nicht selbst zum Ziel gesetzt, den Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund in der Landesverwaltung zu erhöhen? Das setzt doch voraus, dass man weiß, ob Menschen einen Migrationshintergrund haben. Liegen für Teilbereiche der Landesverwaltung nicht sogar schon Zahlen vor, wie viel Prozent der Beschäftigten einen Migrationshintergrund haben? Wird im Bereich der Statistik - Thema Mikrozensus - nicht erhoben, ob Menschen von ihren Eltern her einen Migrationshintergrund haben? Wir hätten also sehr wohl Möglichkeiten, im Schutz der Anonymität - gegebenenfalls durch Stichproben - zu sehen, ob das Konzept funktioniert, das schon auf den Weg gebracht worden ist.

(Beifall PIRATEN)

- Herr Kollege Breyer, im Ziel sind wir uns alle einig. Ich habe bewusst davon gesprochen, dass das schwammig formuliert ist, weil man genau weiß, dass es schwierig ist, dies zu fassen. Wenn wir über Interkulturalität reden, reden wir ja nicht nur über Menschen, die hierher gekommen sind, sondern auch über Menschen, die hier schon leben. Einen Sinto zu fragen: „Kannst du Romanes, willst du dich als Sinto bekennen?“, und das in eine öffentliche deutsche Statistik einzugeben, ist für diese Menschen nicht erträglich.

(Wolfgang Dudda [PIRATEN]: Das wollen wir auch nicht!)

- Das wollen auch Sie nicht, das ist mir klar. Deswegen spreche ich an, dass das ein echtes Problem sein kann. Wir haben hier eine Problematik, über die man nachdenken muss. Wir haben das gleiche Ziel, mehr **Interkulturalität** in der **Landesverwaltung**, aber die Umsetzung kann schwierig sein. Ich werde gleich einen Vorschlag machen, wie man es machen kann. Ich wollte deutlich darauf hinweisen, dass wir da ein Problem haben.

(Unruhe)

Das betrifft nicht nur die Menschen, die zu uns gekommen sind oder in dritter, vierter, fünfter Gene-

ration hier leben, die man schwer fassen kann - das habe ich gerade eben beschrieben -, sondern es geht auch um die Menschen, die einer Minderheit angehören. Da will ich gern an den Kern der Bonn/Kopenhagener Erklärungen erinnern, wonach das Bekenntnis zum dänischen Volkstum und zur dänischen Kultur frei ist. Das darf von Amts wegen - das wäre es dann ja - nicht bestritten und nicht nachgeprüft werden. Gleiches gilt nach dem Friesisch-Gesetz zum Beispiel auch für die friesische Minderheit. Diese bewährten Grundsätze, die man auch auf Menschen mit Migrationshintergrund übertragen könnte, sollten wir eben nicht - auch wenn die Gründe noch so achtbar sind - über Bord werfen.

Die PIRATEN wollen eine kulturelle Öffnung, schütten dann aber ein wenig das Kind mit dem Bade aus und erzeugen nach meiner Auffassung und der der Vorredner datenschutzrechtliche Probleme. Das sei aber jetzt dahingestellt, weil - wie ich schon gesagt habe - es von mir noch einen Lösungsvorschlag gibt. Es geht nach meiner Auffassung viel einfacher: Man muss einfach nur die sprachlichen Fähigkeiten der Bediensteten erfassen. Dies ist ein wertfreies Kriterium ohne den Zwang, sich zu welcher Kultur auch immer zu bekennen, denn man kann ja auch Sprachen erlernen.

Ich gehe noch ein Stück weiter: Die sprachlichen Fähigkeiten sollten dann auch als Einstellungskriterium genutzt werden, wie es beispielsweise schon für die friesische **Minderheit** im Friesisch-Gesetz gesetzlich geregelt ist. Da gibt es noch viel zu tun. Wenn die sprachlichen Fähigkeiten erfasst sind, weiß man auch, wie interkulturell unsere Verwaltung in ihrer Gesamtheit ist - sei es in Bezug auf Sprachen unserer Nachbarn oder von Einwanderergruppen, oder sei es in Bezug auf die heimischen Regional- und Minderheitensprachen. Ich gehe davon aus, dass KoPers genau dies leisten können. Genau darum geht es mir. Es geht nicht darum - ich glaube, auch den PIRATEN nicht -, dass sich jemand dazu bekennt, er sei türkischstämmig in der dritten Generation hier und könne auch noch Türkisch. Darum geht es gar nicht.

Stattdessen geht es darum, dass sich diese Kulturalität in der Verwaltung widerspiegelt. Der Kern der Kulturalität ist im Prinzip die Sprache. Wenn man die erfasst - es gibt durchaus auch Sprachen, die man erlernt haben kann, durch einen Auslandsaufenthalt irgendwo, durch Schule oder Ähnliches - und es bewertet und dann, was ganz wichtig bei dem Ziel ist, das auch als Einstellungskriterium nutzt, also nicht nur ganz schwammig sagt, man

(Lars Harms)

könne das irgendwo aufschreiben, aber dann gilt es nicht, sondern dass man es als Einstellungskriterium nutzt, weil man das Ziel hat, als Verwaltung interkulturell besser aufgestellt zu sein, dann sind wir auf dem richtigen Weg, und ich glaube, dann sind wir uns auch einig.

Deswegen ist es auch ein kluger Weg, den Antrag mit den Ideen, die da drinstecken, dem Ausschuss zu überweisen und dann zu schauen, ob das in irgendeiner Art und Weise mit KoPers kompatibel ist. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Wir kommen jetzt zu den Dreiminutenbeiträgen. Den ersten Beitrag leistet Frau Abgeordnete Raudies, die jetzt das Wort für die SPD-Fraktion hat.

Beate Raudies [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Wortmeldung von Herrn Garg bringt mich dazu, eine Sache klarzustellen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Sehr gut!)

Herr Garg, die Fragen der Arbeitsverdichtung und der Belastung der Bediensteten habe ich in meiner Rede nicht angesprochen. Das können Sie mir zu Recht vorwerfen. Das war nicht das Thema meiner Rede. Was ich mir von Ihnen nicht vorwerfen lasse, ist Ignoranz gegenüber den Bediensteten der Landesverwaltung.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das habe ich hier mit keinem Wort ausgedrückt. Das weise ich entschieden zurück. Ich habe selbst 27 Jahre in der Verwaltung gearbeitet. Ich weiß, wie **Arbeitsverdichtung** in der **Verwaltung** in den letzten Jahren aussieht.

Im Gegenteil: Durch die Überweisung in den Ausschuss haben wir die Gelegenheit, gemeinsam zu überlegen, welche Daten für diesen Bericht wirklich erforderlich sind. An Datenfriedhöfen sollten wir nämlich alle kein Interesse haben. Nichts ist schlimmer als ein hundertseitiger Bericht, den niemand mehr liest und bei dem keiner am Ende mehr weiß, was darin steht.

Im Ausschuss sollten wir zunächst ermitteln, welche Daten bereits vorhanden sind und mit möglichst wenig Aufwand für die Verwaltung zusammenge-

stellt werden können. Ich habe auch aufgrund meiner Erfahrung nämlich etwas dagegen, wenn Verwaltung sich zu viel mit sich selbst beschäftigt. Dafür ist sie nämlich auch nicht da. Das kann ich Ihnen noch sagen.

Dann werden wir sehen, was fehlt, und dann können wir gemeinsam entscheiden, was uns an Daten noch wichtig ist. Das hilft uns weiter als ein Schnellschuss, wie ihn die PIRATEN heute vorschlagen. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu der Ausschussüberweisung.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion der PIRATEN hat jetzt Herr Abgeordneter Dr. Patrick Breyer das Wort.

(Zuruf)

- Das hat sich erledigt. Danke schön. - Dann sehe ich keine weiteren Wortmeldungen. Jetzt hat die Landesregierung das Wort. Das Wort erteile ich Herrn Ministerpräsident Torsten Albig.

Torsten Albig, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Brauchen wir Daten, für ein vernünftiges Personalmanagement? - Ja, selbstverständlich brauchen wir sie! Brauchen wir bessere Daten als wir sie haben? - Ja, selbstverständlich brauchen wir sie!

2012 haben wir - warum auch immer das so war - keine Grundlage irgendeiner brauchbaren Art vorgefunden. Wir sind seit 2012 und 2013 im zentralen **Personalmanagement** dabei, dieses zu korrigieren. Wir sind dabei, ein **Projekt KoPers**, das - warum auch immer - im Kern vor die Wand gefahren war, wieder auf die Füße zu stellen, es gemeinsam mit Hamburg ans Laufen zu bringen. Das wird jetzt in den ersten Bezahl-elementen erarbeitet, darüber freuen wir uns, und es wird uns als Personaldaten- und -managementtool in die Lage versetzen, all das zu tun, was Sie im Wesentlichen völlig richtigerweise in dem Antrag seitens der PIRATEN fordern.

(Beifall PIRATEN)

Genau das ist Ziel. Wenn ich mir die Personalberichte anschau, die Sachsen-Anhalt oder Hamburg hat, dann sage ich: Genau das braucht jede gute Verwaltung. Wir steuern und fahren im Nebel. Da ist schon die Frage, wie es möglich war, dass diese Regierung in den letzten Jahren ein Personalabbaukonzept aufgestellt hat, ohne eigentlich zu wissen, wofür ein **Personalabbaukonzept** aufgestellt wird.

(Ministerpräsident Torsten Albig)

Auf der Datenbasis, die wir vorgefunden haben, war es schlichtweg eigentlich gar nicht möglich, das mit vernünftiger Begründung zu tun. Es ist trotzdem geschehen. Wir sind dabei, auch das vom Kopf auf die Füße zu stellen.

Es gibt also keinen Dissens, dass wir als größter Arbeitgeber im Land mit über 56.000 Beschäftigten eine solche Datengrundlage brauchen. Wir brauchen sie für den Weg des Personalabbaus, wir brauchen sie aber noch viel mehr für den Weg der Personalsteuerung und des Personalmanagements: Was wissen wir über unsere Leute im Alter von 17 bis 67? Welche Bedarfe haben sie? Welche Fortbildungsnotwendigkeiten haben sie? Wo bestehen gesundheitliche Probleme welcher Couleur? Wie gehen wir damit um? - All das ist extrem unterschiedlich, und es ist etwas völlig anderes, ob Sie das im Straßenbau abfragen, in der JVA oder in der Staatskanzlei abfragen.

Ich bin sehr dankbar, dass zumindest die PIRATEN mit einigen anderen Fraktionen die Gelegenheit genutzt haben, mit der Leiterin des zentralen Personalmanagements dazu ein Gespräch zu führen. Herr Dudda, Sie selbst konnten nicht dabei sein, deshalb wiederholen wir das sehr gern mit Ihnen. Wir wollen in diesem zentralen Personalmanagement das zum ersten Mal so steuern und auch die Ressorts so begleiten, dass wir verlässliche, vergleichbare Daten haben, um in diesem sehr komplizierten Prozess, der uns insbesondere bei der Frage herausfordern wird, wie wettbewerbsfähig wir mit Angeboten am Markt sind, wie wettbewerbsfähig wir sind, wenn wir auf der Gehaltseite nicht mit jedem Wirtschaftsunternehmen mithalten können, Angebote zu machen, bei denen die Beschäftigten sagen: Im Gesundheitsmanagement sind die vorbildlich, in der Art der Aus- und Weiterbildung sind die vorbildlich, in der Art und Weise der Abdeckung von Bedürfnissen in meinen verschiedenen Lebensphasen sind die vorbildlich.

Das geht aber nur, wenn ich eine Vorstellung davon habe, was meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gerade umtreibt, wo sie stehen. Auf der Datenbasis, die wir haben, geht es nicht.

(Beifall PIRATEN)

Zentrales Gesundheitsmanagement: Das verhandeln wir in der Tat im Moment. Wir wollen in diesem Sommer zum Abschluss kommen. Es gibt da noch keinen Abschluss, den wir hätten vorlegen können. Das Ziel, das mit den Gewerkschaften vereinbart ist, ist, das in diesem Sommer vorzulegen. Das wird ein Rahmenwerk sein, das dann in den

einzelnen Ressorts und Bereichen zu übersetzen sein wird - auch mit unterschiedlichen Folgen. Aber ich bin ganz zuversichtlich, dass es uns mit den Spitzenverbänden gelingen wird, dieses Rahmenwerk vorzulegen, das nicht trivial ist. Es gibt großes Interesse bei den Gewerkschaften, das dem Grunde nach zu machen, aber aus nachvollziehbaren Gründen bei der Frage, woran es genau liegt, eher wieder abstrakter zu sein, statt da zu etwas zu kommen, mit dem wir vernünftig arbeiten können.

Erlauben Sie mir den Hinweis, die pauschale Aussage: „Es wird immer schlimmer, was Krankheit angeht“, ist nicht ganz zutreffend. Wenn Sie die durchschnittliche Dienstunfähigkeitsquote 1995 bis 2012 nehmen, dann sehen Sie, dass sie bei 24 % lag. Im letzten Jahr lag sie bei 17,7 %. Es gibt also durchaus auch Bewegung in die andere Richtung. Wir haben auch ansonsten keinen Hinweis darauf, dass es dort gerade eine dramatische Verschlechterung gibt, ohne aber in Abrede zu stellen, dass Arbeitsverdichtung oder Ähnliches genau in dieses Segment hineindrückt.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer?

Torsten Albig, Ministerpräsident:

Sehr gern.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Eine Nachfrage, Herr Ministerpräsident: Sie haben gesagt, nach Abschluss der Rahmenvereinbarung müsse das auf die einzelnen Ressorts heruntergebrochen werden. Welchen Zeitplan oder Zeithorizont haben Sie da? Wann können wir damit rechnen?

Torsten Albig, Ministerpräsident:

Im Sommer werden wir die Rahmenvereinbarung haben. Dann geht es sofort in die Ressorts, von der JVA bis zum Straßenbaubetrieb. Es geht dann darum zu erfahren: „Was heißt das für euch?“ Es geht auch darum, dort im Detail mit den Personalvertretungen gemeinsam zu überlegen, wie wir das übersetzen können - von der Rückenschule bis hin zu der Frage, wie ich mit Burnout-Syndromen umgehe und wie ich das präventiv abfedern kann -, und darum, richtige und vernünftige Angebote zu machen.

(Ministerpräsident Torsten Albig)

Im Augenblick ahnen wir mehr, als dass wir es genau wüssten. Insbesondere in den großen Personal-körpern - bei Polizei sowie Lehrerinnen und Lehrern - sind wir absolut im Unklaren, wie genau die Situation aussieht.

Das bedaure ich genau wie Sie, aber ich stelle es fest. Meine herzliche Bitte an Sie ist, in der Tat keinen **zweiten Prozess zu initiieren**. Von der Erkenntnis her hilft es uns nicht bei dem, was wir gerade etablieren. Ich bin mit Ihnen vollkommen d'accord. Bei einzelnen Begrifflichkeiten, die Sie aufgeführt haben, ist es wichtig, sie im Ausschuss noch einmal zu schärfen: Was meinen Sie mit Einrichtungen? Was meinen Sie mit interkultureller Öffnung und Ähnlichem? Da ist der Ausschuss gut geeignet, damit wir dann auch richtig davor sind.

Machen Sie aber keine überrollenden Prozesse. Sie kosten bei dem sehr wichtigen Ziel sehr viel Zeit. Ich bin genau wie Sie daran interessiert, so früh wie möglich Daten zu erhalten. Dass wir sie nicht haben, ist kein Zeichen von politischer Qualität. Das ist keine Frage. Aber ich kann sie nicht herzaubern, sondern ich muss sie erarbeiten lassen. Es ist ein komplizierter Weg, das zu erarbeiten. Geben Sie uns daher das halbe Jahr, in den **Umsetzungsprozess** zu gehen, sodass wir Ende des Jahres ganz sicherlich deutlich weiter sind und wissen, wie Gesundheitsmanagement auch für die Detailbereiche aussieht. Wir werden im Sommer berichten, und wir werden Ende des Jahres berichten, wie weit wir mit der Umsetzung auf der jeweiligen Arbeitsebene vorangeschritten sind.

Die Probleme der **interkulturellen Öffnung** und des **Migrationshintergrunds** sind mehrmals angesprochen worden. Ich will sie nicht vertiefen. Wir haben 56.000 Beschäftigte. Wir haben dies bisher nie abgefragt. Eine schlichte Frage im Einstellungsbogen wird mit Sicherheit nicht zulässig sein. Wir wissen es schlicht nicht. Sie können es als Gefühl erheben. Das hat jeder von uns, der in der Verwaltung ist. Wir haben aber keine präzise Datenbasis. Wir brauchen ein Verfahren, die Daten zu generieren.

Früher hatten wir immer die Grundhaltung, wir wollen es nicht wissen. Das war auch ein legitimer Ansatz. Er ist nicht zu kritisieren. Jetzt drehen wir es. Völlig richtig sagen Sie: Wie wollen Sie es eigentlich kontrollieren, dass Sie in diesem Bereich mehr Beschäftigte haben, wenn Sie es nicht abfragen? Es gab immer aber auch große Besorgnisse bei den Interessenverbänden der Menschen mit Migrationshintergrund, genau dies zu tun, eine Stigmatisierung aufzubauen. Im Augenblick denken wir

eher in die Richtung **anonymer Bewerbungsverfahren**. Ungefähr 1.800 Einstellungen in dem Bereich haben wir.

(Beifall PIRATEN)

Sie zu anonymisieren, also das Gegenteil zu machen und das zusammenzubringen und beides miteinander zu verbinden, das ist die große Herausforderung. Wir sind auf einem guten Weg.

Inhaltlich unterstützen wir Ihren Antrag voll und ganz. Genau das wollen wir, und das werden wir tun. Wir berichten Ihnen gern zu jeder Zeit, jedenfalls zu fast jeder Zeit, durch das zentrale Personalmanagement, wo immer Sie das mögen. Das gilt auch für die anderen Fraktionen. Meine Bitte ist, im Ausschuss die Daten oder die Begrifflichkeiten noch einmal zu schärfen. Sobald wir Daten haben, legen wir sie Ihnen sehr gern vor. Sinnvoll wäre es, das Anfang 2015 zu machen. Dann haben wir aus KoPers die ersten Daten. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Es sind diverse Anträge gestellt worden. Von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist ein Überweisungsantrag gestellt worden, von den PIRATEN ein Sachantrag.

Zunächst stimmen wir über den Überweisungsantrag ab. Wer für eine Überweisung an den Finanzausschuss - - Gibt es weitere Vorschläge?

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Sozialausschuss! - Zuruf: Innen- und Rechtsausschuss!)

- Vielen Dank. Federführend Finanzausschuss, mitberatend Sozialausschuss und Innen- und Rechtsausschuss. Gibt es dagegen Einwände? - Das sehe ich nicht.

Dann stimmen wir jetzt über den Überweisungsantrag ab. Wer der Überweisung an den Finanzausschuss mitberatend an den Sozialausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss, seine Zustimmung geben will, den bitte in um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Abgeordneten des SSW und des Abgeordneten Dr. Breyer gegen sie Stimmen der restlichen Abgeordneten der PIRATEN, der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion an diese Ausschüsse überwiesen worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 38 auf:

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

Für eine transparente verbraucherfreundliche Kennzeichnung von Herkunft und Haltungsform bei tierischen Lebensmitteln

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/1871

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. - Ich eröffne die Aussprache. Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Abgeordneter Kirsten Eickhoff-Weber das Wort.

Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Immer wenn wir über mehr Tierwohl und Tiergerechtigkeit in der Nutztierhaltung diskutieren, sind wir uns einig, dass eine **artgerechte Haltung** ausdrücklich wünschenswert ist.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Sven Krumbek [PIRATEN])

Nach dieser Feststellung kommt dann das Aber. Wenn wir unsere Standards heraufsetzen, dann steigen die Preise, die **bäuerliche Landwirtschaft** kann im **Wettbewerb** dann nicht mehr bestehen. In anderen Ländern gelten unsere Standards nicht. Da kann billiger produziert werden. Zunehmend wächst bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern das Bewusstsein für - auch im Sinne von Tierwohl - gut produzierte Lebensmittel.

(Beifall Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Flemming Meyer [SSW] - Unruhe)

Dabei geht es nicht nur um ökologische Produkte, sondern auch

(Glocke des Präsidenten)

um regionale Erzeugnisse aus der konventionellen Landwirtschaft. Um das tun zu können, um mit Gewissheit das Gewünschte kaufen zu können, brauchen die Verbraucherinnen und Verbraucher eine **zuverlässige Kennzeichnung** der Lebensmittel.

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Die Bezeichnungen, die im Lebensmitteleinzelhandel verwendet werden, sind Ergebnisse der Texter aus der **Marketingabteilung**: Bauernglück, Hofgut, Hühnerspaß oder Schweinelust, all diese Emphasen suggerieren eine heile Welt, haben aber mit der Wirklichkeit der Nutztierhaltung, mit Haltungsbedingungen, nichts zu tun.

(Beifall SPD, Flemming Meyer [SSW] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Deshalb ist die **europaweit verbindliche** Kennzeichnung der Herkunft und Haltungsform von tierischen Lebensmitteln der richtige Weg. Die bestehende Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 bietet Ansätze für eine entsprechende Kennzeichnung.

Im Januar hat die EU-Kommission einen Vorschlag zur Herkunftsbezeichnung von Fleisch vorgelegt. Das Europäische Parlament forderte daraufhin, den Vorschlag zurückzuziehen, weil er eben bei Weitem nicht ausreichend war. Denn das Parlament hatte schon während der Verhandlungen zur Verordnung 2010 deutlich gemacht, dass die Kennzeichnung neben dem Ort der Zucht und der Schlachtung auch das Geburtsland enthalten muss.

Hier wäre es auch möglich, durch eine klar erkennbare und handhabbare Kennzeichnung ein verbraucherfreundliches System zu entwickeln, eine Kennzeichnung nach Herkunft und Haltungsform, die Verbraucherinnen und Verbrauchern in ganz Europa die Möglichkeit eröffnet, sich bewusst zu entscheiden.

(Beifall SPD und Flemming Meyer [SSW])

Wir Verbraucher müssen die Freiheit haben, uns für Tiergerechtigkeit und Tierwohl entscheiden zu können. Nur so haben wir die Möglichkeit und die Kraft, durch unser Einkaufsverhalten Einfluss auf die Haltungsbedingungen unserer Nutztiere zu nehmen.

Für die Schweine, für unsere Schweine, ist die geplante **Initiative Tierwohl** eine Perspektive - nach den letzten Informationen muss man wohl feststellen: sie war eine Perspektive. Vertreter der Fleischbranche sind sich einig, dass die Verbesserung des Tierwohls aktiv angegangen werden muss. Das geht aber eben nur mit dem Handel. Denn hier wird das Geld verdient.

Die Initiative Tierwohl ist davon abhängig, dass der Lebensmitteleinzelhandel das Projekt mitfinanziert. Wenn aber die in Aussicht gestellten Mittel nicht oder nur in begrenztem Umfang zur Verfügung gestellt werden, können die Bonuszahlungen an die Landwirte zur Finanzierung höherer Haltungsauflagen, besserer Haltungsbedingungen, eben nicht zugesagt werden. Der gute Ansatz droht am **Preiskampf des Handels** zu scheitern.

Schauen wir ein paar Wochen zurück. Da haben wir erlebt, dass bei den Discountern eine neue Billigpreisrunde beim Fleisch eingeläutet wurde. Mit den

(Kirsten Eickhoff-Weber)

günstigen Lebensmittelangeboten sollten die Kunden gelockt werden. Auf wessen Kosten? Maximal 10 ct verdient ein Mäster am Hähnchen. Das ist unerträglich in den Konsequenzen für das Tierwohl und für die landwirtschaftlichen Betriebe.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir müssen unsere Tierhaltungen an die Bedürfnisse der Tiere anpassen. Das hat seinen Preis. Wir wissen, dass viele Menschen bereit sind, dafür mehr Geld auszugeben, aber eben nur dann, wenn sie den Informationen, den Kennzeichnungen, vertrauen können. Es ist jetzt Zeit zu handeln. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag. - Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die CDU-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Heiner Rickers das Wort.

Heiner Rickers [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben schönes Wetter. Aber Ihr Antrag ist aus unserer Sicht - es tut mir leid, das so sagen zu müssen - ein Schönwetterantrag.

(Beifall Oliver Kumbartzky [FDP] - Zuruf SPD: Jetzt kommen die Wolken!)

- Ja, jetzt kommen die Wolken. - Warum ein Schönwetterantrag? Sie fordern berechtigterweise die Landesregierung auf, sich für die Einführung einer Kennzeichnung der Herkunft und Haltungsformen bei tierischen Lebensmitteln einzusetzen. Frau Eickhoff-Weber, ich bin Ihnen dankbar, dass Sie das „tierisch“ bei Ihrer Einführung weggelassen haben. Damit gälte Ihre Forderung für alle Lebensmittel. Das könnten ich und meine Fraktion grundsätzlich nur begrüßen. Wir begrüßen grundsätzlich auch einen solchen Antrag. Wer will nicht mehr **Lebensmittelsicherheit**? Wer will nicht eindeutig erkennen und entscheiden, woher ein Produkt stammt - egal, ob es sich um ein Lebensmittel mit tierischem Zusatz oder um Gemüse handelt?

(Zuruf SPD)

- Vielen Dank für den Hinweis nicht nur von der neuen, sondern auch von der alten Tierschutzpartei.

Wir können den Antrag im Grundsatz nur begrüßen. Dazu eine Pressemeldung vom heutigen Vor-

mittag. Heute Morgen konnte ich in „NDR Info“ vernehmen - ich weiß nicht, ob der Wirtschaftsminister noch da ist -, dass sich die Verbraucherministerkonferenz auf Bundesebene für eine Kennzeichnung eingesetzt hat - allen vorweg unser Landwirtschaftsminister -, die darauf hinweist, woher das Eirohprodukt in Ihrem Kuchen stammt, sofern Sie vermuten, dass Eiprodukte eingesetzt werden.

Wir haben hier schon mehrmals darüber diskutiert. Sie wissen, Ei wird in großer Menge nicht als Frühstücksei zu sich genommen, sondern in der Regel in verarbeiteten Lebensmitteln. Über 70 % der **Eier** werden als aufgeschlagenes Rohei verwertet. Auch darüber haben wir hier mehrmals diskutiert. Die Masse wird nicht vornehmlich bei uns hergestellt, weil wir angeblich für den Lebensmitteleinzelhandel nicht konkurrenzfähig sind, sondern dort, wo die Hühner leider noch in Legebatterien, in Käfigen gehalten werden. Das kann nicht sein.

Jetzt kommt die kritische Frage: Wie wollen Sie gewährleisten - auch darüber streiten wir uns im Grundsatz im Parlament immer wieder -, dass Sie nicht genau die damit abstrafen, die wir stützen und politisch für richtig halten? Das sind kleine **Unternehmen**, die nicht in der Lage sein werden, einen solchen Antrag umzusetzen, weil sie wahrscheinlich in der Umsetzung daran scheitern werden, um rechtsicher nachzuweisen, dass sie die Lebensmittel, die tierische Inhalte haben, so kennzeichnen, dass das in der Praxis laufen wird.

Sie wissen genau: Im **Lebensmitteleinzelhandel** ist das System so gut organisiert, dass die Kennzeichnung dort wahrscheinlich kein Problem darstellen wird. Hier ist mehrmals angesprochen worden: Wie läuft es mit denen, die in den politisch gewünschten **Kleinstrukturen** arbeiten? Sind sie in der Lage, diese bürokratischen Anforderungen zu erfüllen? Sind sie in der Lage, ein bearbeitetes Produkt - denken Sie an den Burger, der selbstgemacht wird, an das darin verwendete Hackfleisch - so zu kennzeichnen, dass die Produkthaftung rechtsicher greift und rechtsicher nachgewiesen werden kann, wo das Lebensmittel herkommt? Das wird nicht einfach sein. Diese Betriebe werden Probleme bekommen.

Frau Eickhoff-Weber, Sie haben richtig dargestellt, dass das **Tierwohllabel** im Ansatz gut gedacht ist, sich im Moment aber in der Warteschleife befindet. Auch da fragt man sich, warum. Ist das der Wille derer, die im großen Stil Fleisch verarbeiten und nicht wollen, dass das ganze System umgesetzt wird? Das bezweifeln wir. Wir wissen, dass die Gesellschaft kritischer geworden ist. Oder liegt es ein-

(Heiner Rickers)

fach daran, dass sich niemand - weil einfach kein Maß besteht - richtig dafür engagiert? Wir fragen uns also: Wie wollen Sie es umsetzen, und - letzter Punkt - wie wollen Sie es kontrollieren?

Auch dazu eine Pressemitteilung von der **Verbraucherschutzministerkonferenz** in der letzten Woche. Darin wird gesagt, dass selbst eine **Hygieneampel**, wie wir sie schon mehrfach hier diskutiert und für den Bereich der Gaststätten gefordert haben, im Rahmen eines Kontrollsystems in Schleswig-Holstein absolut nicht umsetzbar sei. Mit dem, was da besprochen worden ist, wird eher Schaden angerichtet. Wer als ein gelber oder roter Betrieb eingestuft wurde, also in irgendeiner Form gegen Hygienemängel verstoßen hat, muss auch rechtzeitig die Chance haben, wieder auf grün zu kommen. Das wäre in einem solchen System - diese Aussage kommt von unserem Wirtschaftsminister Herrn Meyer - ganz schwer umzusetzen. Also würden wir da mehr Schaden anrichten als Nutzen bringen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Kommen Sie bitte zum Ende.

Heiner Rickers [CDU]:

Insofern möchte ich das Ganze im Ausschuss aufgreifen. Ihren Antrag in dieser doch offenen Form aber lehnen wir ab.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Wollen Sie Ihre Rede verlängern, Herr Abgeordneter? Dann dürfen Sie eine Frage beantworten.

Heiner Rickers [CDU]:

Ja, gern.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön.

Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]: Herr Kollege Rickers, die von Ihnen dargestellten Probleme liegen natürlich auf der Hand. Alles muss kontrollierbar und nachvollziehbar sein. Aber beim Rindfleisch ist seit der BSE-Krise etwas gelungen, was auch von den Betrieben gemeistert wird, was vom Handel gemeistert wird, was auch von kleinen Betrieben bewältigt wird. Kann das nicht ein Beispiel sein, an dem sich so etwas orientieren könnte?

Heiner Rickers [CDU]:

Ja, könnte. Aber auch da - ich will Sie nicht belehren - muss ich Sie zumindest verbessern. Sie wissen genau, sobald das Rindfleisch verarbeitet ist, also nicht in der Tiefkühltruhe mit einem Strichcode drauf vor Ihnen liegt, über den Sie herausfinden können, von welchem Erzeuger es stammt -, gibt es nach wie vor offene Fragen bei der Nachvollziehbarkeit - es sei denn, Sie geben sich sehr viel Mühe und forschen - und riesige Probleme. Diese werden auch durch den von Ihnen durchaus gut gemeinten Vorschlag nach meiner Meinung nicht gelöst.

(Sandra Redmann [SPD]: „Nach meiner Meinung“, das war ein guter Hinweis!)

Das war es.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Jetzt kommen wir zum nächsten Redner. Vielen Dank. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Herr Abgeordnete Bernd Voß das Wort.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte im Grunde an die eingangs stattgefundene EU-Debatte anknüpfen. Für **Lebensmittelsicherheit** und die **Kennzeichnung von Lebensmitteln** gibt es in der EU ein umfangreiches Regelwerk. Wir haben vorhin sehr deutlich gesagt, dass das auch richtig so ist, aber dass es zugleich wichtig ist, auch zeitlich auf die Weiterentwicklung Einfluss zu nehmen.

Es wird ja immer wieder gern dargestellt, dass sich das alles im Klein-Klein verliere. Es ist, um vielleicht einen äußeren, unbekanntem Gegner aufzubauen, in einigen Kreisen richtig angesagt, viel und lautstark über die angebliche Regelungswut der Behörden und der EU zu schimpfen. Bei der Diskussion über das geplante Handels- und Investitionsabkommen wird aber sehr deutlich, dass viele Menschen ziemlich froh darüber sind, dass wir hier etwas geregelt haben, sodass wir etwas mehr über die Herkunft als anderswo wissen. Das sichert letztlich europäische und kulturelle Werte.

Herr Rickers, ich denke, es kann nicht sein, dass wir uns wieder hinstellen und erklären, was alles nicht geht. Das heißt überhaupt nicht, dass wir Grüne nicht über das eine oder andere meckern, was sich im Lebensmittelkennzeichnungsbereich tut. Wir

(Bernd Voß)

haben ja bereits im Landtag über die **Kennzeichnung** von **vegetarischen und veganen Lebensmitteln** diskutiert. Da gibt es **Regelungslücken** bei der Kennzeichnung tierischer Produkte, die geschlossen werden müssen.

Es gibt weitere Lücken, zum Beispiel über die **Herkunfts- und die Haltungsformen**. Viele Verbraucherinnen und Verbraucher sind erschrocken über die Medienberichte über die Zustände in der industriellen Tierhaltung. Viele sagen dann: Dann möchte ich ja lieber kein Fleisch von Tieren mehr kaufen, die unter diesen Haltungsbedingungen und unter diesen unbekanntem Herkünften aufgewachsen sind. Das hatten wir auch bei den Legehennen mit den Käfigen. Da stellte sich schnell raus - Kirsten Eickhoff-Weber hat sehr deutlich gemacht, wie wir „totgelabelt“ werden -, dass, wenn die Eier gekennzeichnet sind, die allermeisten Kunden keine Käfigeier mehr kaufen wollen. Das bedurfte keinerlei - ich denke, dass ist der Kernpunkt - staatlicher Subventionen beziehungsweise Ver- oder Geboten. Die Verbraucherinnen und Verbraucher haben zügig geregelt, welche Haltungsformen sie wollten - und das war nun einmal nicht der Käfig.

Aber schon bei **verarbeiteten Produkten** ist das nicht der Fall. Auf Kekspackungen und so weiter steht es nicht drauf. Das haben wir heute bereits gehört. Daher ist es wichtig, dass wir heute einen deutlichen Beschluss fassen. Die Verbraucherschutzministerkonferenz tagt exakt zu diesem Zeitpunkt zu exakt diesem Thema und hat sich die „Eierfrage“ vorgenommen; man muss auch bei verarbeiteten Produkten mehr regeln.

Bei Puten- und Schweineschnitzel weiß man auch nicht, woher die Tiere stammen, wie sie gehalten wurden und wo sie tot aus dem Schlachthof kamen. Der Verbraucher erfährt das bisher nicht.

Das Europaparlament hat dazu bereits im Februar 2014 einen Beschluss gefasst, der im Grunde weit über die Forderungen der Kommission hinausgeht. Da sehen wir wieder, wie wichtig die offene Debatte in Europa und die parlamentarische Ebene sind.

Ich nenne einige Beispiele: Die EU-Kommission wollte keine Länderherkunftskennzeichnung für Hackfleisch, sondern nur die Kennzeichnung: EU oder Nicht-EU. Die Parlamentarier waren dazu aber anderer Meinung. In unserem Antrag geht es natürlich nicht nur um den Herkunftsort. Bei einer transparenten Kennzeichnung der Haltungsform kann die Entscheidung über die Art der Tierhaltung durch die Verbraucherinnen und Verbraucher an der Ladentheke getroffen werden. Verbraucherin-

nen und Verbraucher müssen sich beim Einkauf im Alltag nach einfachen, klaren und **überschaubaren Kennzeichen** richten und danach entscheiden können. Schließlich möchte niemand erst einmal einen umfangreichen Beipackzettel von Lebensmitteln durchlesen und durcharbeiten, wenn er mit seinem Wagen durch den Supermarkt fährt.

Zu wissen, was man kauft, wirkt sich auf die **Art der Erzeugung** aus. Natürlich, je stärker ein Produkt verarbeitet ist, je mehr Zutaten unterschiedlicher Herkunft es gibt, desto schwieriger ist es. Aber es kann bei wenig verarbeiteten Produkten ein Anfang gemacht werden, wie zum Beispiel bei Milch, Fleisch- und Wurstwaren. Denn es bewegt die Verbraucherinnen und Verbraucher schon, ob die Kühe im Sommer auf der Weide tatsächlich Gras gefressen haben oder ob das nur so auf der Packung abgebildet ist. Es bewegt sie schon, ob die Schweine neben ihrem Spaltboden auch noch ein Strohlager in ihrem Bereich haben - um nur zwei Bilder zu zeichnen.

(Beifall PIRATEN und Sandra Redmann [SPD])

Damit sich auf dem Markt etwas bewegt, muss es angestoßen werden. Ziel muss also eine EU-weite Umsetzung sein. Ich denke, man kann die **Initiative Tierwohl** der Branchenverbände hier wirklich nicht als Maßstab nehmen. Sie war von vornherein zum Scheitern verurteilt, denn sie war in die Hände der Lebensmittelwirtschaft gelegt. Letztlich wissen trotz dieser Initiative die Verbraucherinnen und Verbraucher überhaupt nicht, ob das Produkt aus der Erzeugung kommt, die ihnen suggeriert wird. Das kann zufällig der Fall sein, das muss aber nicht sein. Die Anonymität der Erzeugungskette aufzubrechen, das ist die Herausforderung. Verbraucherinnen und Verbraucher wissen schon, was sie wollen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, PIRATEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Oliver Kumbartzky das Wort.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Voß und Frau Eickhoff-Weber, Sie haben hier viel über tierische Lebensmittel gesprochen. Aber wenn man sich den Antragstext wirklich einmal an-

(Oliver Kumbartzky)

schaut, muss man leider feststellen: Das ist nicht Fisch, das ist nicht Fleisch.

(Beifall FDP)

Das ist eigentlich mehr Leipziger Allerlei.

(Olaf Schulze [SPD]: Das ist gut, das liebe ich! - Zuruf SPD: Das ist voll regional! - Weitere Zurufe und Heiterkeit)

- Das ist lecker, ich weiß. Es ist nicht das erste Mal - -

(Zurufe)

- So, Freunde, Konzentration!

(Heiterkeit und Beifall - Dr. Heiner Garg [FDP]: Du hast schöne Freunde, du! - Weitere Zurufe)

- Ich habe Zeit, vor allem habe ich Zeit.

(Weitere Zurufe - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, Ihre Zeit läuft weiter. Das zählt nicht als Zwischenfrage, was hier abläuft.

(Heiterkeit)

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Danke, Herr Präsident. Ich habe meine Rede auf zwei Minuten konzipiert, insofern ist alles gut.

(Beifall FDP)

Es ist nicht das erste Mal, dass wir über das Thema Lebensmittelkennzeichnung reden. Natürlich gibt es da Diskussions- und Handlungsbedarf, das ist gar keine Frage. Der Antrag geht wirklich in die richtige Richtung. Ich habe auch sehr viel Sympathie, nicht nur für Sie, sondern auch für den Antrag.

Selbstverständlich brauchen die Verbraucher Transparenz, sie brauchen Information, um über Produkte und Dienstleistungen zu entscheiden. Wir wollen den **eigenverantwortlichen Verbraucher**, der selbstbestimmt Entscheidungen treffen kann. Dazu wäre die Idee aus Ihrem Antrag sicherlich geeignet.

Aber - wie ich schon am Anfang sagte - es ist nicht Fisch, es ist nicht Fleisch, tatsächlich sind da noch sehr viele Fragen zu klären und Punkte offen. Um ein paar Beispiele zu nennen - das Beispiel mit den Eiern kam schon vom Kollegen Rickers -: Fragen Sie doch einmal den Verbraucher, was der Unterschied zwischen Freilandhaltung und Bodenhaltung ist, wo genau da die Grenze gezogen wird. Das ist schwierig. Genauso schwierig wird es nachher auch

bei den Fleischprodukten und bei den Fischprodukten, klarzustellen und genau zu **definieren**, ab wann man welche **Kennzeichnung** vornimmt.

Das sind ganz wichtige Fragen, die wir unbedingt noch klären sollten. Das sollten wir im Ausschuss tun. Sie schreiben auch selbst in Ihrer Antragsbegründung, dass es unterschiedliche Ansätze gibt. Wir sollten uns natürlich auch die Frage anschauen und behandeln, wie es mit dem Verwaltungs- und Kostenaufwand für die Produzenten, für die Landwirte aussieht. Das muss geprüft werden. Deshalb bitte ich um Ausschussüberweisung.

Um es zusammenzufassen: Grundsätzlich begrüßen wir den Antrag. Er bleibt aber leider noch viele Antworten schuldig. Es ist schon so ein bisschen skurril, wenn man einen Antrag stellt, der von Transparenz, von klarer Kennzeichnung spricht, dass man selbst im Text noch viele Fragen offenlässt. Das passt nicht wirklich zusammen. - Ich danke Ihnen trotzdem für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion der PIRATEN hat jetzt Herr Abgeordneter Sven Krumbeck das Wort.

Sven Krumbeck [PIRATEN]:

Überraschung!

(Heiterkeit und Beifall)

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Serpil Midyatli [SPD]: Wessen Rede ist das?)

- Ich halte heute hier eine Rede für uns PIRATEN und für die Verbraucherinnen und Verbraucher in diesem Land.

(Beifall PIRATEN)

Mit Blick auf **Drucksache 18/807** aus dem Juni 2013, **Endlich mehr Sicherheit für Verbraucher**, dürfte klar sein, dass wir PIRATEN gar nicht anders können, als dem nun von der Koalition vorgelegten Antrag zuzustimmen.

(Beifall PIRATEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

- Das Wichtigste ist jetzt schon einmal erledigt.

Einerseits freut es mich, dass Sie eine bessere Kennzeichnung für Lebensmittel fordern, denn genau das wollen wir PIRATEN ja auch. Andererseits

(Sven Krumbeck)

bin ich angesichts Ihres Antrags aber auch etwas bedröppelt darüber, wie Sie unseren Antrag für eine bessere Kennzeichnung von tierischen Lebensmitteln im letzten Jahr behandelt haben.

Ich rufe Ihnen noch einmal in Erinnerung, worum es in unserem Antrag, Endlich mehr Sicherheit für Verbraucher, ging. Wir haben darin gefordert, dass Verbraucher, die aus welchem Grund auch immer Wert auf eine vegane oder vegetarische Ernährung legen, auf einen Blick feststellen können, ob ein Lebensmittel tierische Bestandteile enthält oder nicht. Dem haben Sie sich damals zwar nicht direkt verschlossen, Sie haben sich allerdings dagegen gewehrt, mit diesem Anliegen an den Bundesrat heranzutreten. Stattdessen wollten Sie das allein über die EU regeln. Das war im letzten Jahr der einzige Grund, dass Sie unseren Antrag abgelehnt und stattdessen für Ihren eigenen Änderungsantrag gestimmt haben.

Von unserem Einwand, dass die EU die Kennzeichnung tierischer Lebensmittel lediglich auf freiwilliger Basis vornehmen möchte - was völlig witzlos ist, weil man das ohnehin jetzt schon kann -, wollten Sie damals nichts wissen.

Und jetzt kommt, warum ich bedröppelt bin: In dem heute von Ihnen vorgelegten Antrag ist der Bundesrat plötzlich wieder mit drin. Wie kommt das nur?

(Beifall PIRATEN)

Aber weil wir PIRATEN da anders sind und uns unsere Glaubwürdigkeit wichtiger als unsere Eitelkeit ist, lassen wir heute einmal alle Fünfe gerade sein und stimmen Ihrem Antrag aus inhaltlichen Gründen zu.

(Beifall PIRATEN und Kirsten Eickhoff-Weber [SPD])

Da das Thema **Tierhaltung** ein wirklich wichtiges Thema ist, möchte ich auch dazu noch ein paar Worte sagen. Ich finde es unwürdig, wie wir unsere Mitgeschöpfe behandeln, nur damit das Fleisch im Kühlregal noch einmal ein paar Cent billiger wird. Das bei „spiegel-online“ abrufbare Video „Tierschützer decken auf: Katastrophale Zustände in Mastanlagen“ zeigt, was die schlimmsten Auswüchse dessen sind, was wir uns in unserem Wahn, immer billiger und effizienter zu produzieren, herangezüchtet haben. Dazu gehören etwa Puten, die jeden Tag 150 g an Muskelmasse zulegen müssen. Diese Qualzucht ist so unnatürlich, dass die Knochen der Tiere mit der Gewichtszunahme nicht mehr mitwachsen können. Mit ihren Geschwülsten

und blutigen Blasen am Brustfleisch sehen diese Tiere so eklig aus, dass sie - glaube ich - niemand mehr essen würde.

Einmal davon abgesehen, wie wir mit den Tieren umgehen und wie wir ihre Bedürfnisse mit Füßen treten, am Ende fällt das auch auf uns zurück. Wir schädigen mit diesen Haltungsmethoden das Klima, die Böden und das Wasser. Und uns fehlen die Flächen für den Anbau ihres Futters, deswegen importieren wir wieder Soja. Damit wiederum tragen wir auch indirekt zur Zerstörung der tropischen Regenwälder bei. Schließlich bringen wir damit sogar uns selbst und unsere Gesundheit in Gefahr, weil die antibiotikaresistenten Keime immer und überall zunehmen. Ich finde, dass man daher die **industrielle Form der Tiermast** im Grunde verbieten müsste.

(Beifall PIRATEN)

Wir PIRATEN stehen allerdings auch dafür, die Verbraucher nicht zu bevormunden. Bevor wir ein Verbot aussprechen, wollen wir zuerst dafür sorgen, dass die Verbraucher eine **Wahlmöglichkeit** haben. Wählen und einen Unterschied machen kann ich als Konsument nur dann, wenn ich weiß, was ich da überhaupt kaufe.

Da Sie sich in Ihrem Antrag an diesen Grundsatz halten, kann das nur unsere Zustimmung finden. Vielleicht sind Sie auch noch so großzügig, wenn Sie sich mit Ihrem Antrag an den Bundesrat wenden, auch unseren Antrag mitzunehmen. Die Öffentlichkeit wird ohnehin nicht mitbekommen, dass das unsere Idee war. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat jetzt Herr Abgeordneter Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Es wird wahrscheinlich kaum irgendjemanden wundern, dass ich für mich und meine Partei auch sage: Bürgerinnen und Bürger, die genau wissen wollen, woher ihr Essen stammt und wie es produziert wurde, müssen diese Informationen ohne Weiteres bekommen können.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und PIRATEN)

Ich bin der Meinung, das sollte eigentlich selbstverständlich sein - ohne Wenn und Aber und ohne irgendwelche Ausnahmen. Doch leider haben Ver-

(Flemming Meyer)

braucherinnen und Verbraucher beim Kauf tierischer Lebensmittel in den meisten Fällen keine Möglichkeit, **Herkunft und Halterform** zu erkennen. Zwar bilden Eier eine Ausnahme, aber sobald die Eier weiterverarbeitet werden, ist es mit der Transparenz auch schon vorbei - zumindest bis jetzt. Diesen Zustand wollen SSW, Grüne und SPD nicht länger hinnehmen. Mit dem vorliegenden Antrag wollen wir erreichen, dass sich hier endlich etwas ändert.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine transparente und verbraucherfreundliche Kennzeichnung von tierischen Lebensmitteln ist aus verschiedenen Gründen wichtig. Sie alle wissen, dass es bei dieser Frage nicht zuletzt auch darum geht, den **Verbrauchern** umfangreichere **Einflussmöglichkeiten** zu geben. Nur wenn ich weiß, wie die Tiere gehalten oder geschlachtet werden, kann ich mich ganz bewusst für oder gegen bestimmte Haltungformen entscheiden. Wie im Antrag erwähnt, ist man auf diese Informationen angewiesen, wenn man seiner Mitverantwortung für mehr Tierwohl gerecht werden will. Aus Sicht des SSW sollen so viele Verbraucherinnen und Verbraucher wie möglich in die Lage versetzt werden, diese Entscheidung verantwortlich treffen zu können.

SPD, Grüne und SSW unterstützen daher gemeinsam die Bemühungen, eine **europaweite Regelung** für die Kennzeichnung von Lebensmitteln zu finden. Für uns ist ganz klar: Eine möglichst weitreichende und damit länderübergreifende Lösung dieser Frage wäre am sinnvollsten. Es ist allgemein bekannt, dass geltende EU-Verordnungen zu Lebensmitteln Ansatzpunkte bieten, um die Kennzeichnung auf verschiedene tierische Produkte auszuweiten. Wir alle wissen, dass sich das Europäische Parlament Anfang des Jahres in einer entsprechenden Resolution für eine verpflichtende Kennzeichnung ausgesprochen hat. Diesen Ansatz begrüßen wir ohne jede Einschränkung.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

Doch so wünschenswert eine EU-weite Regelung auch ist, in dieser wichtigen Angelegenheit können wir nicht ewig warten. Für den Fall, dass hier zeitnah doch keine Lösung gefunden wird, bitten wir die Landesregierung um eine eigene **Initiative im Bundesrat**. Außerdem halten wir es für sinnvoll, wenn unser Minister dieses Thema parallel in die **Agrar- und Verbraucherministerkonferenz** ein-

bringt, denn Fortschritte im kleineren, nationalen Rahmen sind allemal besser als Stillstand.

Abschließend möchte ich noch kurz auf die **konkrete Ausgestaltung** dieses **Kennzeichnungssystems** zu sprechen kommen: Natürlich macht es Sinn, Schritt für Schritt in die Umsetzung zu gehen. Es liegt auf der Hand, dass mit unverarbeiteten Produkten begonnen wird, um das System dann auf verarbeitete Lebensmittel auszuweiten. Maßgeblich muss der **leichte Zugang** zu den Informationen sein, was ausdrücklich nicht bedeutet, dass alles zwangsläufig auf das Etikett gehört. Ich könnte mir zum Beispiel ein Barcode-System vorstellen. Entscheidend ist und bleibt, dass dieses System klar und trotz der verschiedenen relevanten Informationen so einfach wie möglich wird. Auch hier bin ich zuversichtlich, dass man dies schaffen könnte.

Ich denke, es ist sinnvoll, dass wir darüber im Ausschuss noch einmal inhaltlich diskutieren. Wegen der Agrarministerkonferenz könnte ich es mir aber gut vorstellen, dass wir hier als Aufforderung in der Sache entscheiden und das Thema im Anschluss im Rahmen der Selbstbefassung im Ausschuss noch einmal aufgreifen. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen aus dem Parlament liegen nicht vor. Für die Landesregierung hat nun der Minister für Energiewende, Umwelt, Landwirtschaft und ländliche Räume, Herr Dr. Robert Habeck, das Wort.

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine Damen und Herren! Die Argumente wurden in jeder Hinsicht relativ einvernehmlich vorgetragen. Daher will ich mich kurz fassen. Es wurde heute angesprochen, dass in der heutigen **Verbraucherschutzministerkonferenz** dem heutigen Entschluss des Landtags vauseilend entschieden wurde. Die Verbraucherschutzminister haben sich bei einer Enthaltung und einer Gegenstimme dafür eingesetzt, die **Ausnahmeregelungen im EU-Recht** beim Verbrauch von Eiern zu streichen, sodass rechtswidrig erzeugte Eier aus Käfighaltung aus anderen Mitgliedstaaten nicht mehr eingebracht und verrührt oder verarbeitet werden können.

(Minister Dr. Robert Habeck)

Insgesamt sind viele von den Punkten zur Verarbeitung von tierischen Produkten in verschiedenen Stadien der Umsetzung. Die größten Probleme bereitet noch die Kennzeichnung von Milch. Alle anderen Themen im Zusammenhang mit Rindfleisch, Schweinefleisch und verarbeitetem Schweinefleisch haben einen unterschiedlichen Status der Vorschläge der EU-Kommission erreicht. Das zeigt an einem Tag, der mit einer großen Debatte über die EU begann, wie sinnvoll es ist, die gemeinsame legislative Arbeit an EU-Verordnungen vorzunehmen.

Ich bin ganz bei Flemming Meyer: Wenn es eine nationale Umsetzung in einem europäischen Binnenmarkt geben sollte, dann wird es extrem schwierig, diese zu kontrollieren und einzuhalten. Dies wird fast unmöglich sein. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Wir müssen über die EU dafür sorgen, dass eine klare, eine transparente und eine nachvollziehbare Kennzeichnung möglich ist, so dass sich Verbraucherinnen und Verbraucher frei entscheiden können und wissen, welche Produkte sie bekommen.

Ein letzter Satz: Die weitestgehende Kennzeichnung, die wir haben und die bisher die größte Gewissheit gibt, bieten die Öko-Label, die auf dem Markt sind. Wer schon jetzt wissen will, was er konsumiert, der sollte auf **Ökoprodukte** zurückgreifen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. - Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 18/1871 federführend an den Umwelt- und Agrarausschuss und mitberatend an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. - Es gibt noch eine Anmerkung? - Bitte schön, Herr Abgeordneter Voß.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Noch eine kurze Erklärung von dieser Stelle aus: Wir sollten über diesen Antrag abstimmen, um den Beschluss der Verbraucherministerkonferenz zu bestärken. Gleichzeitig sollten wir abstimmen, weil die EU-Verordnungen zur Kennzeichnung von Lebensmitteln noch bis zum Jahresende geändert werden können. Nichtsdestotrotz sollten wir im Rahmen der Selbstbefassung weiter an diesem Thema arbeiten. Dies war die Begründung für meine Bitte, in der Sache abzustimmen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Da zwei Fraktionen einen Antrag auf Überweisung gestellt haben, müssen wir zunächst darüber abstimmen. Wenn dies nicht zum Erfolg führt, lasse ich gern in der Sache abstimmen. Alle anwesenden Abgeordneten wissen nun, was sie zum Ausdruck bringen wollen.

Ich lasse über den Antrag auf Ausschussüberweisung von CDU und FDP abstimmen. Wer dem Antrag von CDU und FDP auf Ausschussüberweisung federführend an den Umwelt- und Agrarausschuss und mitberatend an den Wirtschaftsausschuss seine Stimme geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Abgeordneten des SSW und einem Abgeordneten der Piratenfraktion abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung in der Sache. Wer dem Antrag Drucksache 18/1871 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist bei Enthaltung der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion mit den Stimmen aller anderen Fraktionen angenommen. - Vielen Dank.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 40 auf:

Umsetzung der Landtagsbeschlüsse vom 26. April 2013 zum Landtagswahlrecht für Bürger der Europäischen Union (Drucksache 18/937 (neu)) und zum Kommunalwahlrecht für Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger (Drucksache 18/729 (neu))

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/1873

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Mit dem Antrag wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist so beschlossen.

Für die Landesregierung erteile ich nun dem Innenminister, Herrn Andreas Breitner, das Wort.

Andreas Breitner, Innenminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Landtag hatte die Landesregierung vor einem Jahr aufgefordert, Bundesratsinitiativen mit dem Ziel zu

(Minister Andreas Breitner)

starten, den Angehörigen von Drittstaaten das Wahlrecht auf kommunaler Ebene sowie nicht-deutschen EU-Bürgerinnen und -Bürgern das Wahlrecht zur Landtagswahl einzuräumen. Die seinerzeit in diesem Hause geführte Diskussion hat gezeigt, dass es sowohl die Landtagsmehrheit als auch die Landesregierung nach wie vor für dringend notwendig erachten, die Integration der hier wohnenden **ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger** durch eine dem demokratischen Prinzip entsprechende Einräumung des **aktiven und passiven Wahlrechts** zu fördern.

Bereits im Koalitionsvertrag für die 18. Wahlperiode des Landtags haben wir vereinbart, dass sich die Landesregierung im Bundesrat dafür starkmachen wird, einen rechtssicheren Weg zu finden, um das Wahlrecht für Nichtdeutsche möglich zu machen. Ich hatte Ihnen zugesagt, dass die Landesregierung dem Auftrag des Landtags selbstverständlich gern nachkommen wird. Ich hatte aber auch darauf hingewiesen, dass der Weg, eine Gleichbehandlung aller Bürgerinnen und Bürger bei der Gewährung des Wahlrechts zu erreichen, kein einfacher Weg ist.

Es geht schlicht um die Frage, ob eine über das Unionsbürgerwahlrecht zur Kommunalwahl hinausgehende **Ausweitung des Volksbegriffs**, der nach bisheriger überwiegender Auffassung nur die Deutschen umfasst, verfassungsrechtlich überhaupt zulässig ist. Es könnte dadurch das **Demokratieprinzip**, welches durch Artikel 20 Abs. 2 des Grundgesetzes mit dem Prinzip der Volkssouveränität verknüpft ist, aufgrund der in Artikel 79 Abs. 3 des Grundgesetzes festgeschriebenen Ewigkeitsgarantie in unzulässiger Weise berührt sein.

Ebenfalls stellt sich die Frage, ob ein umfassendes Ausländerwahlrecht mit dem **Homogenitätsprinzip** aus Artikel 20 Abs. 2 des Grundgesetzes vereinbar wäre oder ob der Begriff des Staatsvolkes bei einer Kommunalwahl oder einer Landtagswahl nicht anders formuliert werden dürfe als bei einer Bundestagswahl. Deshalb muss auf politischer Ebene entschieden werden, ob man im Interesse der Zielsetzung der Gleichbehandlung aller ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger das verfassungsrechtliche Risiko eingehen will.

Einen ersten Schritt hierzu haben wir gemacht. Gemeinsam mit dem Land Rheinland-Pfalz hat die Landesregierung eine **Bundesratsinitiative** auf den Weg gebracht. Im Wege einer Ergänzung von Artikel 28 Abs. 1 des Grundgesetzes sollen die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass sich die bei uns lebenden Personen,

die nicht die Staatsangehörigkeit eines EU-Mitgliedstaates besitzen, nach Maßgabe von Landesrecht an den Wahlen in den Kreisen und Gemeinden sowie an kommunalen Abstimmungen beteiligen können. Damit haben wir ein ursprüngliches Bundesratsbegehren wieder aufgegriffen, an dem Schleswig-Holstein schon damals beteiligt war.

Wann allerdings dieser Antrag auf Einführung eines umfassenden kommunalen Ausländerwahlrechts eine realistische Chance haben wird, die notwendige Zweidrittelmehrheit für eine Beschlussfassung sowohl im Bundesrat als auch im Bundestag zu erreichen, vermag ich derzeit nicht abzusehen.

Die gleiche verfassungsrechtliche und letztlich auch verfassungspolitische Frage stellt sich bei dem Vorhaben, die Möglichkeiten der aktiven Teilnahme am politischen Leben für die hier lebenden EU-Bürgerinnen und -Bürger nicht nur zur Kommunalwahl, sondern auch zur Landtagswahl zu stärken, indem diesen das aktive und passiv Wahlrecht eingeräumt wird. Die Umsetzung des **Unionsbürgerwahlrechts zu Landtagswahlen** ist ebenfalls von einer Verfassungsänderung abhängig.

Die kommende Diskussion um das umfassende kommunale Ausländerwahlrecht wird insofern dazu beitragen, die verfassungsrechtlich zulässigen Möglichkeiten auszuloten. Die Landesregierung wird deshalb von einem weiteren Bundesratsantrag zunächst absehen und den weiteren Fortgang der Beratungen abwarten.

In diesem Zusammenhang müssen wir allerdings zur Kenntnis nehmen, dass der **Bremische Staatsgerichtshof** kürzlich einen Gesetzentwurf zur Ausweitung des Bürgerschaftswahlrechts auf die Unionsbürgerinnen und -bürger als mit der Bremischen Landesverfassung für unvereinbar erklärt hat. Das Wahlrecht sei nach Auffassung des Bremischen Verfassungsgerichts grundsätzlich an die deutsche Staatsangehörigkeit geknüpft. Die Vorgaben des Grundgesetzes, die für alle drei staatlichen Ebenen - Bund, Länder und Gemeinden - von einem einheitlichen Begriff des Wahlvolkes ausgingen, seien auch von der Bremischen Landesverfassung zu beachten. Dies habe das Bundesverfassungsgericht wiederholt bekräftigt. Nur für die kommunale Ebene habe das Grundgesetz den EU-Bürgerinnen und -bürgern das Wahlrecht eingeräumt.

Dieses Urteil macht erneut deutlich, dass wir in der Diskussion um ein umfassendes Ausländerwahlrecht noch ein erhebliches Stück des Weges vor uns haben. Die Landesregierung wird sich gleichwohl weiterhin im Bundesrat dafür einsetzen, die Vor-

(Minister Andreas Breitner)

aussetzungen dafür zu schaffen, auch denjenigen Bürgerinnen und Bürgern, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit haben, eine Wahlteilnahme zu ermöglichen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Ich eröffne die Aussprache. - Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Dr. Ekkehard Klug das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor mehr als einem Jahr hat der Landtag die Landesregierung mit großer Mehrheit dazu aufgefordert, zwei Bundesratsinitiativen zu starten: erstens eine Initiative für ein kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Ausländer und zweitens eine Initiative für ein Landtagswahlrecht aller Bürger der Europäischen Union, die in einem deutschen Bundesland wohnen. Für beide Vorhaben ist, wie allen eigentlich klar war, eine entsprechende Änderung des Grundgesetzes erforderlich.

Im Laufe der letzten zehn bis zwölf Jahre hat sich die Zahl der EU-Bürger und -bürgerinnen, die dauerhaft in einem anderen Mitgliedsland der Europäischen Union als ihrem Herkunftsland leben, ungefähr verdoppelt - auf mittlerweile rund acht Millionen Menschen. In **Großbritannien** haben dort ansässige EU-Bürger schon lange das Wahlrecht zu den Regionalparlamenten von Schottland, Wales und Nordirland. Damit handeln die Briten im besten europäischen Demokratieverständnis als Vorbild, als ein Vorbild auch für unseren Antrag auf Einleitung der entsprechenden Bundesratsinitiative. SPD, Grüne, SSW und PIRATEN haben unseren Antrag vor über einem Jahr mit unterzeichnet. Nur die CDU blieb auf Abstand.

Umso trauriger finde ich es, dass die Landesregierung dieses Thema bislang nicht wirklich angepackt hat.

(Beifall FDP und Angelika Beer [PIRATEN])

Lustlos, kraftlos, ohne erkennbares Engagement ist die Landesregierung an die Sache herangegangen.

Beim ersten Thema, dem **Kommunalwahlrecht für Nicht-EU-Ausländer**, hat sich die Landesregierung immerhin im März dieses Jahres - also ein knappes Jahr nach unserem Landtagsbeschluss - dazu durchgerungen, einen sieben Jahre alten Bundes-

ratsantrag des Landes Rheinland-Pfalz vom September 2007 mit zu unterstützen. Auf diese Idee ist die Landesregierung meiner Einschätzung nach also auch erst relativ spät gekommen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das stimmt!)

Bei dem zweiten Anliegen, dem **Landtagswahlrecht für Unionsbürger**, ruht still der See. Dabei wäre ein eigener schleswig-holsteinischer Bundesratsantrag hierzu gerade jetzt, vor den bevorstehenden Europawahlen, ein starkes Signal für die Stärkung der europäischen Demokratie gewesen.

(Beifall FDP und Angelika Beer [PIRATEN])

Die Landesregierung hat es aber versäumt, den ihr vom Parlament zugespielten Ball ins Tor zu schießen. Ihr europäisches Engagement verdient jedenfalls in diesem Punkt die Note ungenügend!

(Beifall FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die CDU-Fraktion hat jetzt Frau Abgeordnete Astrid Damerow das Wort.

Astrid Damerow [CDU]:

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Bereits im vergangenen Jahr haben wir in diesem Haus ausführlich über die anstehenden Fragen gesprochen. Bereits in der damaligen Debatte habe ich darauf hingewiesen, dass sowohl ein Landtagswahlrecht für EU-Bürger, als auch ein Kommunalwahlrecht für Nicht-EU-Bürger verfassungswidrig sei. Heute wissen wir, ein Landtagswahlrecht für EU-Bürger wäre verfassungswidrig, ein Kommunalwahlrecht für Nicht-EU-Bürger wäre ebenfalls verfassungswidrig.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Dann muss man die Verfassung ändern!)

- Das kann man ja, wenn man die entsprechenden Mehrheiten hat. - Der **Staatsgerichtshof des Landes Bremen** hat dies mit Urteil vom 31. Januar 2014 für den entsprechenden Gesetzentwurf des Landes festgestellt. Das hat der Minister berichtet.

Ich zitiere aus dem ersten Leitsatz:

„Die Beteiligung an Wahlen, durch die die Ausübung der Staatsgewalt legitimiert wird, ist nach Artikel 20 Abs. 2 Satz 2 GG und Artikel 28 Abs. 1 Satz 2 GG in Bund, Ländern und Gemeinden allein deutschen Staatsangehörigen vorbehalten.“

(Astrid Damerow)

Damit ist eines klar: Unter den gelten grundgesetzlichen Regelungen ist das von Ihnen gewünschte Wahlrecht nicht erreichbar.

Ich bin im Übrigen auch sehr froh darüber, dass das Gericht explizit unsere Auffassung bestätigt hat, die wir nicht nur rein rechtlich, sondern auch politisch immer vertreten haben. **Wahlrecht und Staatsangehörigkeit** gehören zusammen. Das ist die **Konzeption** unseres **Grundgesetzes**. Wir finden, das ist eine richtige Konzeption.

Sie verbinden grundsätzlich **Wahlrecht** mit dem Thema der **Integration**. An genau dieser Stelle scheiden sich die Geister ganz erheblich. Für uns ist Wahlrecht kein Mittel zur Integration. Für uns steht Wahlrecht am Ende einer gelungenen Integration,

(Beifall CDU)

und zwar vermittelt durch den Erwerb der Staatsangehörigkeit. Das hat nichts mit Diskriminierung zu tun und ist auch kein Zeichen mangelnden Respekts vor Menschen mit anderen Staatsangehörigkeiten.

Bei uns gibt es sehr viele Möglichkeiten, sich in die Gesellschaft einzubringen. Wir freuen uns über jeden, der mitgestalten möchte. Wir freuen uns über jeden, der sich einbringt. Wenn sich jemand dazu entscheidet, die deutsche Staatsangehörigkeit anzunehmen, dann freuen wir uns darüber ganz besonders.

Die Bedeutung der Staatsangehörigkeit darf aus unserer Sicht nicht - auch nicht in einem zusammenwachsenden Europa - ausgehöhlt werden. Für **EU-Bürger** - auch das hat der Minister ausgeführt - haben wir **Sonderregelungen auf kommunaler Ebene**. Diese Sonderregelungen finden ihre Rechtfertigung in dem inneren Zusammenhalt der Europäischen Union und dienen der Umsetzung europäischer Vorgaben. Sie können und dürfen aber nicht dazu dienen, eine weitere Abkopplung des Wahlrechts von der Staatsangehörigkeit zu rechtfertigen. Auch das hat im Übrigen der Bremer Staatsgerichtshof in seinem Urteil sehr deutlich gemacht.

Sie haben eben so locker hineingerufen: „Dann ändern wir eben das Grundgesetz“. Dazu betone ich noch einmal, dass eine **Änderung** des **Grundgesetzes** nicht unbedingt zu dem von Ihnen angestrebten Ergebnis führen würde. Auch der Staatsgerichtshof hat explizit darauf hingewiesen, dass Artikel 79 Abs. 3 Grundgesetz, also die sogenannte Ewigkeitsklausel, hier ein Hindernis darstellen könnte.

Meine Damen und Herren, wir haben im vergangenen Jahr hier über die beiden Anträge ausführlich

diskutiert. Sie haben hier eine breite Mehrheit hergestellt. Sie haben - das haben Sie auch ordentlich gefeiert - ein Signal nach außen geschickt für Weltoffenheit und Integration. Aber heute müssen wir konstatieren: Sie haben den Menschen hier etwas vorgemacht. Es war nämlich eigentlich schon damals klar, dass Sie das nicht werden umsetzen müssen, weil es einfach verfassungswidrig ist. Das haben Sie negiert. Der Minister musste Ihnen das eben auch noch einmal erklären. Aber im Grunde wäre das alles nicht nötig gewesen. Das war auch bereits vor einem Jahr klar. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat die Frau Abgeordnete Serpil Midyatli das Wort.

Serpil Midyatli [SPD]:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Kollegin Astrid Damerow! Seit 1989 steht das Kommunalwahlrecht auch für Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger im Parteiprogramm der SPD, und wir werden es so lange dort hineinschreiben, bis wir dieses Wahlrecht auch erreicht haben. Darauf können Sie sich verlassen.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und SSW)

Ich möchte Ihnen auch eines sagen: Sie, die CDU, verstecken sich hinter den Gesetzen. Sie verstecken sich hinter dem jetzigen Urteil. Wir haben angestrebt und wir bleiben auch dabei, dass es zu einer **Verfassungsänderung** kommen muss, wenn es dafür eine Zweidrittelmehrheit gibt. Sie sagen: Okay, Frau Midyatli, Sie haben recht. Es kann ja sein, dass wir vor Gericht scheitern. Aber dann sagen Sie hier doch auch ehrlich: Dann lassen Sie uns doch diesen Weg mit der Zweidrittelmehrheit gehen, die wir jetzt im Bundestag haben. Lassen sie uns doch gemeinsam diesen Weg gehen und versuchen, ob wir das durchbekommen. Dann brauchen Sie sich nicht weiter hinter den Gesetzen zu verstecken, und dann kann man es gemeinsam versuchen. Oder seien Sie einfach ehrlich.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir bleiben dabei: Wir wollen das **Wahlrecht** für die Menschen. Denn das hat nicht nur etwas mit Integration zu tun, Kollegin Astrid Damerow. **Inte-**

(Serpil Midyatli)

gration ist ein Teil davon. Das hat etwas mit **Mitbestimmung** zu tun. Es hat damit zu tun, die **Demokratie** in diesem Land zu stärken. Denn Wahlrecht ist sozusagen das höchste Recht in einer Demokratie, und Sie verwehren dieses Recht hier Menschen, die in diesem Land teilweise nicht nur schon lange leben, sondern auch hier geboren sind.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Abgeordnete Midyatli, erlauben Sie eine Zwischenbemerkung der Frau Abgeordneten Damerow? - Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Astrid Damerow [CDU]: Frau Kollegin, darf ich Sie darauf hinweisen, dass wir uns nicht hinter Gesetzen verstecken, sondern das wir uns auf dem Boden unseres Grundgesetzes bewegen?

Serpil Midyatli [SPD]:

Ja.

- Entschuldigung, das ist immerhin unsere Verfassung.

- Und wir möchten die Verfassung gemeinsam mit Ihnen ändern.

- Es geht hier nicht darum, sich zu verstecken. Ich habe mich auch in meinem Redebeitrag in keiner Weise hinter irgendeinem Gesetz versteckt, sondern ich glaube, ich habe sehr deutlich gemacht, wie wir die Bedeutung von Staatsangehörigkeit versus Wahlrecht einschätzen. Ich denke, zumindest für meine CDU-Fraktion hier im Kieler Landtag kann ich schon sagen: Von uns wird es keine Unterstützung für einen entsprechenden Bundesratsantrag geben. Aber das kann nicht wirklich für Sie überraschend sein, denn das haben wir vor einem Jahr genau so diskutiert. Also um noch einmal deutlich zu machen: Wir verstecken uns nicht hinter irgendwelchen Gesetzen, sondern wir haben eine klare Meinung dazu.

(Beifall Tobias Koch [CDU])

- Dann sagen Sie das.

- Das habe ich gerade getan.

- Sie haben gesagt, wir blieben bei Ihrer politischen Auffassung. Aber auch rein rechtlich sei das unter diesen Umständen gar nicht möglich gewesen. Wir, die FDP, die PIRATEN, die Grünen, der SSW und

die SPD, sagen aber, wir würden gern den Weg gehen und gemeinsam mit der Zweidrittelmehrheit, die man jetzt im Bundestag ja auch hätte, versuchen, eine Verfassungsänderung hinzubekommen, und dann einmal schauen, ob das Verfassungsgericht dann auch wieder so entscheiden würde. Diesen Weg würden wir gemeinsam gehen. Hier im Landtag haben wir dafür die Zweidrittelmehrheit. Aber mit Ihnen ist im Bund da leider immer noch nichts zu machen.

Aber verlassen Sie sich darauf: Dieses Wahlrecht wird irgendwann kommen. Das ist nicht nur ein Versprechen, denn ich bin fest davon überzeugt, dass Sie sich gesellschaftlich weiterentwickeln und dass wir irgendwann zu einem modernen Wahlrecht kommen werden, genauso modern und vielfältig, wie diese Gesellschaft in Deutschland und in Schleswig-Holstein bereits ist.

(Vereinzelter Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage oder -bemerkung des Fraktionsvorsitzenden Dr. Stegner?

Serpil Midyatli [SPD]:

Gern.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Frau Kollegin Midyatli, vielleicht sollten wir begrüßen, dass Frau Damerow sich gar nicht versteckt, sondern das sie ganz offen sagt, dass die Union nicht möchte, dass diese Menschen wählen dürfen, so wie Sie sehr lange nicht wollten, dass wir den Sinti und Roma Minderheitenrechte gegeben haben. Nach vier vergeblichen Versuchen hat die Union sich da bewegt. Wir hoffen, dass das bei den Menschen, die aus anderen Ländern zu uns kommen, bei der Union vielleicht ein bisschen schneller geht. Aber dass Sie sich nicht verstecken, sondern ganz offen bei der Union bekunden, dass Sie das nicht wollen, ist, finde ich, eine Feststellung für dieses Haus, die wir zur Kenntnis nehmen sollten. Sie verstecken sich nicht hinter dem Grundgesetz, sondern Sie wollen das nicht ändern. Das,

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

finde ich, ist hier festgestellt, und es ist gut, dass wir das wissen.

Serpil Midyatli [SPD]:

Vielen Dank.

Ich möchte mich doch noch einmal bei der FDP bedanken, dass Sie das hier beantragt haben. Denn damit haben wir kurz vor der Europawahl noch einmal bekräftigt, was die Meinung der Union zum Wahlrecht hier ist, nämlich dieses für Unionsbürger auch auf Landesebene zu verändern. Wie gesagt, die Zweidrittelmehrheit würde hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag stehen. Liebe FDP, bei der nächsten Bundestagswahl könnten wir zumindest, was dieses Thema angeht, schon Unterstützung gebrauchen. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Herr Abgeordnete Burkhard Peters das Wort.

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank, Herr Minister Breitner, für den ernüchternden Bericht. Dass er ernüchternd ist, dafür können Sie nichts.

Liebe FDP-Fraktion, Ihrem Antrag und, Herr Kollege Klug, Ihrer Rede ist der Unmut über die Küstenkoalition und ihre scheinbare Inaktivität in puncto Wahlrecht für Drittstaatenangehörige zu entnehmen. Es treibt Sie erkennbar revolutionäre Ungeduld, und das ehrt Sie.

(Heiterkeit - vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Es gibt daran nichts zu rütteln: Das Ziel der beiden Landtagsanträge aus dem April 2013, durch Bundesratsinitiativen die entsprechenden Änderungen unseres Landtags- und Kommunalwahlrechts zu schaffen, ist längst überfällig.

Allein, wie heißt es so schön in der „Dreigroschenoper“ von Bertholt Brecht:

„Doch leider hat man bisher nie vernommen,
dass einer auch sein Recht bekam - ach wo!
Wer hätte nicht gern einmal Recht bekommen,
doch die Verhältnisse, sie sind nicht so.“

(Vereinzelter Beifall SPD und Beifall Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Minister Breitner hat in seinem Bericht deutlich gemacht, wie die Verhältnisse liegen. Eine notwendige **Zweidrittelmehrheit** für die Ergänzung des Artikel 28 Grundgesetz ist in weite Ferne gerückt. Als wir im April 2013 die beiden Beschlüsse fassten, gab es große Hoffnung auf eine rot-grüne Mehrheit bei der anstehenden **Bundestagswahl** im September 2013.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Aber keine Zweidrittelmehrheit!)

Bei entsprechendem Wahlausgang hätte es mit SPD, Grünen, FDP und LINKEN eine Chance auf eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag jenseits der CDU durchaus gegeben.

(Vereinzelter Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch stand zu dem Zeitpunkt das Urteil des **Staatsgerichtshofs Bremen** zur Frage des Wahlrechts für alle noch aus. Unsere Hoffnung ruhte auf dem Bremer Landesverfassungsgericht, mutige Wege für eine landeseigene Reform des Wahlrechts aufzuzeigen.

In ihrem Minderheitenvotum zum jetzt vorliegenden Urteil des Verfassungsgerichtshofs hat Frau Richterin Sacksofsky, die uns als Beraterin bei der Verfassungsreform in Schleswig-Holstein äußerst kompetent zur Seite stand, dargelegt, dass es sehr wohl verfassungsrechtlich vertretbar wäre, wenn ein Bundesland in diesen Fragen eigene Wege ginge.

Allein, auch hier gilt: „doch die Verhältnisse, sie sind nicht so“. Der Verfassungsgerichtshof hat mit sechs zu eins entschieden, dass der einzige Ansatzpunkt das **Staatsangehörigkeitsrecht** sei. Dieses ist aber bekanntlich Bundesrecht schlechthin.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, hätten Sie in der letzten Wahlperiode des Bundestags Einfluss auf Ihren Koalitionspartner CDU/CSU geltend gemacht, dann hätte ebenfalls eine Chance auf die von uns gewünschte Wahlrechtsänderung bestanden. Ihr Einfluss reichte aber bekanntlich nicht aus. So können wir leider auch in diesem Punkt genauso wie gestern wieder nur konstatieren: „Hätte, hätte, Fahrradkette.“

Solange die Damen und Herren, die von Ihnen ausgesehen rechts neben Ihnen sitzen, an ihrem antiquierten Staatsvolksbegriff festhalten, wird es auf

(Burkhard Peters)

absehbare Zeit keine Bewegung in der Frage des Wahlrechts für alle in der Bundesrepublik geben.

Dies wird uns auch weiterhin nicht daran hindern, intensiv für die erforderlichen Mehrheiten auf den entscheidenden politischen Ebenen zu kämpfen.

Es freut uns, liebe FDP, Sie in dieser Frage weiter an unserer Seite zu wissen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Zur FDP: Da lobt man Sie, und Sie klatschen nicht einmal!
- Anita Klahn [FDP]: Ich finde das vorbildlich!)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Piratenfraktion hat jetzt die Frau Abgeordnete Angelika Beer das Wort.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich mich bei der FDP für diesen Antrag bedanken. Die Landesregierung hatte in der Tat über ein Jahr lang Zeit, die beiden **Beschlüsse des Landtags** zum Ausländerwahlrecht umzusetzen. In der 10. Sitzung gab es hierzu eine große Mehrheit, und die SPD hat dem auch zugestimmt.

Ich finde es gut, dass Serpil Midyatli verspricht, dass die SPD weiter dafür kämpfen wird. Das nehme ich ihr durchaus auch ab. Die Frage ist nur, wann die Umsetzung erfolgt.

Deswegen muss ich fragen: Was ist in diesem einen Jahr passiert? Herr Dr. Klug hat dazu schon einiges ausgeführt. Es ist nämlich erstaunlich wenig passiert. Das ist bedauerlich. Ich frage: Welche Umstände haben sich eigentlich verändert, sodass der damals interfraktionell getragene Antrag nun so lange verschleppt worden ist?

(Zuruf)

- Nicht interfraktionell. Sorry. Ohne die CDU.

Die Antwort auf die Frage, was sich verändert hat, ist ganz einfach: Die SPD hat sich auf **Bundesebene** auf eine **Große Koalition** eingelassen. Damit sind alle Lippenbekenntnisse und alle ernsthaften Versuche, die Bundespolitik von Schleswig-Holstein aus positiv zu beeinflussen, nicht mehr umsetzbar.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie wissen doch selbst, dass es nicht nur um die Frage der Einwanderung beziehungsweise der Zuwanderung geht. Je-

der von uns hat in seinem Arbeitsbereich Bundesratsinitiativen unterstützt. Diese haben oft auch die Zustimmung der Koalitionsfraktionen gefunden. Ob dies nun das EEG oder das Fracking betrifft, Fakt ist, die Große Koalition verhindert, dass unsere Landespolitik umgesetzt wird, und das ist bedenklich; denn was heißt das eigentlich?

(Beifall PIRATEN)

Ich habe Ihnen sehr genau zugehört, Herr Breitner. Ich bin kein Jurist und will die verfassungsrechtlichen Fragen deshalb nicht detailliert bewerten. Ich denke aber schon, dass wir durchaus die Möglichkeit haben, eine **verfassungsrechtliche Klärung** herbeizuführen, wenn man das wirklich verfolgen will.

Wenn ich zusammenfasse, was der Innenminister ausgeführt hat, dann hat er gesagt: Liebe Kolleginnen und Kollegen, vergessen Sie alle Bundesratsinitiativen, die der Landtag Schleswig-Holstein angestoßen hat, solange die Große Koalition in Berlin Bestand hat.

Damit bin ich auch schon am Ende meiner Rede angekommen. Das würde nämlich bedeuten: Entweder wir hoffen, dass die Große Koalition schnellstmöglich bricht, oder wir formulieren in den nächsten zweieinhalb Jahren keine Bundesratsinitiativen mehr. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat jetzt der Abgeordnete Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das **Wahlrecht** ist eine tragende Säule der **Demokratie**. Ohne Wahlrecht keine Demokratie. Wir wollen, dass Menschen, die bei uns in Schleswig-Holstein leben, auch aktiv daran teilhaben dürfen. Das hört sich zunächst einmal einfach an.

Doch das Wahlrecht beruht auf einer ganz bestimmten Vorgabe, nämlich auf dem definierten Begriff des **Wahlvolkes**. Diese **Definition** umfasst nicht das, wofür wir uns in dieser Sache aussprechen.

Das machen auch die neuesten Urteile der Gerichtshöfe zu diesem Thema deutlich. So verweist man in diesem Fall darauf, dass das Volk im Sinne des Grundgesetzes auf allen staatlichen Ebenen allein aus deutschen Staatsangehörigen besteht. Dies gilt

(Lars Harms)

sowohl auf kommunaler Ebene als auch auf Bundes- und Landesebene.

Aus Sicht des SSW bildet die Definition des sogenannten Wahlvolkes die **Lebenswirklichkeit** nicht mehr ab. Es ist für einen modernen demokratischen Staat einfach unhaltbar, weiterhin einen größeren Teil der Bevölkerung vom demokratischen Prozess auszuschließen. Wer hier lebt, sollte auch die Möglichkeit haben, vor Ort mitzubestimmen. In anderen Lebensbereichen funktioniert dies bereits, wie etwa am Arbeitsplatz oder als Mitglied eines Vereins.

Integration kann nicht ohne **Mitbestimmung** funktionieren. Dies wollen wir ändern. Dabei handelt es sich aber nicht um das Betriebsverfassungsgesetz oder um die Satzung eines Vereins. Das Verfassungsrecht ist in gewisser Hinsicht eine Kategorie für sich.

Der Wunsch, das Wahlrecht auszuweiten, bringt demnach ein **verfassungsrechtliches Risiko** mit sich. Es liegen also noch erhebliche formelle Hindernisse auf der Strecke. Das Ziel haben nicht nur wir vom SSW und unsere Koalitionspartner fest im Blick, sondern gleiches gilt auch für die Landesregierung.

An dieser Stelle sollten wir nicht vor den Hindernissen zurückschrecken. Es wird mit Sicherheit ein langer Weg werden, der wahrscheinlich einige Jahre in Anspruch nehmen wird. Vor diesem Hintergrund kann man zu diesem Zeitpunkt noch keine konkreten Resultate erwarten.

Wichtig ist, dass wir uns für eine Ausweitung des Wahlrechts ausgesprochen und dies auch im Koalitionsvertrag festgeschrieben haben. Die ersten Schritte sind - in Form einer **Bundesratsinitiative** gemeinsam mit Rheinland-Pfalz - beschritten worden. Nun gilt es, die Unterstützung von anderen Bundesländern zu erhalten.

Von einer Zweidrittelmehrheit sind wir bisher aber weit entfernt. Sie merken, es handelt sich in der Tat um einen weiten Weg, auf dem wir nun die ersten Schritte gemacht haben. Ich bin mir sicher, dass es gelingen wird, noch weitere Bundesländer mit ins Boot zu holen. Allerdings wird dies sehr lange dauern. Deswegen ist es richtig, was der Minister gesagt hat, dass es schwierig ist, eine Bundesratsinitiative auf den Weg zu bringen, auch wenn wir dies formal gern tun würden. Wenn eine solche Initiative keine Aussicht auf Erfolg hat, kann dies sehr kontraproduktiv sein. Deswegen wollen wir sehr vorsichtig dabei vorgehen; denn schließlich verfolgen wir immer auch die Ziele der Integration und

der Bürgernähe. Auch das ist ein Teil der Bürgernähe.

Meine Damen und Herren, das ist das Entscheidende. Wir haben mehrere Ziele, die es sich lohnen anzugehen. Ich glaube, das ist ein Ziel, das auch viele andere Menschen haben. Ziel ist es, das Wahlrecht moderner und lebensnäher zu machen, es so zu gestalten, dass alle Menschen gemeinsam die Demokratie stärken können. Dieses Ziel ist ein Ziel, das uns alle stärken wird, aber nicht nur deutsche Staatsbürger. Davon können wir alle profitieren. Das sollte die Maxime dieses Parlaments sein.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für einen Dreiminutenbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Kai Dolgner das Wort.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegen von der Piratenpartei, speziell Frau Kollegin Beer, ich stelle fest, dass Sie sich inzwischen maximal weit von Ihrem angeblichen Grundsatz entfernt haben, Sachpolitik betreiben zu wollen. Anders kann ich Ihre Einlassungen nicht mehr verstehen.

Wie man ein Grundgesetz ändert, kann man übrigens auch verstehen, ohne Jurist zu sein. Das müssten Sie eigentlich wissen. Das ist völlig unabhängig davon, welche Koalition in Berlin regiert. Solange mehr als 33 % der Abgeordneten des Deutschen Bundestags der Meinung sind, das Wahlrecht müsse an das Staatsbürgerschaftsrecht gekoppelt sein, kann man Koalitionen haben, wie man will. Wenn die PIRATEN in den Deutschen Bundestag eingezogen wären, dann hätten selbst PIRATEN, SPD, DIE LINKE und Grüne zusammen nicht die Mehrheit gehabt, weil die CDU mehr als 40 % der Stimmen erreicht hat.

Sie missbrauchen dies für einen politischen Grabenkampf und meinen, dass nur Sie wissen, was richtig ist. Wenn jemand anders etwas nicht machen kann, weil die Verhältnisse so sind, wie sie sind, dann ist er automatisch schlechter oder nicht so wertvoll wie Sie.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

- Dann weisen Sie mir das bitte nach, Herr Dr. Garg. Sie können meine Reden nachlesen. Dann bringen Sie bitte Zitate. Die FDP hat uns we-

(Dr. Kai Dolgner)

nigstens nur unterstellt, wir hätten es bisher noch nicht geschafft, die CDU von ihren antiquierten Vorstellungen vom Staatsbürgerschaftsrecht abzubringen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Wo er Recht hat, hat er Recht!)

Das ist doch der Vorwurf, der in Ihrem Antrag steckt. Wenn ich Ihren Vorwurf auf den Kern reduziere, lautet dieser: Die Landesregierung hat es verabsäumt, die CDU im Bund davon zu überzeugen, dass ihre staatsbürgerschaftsrechtlichen Vorstellungen antiquiert sind. Darüber reden wir in der Substanz. In der Sache sind sich hier nämlich fast alle einig, abgesehen von der CDU. Das Problem ist nur, dass man die **Verfassung** nur mit einer **Zweidrittelmehrheit** ändern kann. Das ist ganz einfach.

Meine letzte Minute Redezeit gilt den Kollegen von der CDU. Den Vorwurf des antiquierten Staatsbürgerschaftsrechts finde ich albern und verkehrt. Ich kann Ihnen das auch erklären. Ich habe Ihnen das schon einmal vorgelesen.

In der ersten Fassung des Kommunalgesetzes war ein Wahlrecht für Ausländer vorgesehen. Außerdem hat das Wahlrecht historisch gesehen gar nichts mit dem Staatsbürgerschaftsrecht zu tun. Das erste **konstitutionelle Wahlrecht** kam aus der Überzeugung: No representation without taxation.

(Zuruf Dr. Ekkehard Klug [FDP])

- Danke für den Hinweis. Das ist das Risiko der freien Rede: Ich meinte: No taxation without representation.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Mit den Steuern haben die Sozialdemokraten so ihre Probleme! - Heiterkeit - Beifall CDU und FDP)

- Herr Dr. Klug, ich dachte immer, die Liberalen hätten mit der Besteuerung von Reichen ihre Probleme. Wir haben damit keine Probleme.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich finde es aber gut, dass Sie auf den sozial-liberalen Kern zurückkommen. Das kann also noch etwas werden mit einem gemeinsamen Steuerkonzept. Ich bin an dieser Stelle sehr optimistisch.

Beim Wahlrecht geht es nicht um Integration.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Die Aufladung mit der **Staatsbürgerschaft** stammt aus der Entwicklung des Nationalismus im 19. Jahrhundert. Wahlrecht bedeutete immer: Wenn ich bezahle, möchte ich auch darüber bestimmen, wofür das Geld ausgegeben wird. Das hat mit der Nation ursprünglich überhaupt nichts zu tun.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Wenn die CDU zu den Ursprüngen des Wahlrechts zurückkehrt, dann kommen wir alle weiter. Dann müssen wir uns auch nicht mehr anhören, dass wir es bisher nicht geschafft haben, die CDU zu überzeugen. Das würden wir auch gern bei anderen Punkten tun. - Ich danke Ihnen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. - Ich stelle fest, dass der Berichts Antrag Drucksache 18/1873 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat. Es ist kein Antrag gestellt worden. Der Tagesordnungspunkt ist erledigt.

(Unruhe)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 44 auf:

Mehr Klarheit für Verbraucher bei Strompreis und EEG-Umlage

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/1041

Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses
Drucksache 18/1843

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/1889

Ich erteile das Wort dem Berichterstatter des Wirtschaftsausschusses, Herrn Abgeordneten Christopher Vogt.

Christopher Vogt [FDP]:

Vielen Dank, Herr Präsident! Vielen Dank für die technische Unterstützung der Beisitzer! - Ich verweise auf die Drucksache.

(Beifall und Zurufe)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Ich danke dem Berichterstatter. Jetzt kommen wir zu den Wortmeldungen. Vier Fraktionen und die Abgeordneten des SSW haben ihre Reden zu Protokoll gegeben. Jetzt hat nur noch die Piratenfraktion das Wort. - Frau Abgeordnete Angelika Beer, Sie haben das Wort.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es tut mir leid, dass wir weitere fünf Minuten in den Nachmittag investieren. Weil unser Vorschlag, die Beratung über unseren Antrag aufs nächste Plenum zu vertagen, nicht angenommen wurde, möchten wir heute im Plenum über unseren Antrag sprechen.

Denn wenn sich die Debatte über die **Energiewende** fast nur noch um die **Kosten** dreht, soll wenigstens jeder wissen, was unter dem Sammelbegriff EEG-Umlage alles zusammengefasst wird. Jeder Stromkunde, der es möchte, sollte nach unserem Willen klar und transparent nachvollziehen können, wofür er was bezahlt.

(Beifall PIRATEN)

Denn, siehe da, wenn man genau hinguckt, welche Kosten in der EEG-Umlage stecken - derzeit sind es 6,24 ct/kWh -, kommt man zu interessanten Einsichten, und diese sollte auch der Verbraucher haben können. Zum Beispiel beträgt der Anteil der reinen Förderkosten für Onshore-Windenergie gerade einmal 0,3 ct/kWh.

(Unruhe)

Martin Faulstich, Vorsitzender des Sachverständigenrats für Umweltfragen, sagt daher folgerichtig, dass er sich in der Pflicht sieht, bei den Energiekosten für Aufklärung zu sorgen. Diesen Ansatz halten wir für richtig.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Er wundert sich zum Beispiel darüber, dass allein die Energiewende als Prügelknabe für steigende Energiekosten herhalten muss, während die Bundesrepublik jedes Jahr rund 100 Milliarden € für den Import von Kohle, Öl und Gas ausgibt. Zum

Vergleich: die EEG-Umlage liegt bei deutlich niedrigeren 22 Milliarden €.

Jeder weiß doch, dass Kohle und Öl keine bleibenden Werte sind, sondern dass das einfach so durch den Kamin geht - 100 Milliarden € jedes Jahr!

Als würde es das gar nicht geben, wird seit knapp drei Jahren, wenn es um die Energiewende geht, fast nur noch über steigende Kosten gesprochen.

(Anhaltende Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das wollen wir mit unserem Antrag verhindern. Der Glaube vieler Verbraucher, die **Verteuerung des Stroms** liege allein an den Erneuerbaren, ist ein Irrtum. Das stimmt einfach nicht. Wir brauchen die Bürger, um die Energiewende umzusetzen. Deshalb wollen wir den Preis und die **Rechnung transparent** gestalten.

(Beifall PIRATEN)

Eigentlich sind wir uns einig, denn nach Fukushima haben wir alle das gleiche Ziel. Deswegen finde ich es wirklich schade, dass weder im Wirtschaftsausschuss noch im Umwelt- und Agrarausschuss die Diskussion über unseren Antrag gesucht wurde. Wir haben Sie mit den Verbänden der alternativen Energie diskutiert. Wir haben mit der Bundesnetzagentur diskutiert, wie man es besser machen kann. Ich möchte mich an dieser Stelle ausdrücklich beim Kollegen Olaf Schulze bedanken. Wir haben uns nämlich zwei- oder dreimal zusammengesetzt und geguckt, ob wir zu einer gemeinsamen Richtung kommen. Das ist leider nicht gelungen.

(Unruhe)

Wir werden unseren Ansatz natürlich weiterverfolgen. Denn im Grunde besteht da ja Konsens.

Ich möchte zum Schluss noch einmal unterstreichen: Wir müssen die Transparenz, aber auch den **sozial gerechten Strompreis** nach vorn geben. Denn wenn wir bei der Energiewende gerade in Schleswig-Holstein, wo wir so viele Möglichkeiten im Bereich der Erneuerbaren haben, die Menschen nicht mitnehmen, werden wir die Energiewende nicht schaffen. Deswegen freue ich mich auf die nächsten Debatten dazu. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN, Drucksache 18/1889, ab-

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

stimmen, der sich auf die Beschlussempfehlung des Ausschusses, Drucksache 18/1843, bezieht. Wer diesem Antrag der PIRATEN seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die PIRATEN. Gegenstimmen? - Enthaltungen?

(Unruhe)

- Es gibt einen Änderungsantrag zur Beschlussempfehlung.

(Unruhe)

Wir stimmen zuerst über den Änderungsantrag der PIRATEN zur Beschlussempfehlung ab. - Ich wiederhole die Abstimmung. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, der gibt jetzt sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Dann ist der Änderungsantrag der PIRATEN gegen die Stimmen der PIRATEN mit den Stimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Ausschussempfehlung. Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag Drucksache 18/1041 abzulehnen. Wer der Ausschussempfehlung folgen und so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Auch dieser Antrag ist gegen die Stimmen der Piratenfraktion mit den Stimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 11 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Ausführung des Tiergesundheitsgesetzes (AG TierGesG) und zur Änderung anderer Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 18/1864

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 18/1864 dem

Umwelt- und Agrarausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt die Sammeldrucksache auf:

Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Abs. 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags

Drucksache 18/1888

Die Voten für die einzelnen Tagesordnungspunkte, für die eine GesamtAbstimmung nach § 63 Abs. 1 a der Geschäftsordnung vorgesehen ist, entnehmen Sie bitte der Ihnen vorliegenden Drucksache 18/1888. Voraussetzung für die Abstimmung ist, dass keine Abgeordnete oder kein Abgeordneter widerspricht. - Das ist offenbar nicht der Fall.

Wer mit der Übernahme der Empfehlungen entsprechend der Sammeldrucksache 18/1888 einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das hat der Landtag einstimmig so beschlossen. Damit ist die Sammeldrucksache angenommen worden.

Bevor ich die Tagung schließe, teile ich noch mit, dass im Anschluss an diese Sitzung eine Sondersitzung des Ältestenrats im Dienstzimmer des Landtagspräsidenten stattfindet.

Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende mit viel Sonne, einen erfolgreichen Wahlkampf und viele gute Begegnungen.

Die nächste Tagung des Landtags findet vom 18. bis 20. Juni 2014 statt. Die Sitzung ist geschlossen. Auf Wiedersehen!

Schluss: 15:18 Uhr